

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

## **EU-Militarisierung**

*Jürgen Wagner* - Imperialer Neoliberalismus: Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik - **1**

*Peter Clausing* - Globales Land Grabbing: Die europäische Dimension - **14**

*Bernhard Klaus* - Migrationsabwehr mit Hilfe von Milizen? Zur EU-Mission in Libyen - **15**

*Christoph Marischka* - Ziemlich realitätsnahe Übung – In Potsdam wird für den Einsatz im Sudan geprobt - **16**

## **Deutschland und die Bundeswehr**

*Michael Schulze von Gläser* - Wave and Smile: Comics ziehen in den Krieg - **17**

*Markus Pflüger* - Optimierte Panzer gegen die Demokratie? - **21**

*Michael Schulze von Gläser* - Kinder als Truppenbetreuer - **22**

*AK Kesselklage* - Aggression nach außen, Repression nach innen: Freie Bahn für Nazis? - **23**

*Arno Neuber* - Stoppt die Drohnenkrieger! Vorschlag für eine Kampagne gegen Drohnen - **24**

## **Kriege und Konflikte**

*David X. Noack* - Transnistrien im Fokus der Großmächte - **25**

*Christoph Marischka* - Der Krieg gegen den Terror in Mombasa - **29**

*Tobias Pflüger* - Weltfriedensrat in Nepal - Reise in ein Land in der konstitutionellen Krise - **30**

## **US-Kriegspolitik**

*Jürgen Wagner* - Anwalt der Reichen und Militaristen: Mitt Romney und die Rückkehr der Neokonservativen - **34**



# Editorial:

Mitte September fand am Rande der Colbitz-Letzlinger Heide ein Protestcamp gegen das dort befindliche Gefechtsübungszentrum (GÜZ) des Heeres statt. Das GÜZ wird von einer privaten Rüstungsfirma, Rheinmetall, betrieben, gilt als modernster Truppenübungsplatz Europas und stellt tatsächlich eine immens wichtige Infrastruktur für die Kriegführung der Bundeswehr in aller Welt dar. Vor jedem Auslandseinsatz wird hier nochmal der Krieg geübt, hochmoderne Überwachungs- und Simulationstechnologie soll es quasi ermöglichen, jede Bewegung, jeden Schuss im Lagezentrum zu erfassen und anschließend zu evaluieren. Angelehnt an die vom Verfassungsschutz gewürdigte Kampagne „Krieg beginnt hier / War starts here“ gehörte zum Camp auch ein Aktionstag, dessen Ziel darin bestand, das GÜZ zu „entern, markieren und um[zu]gestal-

ten“. Das ist massenhaft geglückt, über 100 Menschen kamen auf unterschiedlichsten und abenteuerlichen Wegen aufs Gelände, klebten Plakate, sprühten Parolen (selbst auf Panzer im Manöver), riefen zum Desertieren auf und veranstalteten sogar ein kleines Konzert. Doch das war womöglich nicht der größte oder eigentliche Erfolg des Camps. Während draußen die Staatsgewalt Amok lief, mit tausend Polizisten, hunderten Feldjägern, verschiedensten Schlapphüten und tw. in seltsamer Vertrautheit mit Rechtsoffenen und organisierten Neonazis ein breites Repertoire an Repression präsentierte (700 Personalienfeststellung bei angeblich 200 Camp-Teilnehmer\_innen, flächendeckende Allgemeinverfügung gegen Versammlungen, Verfolgung jedes einzelnen Fahrzeugs, das das Camp verließ), hat sich auf dem Camp und zwischen den Besucher\_innen eine bemerkens-

werte Form der Gewaltfreiheit entfaltet. Es war nicht ersichtlich, wer überhaupt das Camp organisiert hatte, es gab keine sichtbaren Sprecher\_innen-Strukturen, keinen angeblichen Aktions-Konsens, kaum spürbare Hierarchien. Es wurde aufeinander geachtet und Jede\_ schien seinen Platz zu finden. Die Stimmung nach dem gelungenen Aktionstag war entsprechend großartig und hieran wird in der einen oder anderen Weise anzuknüpfen sein. Ein geradezu erholendes und kraftschöpfendes Ereignis nach den vielen Konflikten innerhalb der antimilitaristischen und der Friedensbewegung, die wir u.a. in der letzten Ausgabe des AUSDRUCK dokumentiert haben. Wir hoffen, es fanden sich genug Menschen zum Abbau des Camps. Ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten!

*Die Redaktion*

## Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

**Erscheinungsweise:** Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Wagner, Anwalt der Reichen, gekürzt in: junge welt, 24.9.2012. Δ Zeitleiste des maoistischen Aufstandes, Zusammenstellung A. Seifert.

**Bildnachweise** wie angegeben außer: Titelbild, Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Asthon bei Assad 2011, Foto: Rat der Europäischen Union; S. 15, Logo der Grenzschutzagentur Frontex, IMI auf Basis des Originallogos; Umschlag hinten: Flyerdesign: Arno Neuber.

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Tobias Pflüger sind IMI-Vorstandsmitglieder. Michael Schulze von Glasser, Peter Clausing und Arno Neuber sind IMI-Beiräte. Bernhard Klaus ist Student der Politikwissenschaft. David X. Noack ist Politikwissenschaftler und als freier Journalist u.a. für German-Foreign-Policy.com und die junge Welt tätig. Er ist Co-Autor des Buches „Slowakei: Der mühsame Weg nach Westen“ (Wien 2012).

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

### Unsere Spendenkontonummer ist:

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).  
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

### Kontakt:

**Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.**  
**Hechinger Str. 203 (Sudhaus)**  
**72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# Imperialer Neoliberalismus

## Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik

von Jürgen Wagner

Für einigen Wirbel – und berechtigte Empörung – sorgte Ende Mai 2012 die Meldung, die westlichen Vorbereitungen für einen marktliberalen Umbau Syriens nach dem Sturz des Präsidenten Baschar al-Assad seien bereits auf Hochtouren angelaufen, wobei Deutschland eine Führungsrolle einnehme.<sup>1</sup> Überraschen kann dies allerdings kaum: Schließlich bewegen sich die westlichen Staaten hier auf bekannten und bereits ausgetretenen Pfaden: Seit vielen Jahren hat die Europäische Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik die Agenda des bereits unter Assad begonnenen Liberalisierungskurses maßgeblich mitbestimmt und dessen Umsetzung mittels Fördergelder und Implementierungsprojekten massiv unterstützt. Wie sich nun jedoch abzeichnet, soll der neoliberale Umbau des Landes künftig nicht nur ungebrochen fortgesetzt, sondern womöglich sogar beschleunigt werden.

Dies mag zwar den wirtschaftspolitischen Präferenzen der westlichen Staaten entsprechen, für den Konflikt in Syrien ist es aber so hilfreich, wie ein Feuer mit Benzin löschen zu wollen. Denn die durch Assads „Reformen“ verursachte Verarmung breiter Bevölkerungsschichten stellte eine der wesentlichen Rahmenbedingungen dar, die zum Ausbrechen des Aufstandes gegen die syrische Regierung im Februar 2011 beigetragen haben – ein Phänomen, das auch auf andere Staaten des südlichen EU-Nachbarschaftsraums zutrifft: „Die gegenwärtigen arabischen Aufstände sollten deshalb nicht nur als Anfechtung des arabischen Autoritarismus gesehen werden, sondern auch als Anfechtung der Abhängigkeit vom Westen.“<sup>2</sup> Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) steht somit vor einem Scherbenhaufen, den sie selbst angerichtet hat, sie bedarf einer Generalrevision, die die Interessen der Nachbarländer und nicht die der Europäischen Union in den Mittelpunkt rückt. Stattdessen wird jede wie auch immer geartete Form der Eigenverantwortung konsequent geleugnet, auch und gerade in Syrien: „Während der Westen die Unruhen in Syrien weitgehend als politisch motiviert interpretiert, wird die eigene Rolle daran durch die Förderung wirtschaftlicher Reformen und sozialer Härten zumeist abgestritten.“<sup>3</sup>

Dieser Eigenverantwortung der Europäischen Nachbarschaftspolitik soll im Folgenden nachgegangen werden. Hierfür werden zunächst die generellen Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik, ihre imperialen Absichten und neoliberalen Prämissen, in den Blick genommen (Kapitel 1). Anschließend soll gezeigt werden, wie diese neoliberal-imperiale Politik gegenüber Syrien zunächst per Assoziationsabkommen vertraglich fixiert wurde (Kapitel 2). Darauf aufbauend wird beschrieben, wie die Umsetzung der wirtschaftsliberalen Agenda in weiteren Dokumenten konkret ausgeplant wurde – nebst finanzieller und logistischer „Hilfe“ für zahlreiche hiermit befasste Einzelprojekte (Kapitel 3). Anhand zweier Fallbeispiele soll anschließend gezeigt werden, wie die Europäische Union mit konkreten Projekten die neoliberale Umstrukturierung Syriens forciert hat (Kapitel 4). Daraufhin werden die sozialen Verwerfungen der seitens der Europäischen Nachbarschaftspolitik forcierten Liberalisierungspolitik unter Assad betrachtet und ihre Mitverantwortung für das Ausbrechen der Proteste thematisiert (Kapitel 5).

Angesichts der – maßgeblich mitverursachten – Aufstände in Syrien und der Region stellt sich aus Sicht der Europäischen Union vor allem folgende Kernfrage: Wie kann gewährleistet werden, dass aus den revolutionären Prozessen nicht Kräfte hervorgehen, die eine Alternative zur neoliberalen Europäischen Nachbarschaftspolitik und den von ihr geschaffenen imperialen Abhängigkeitsverhältnissen etablieren wollen? In Syrien gelang dies – zumindest vorläufig – über die westlicherseits massiv betriebene Militarisierung der Proteste, die zu einer Marginalisierung der progressiven Kräfte führte. Gleichzeitig wurde alles dafür getan, mit dem „Syrischen Nationalrat“ (SNC) einen Akteur zur dominierenden Kraft der Aufstandsbewegung zu machen, der augenscheinlich gewillt ist, den politischen und wirtschaftlichen Präferenzen der Europäischen Union weit entgegenzukommen, indem u.a. der Liberalisierungskurs auch nach einem Sturz Assads fortgesetzt werden soll (Kapitel 6). Im abschließenden Fazit wird zusammenfassend festgestellt, dass Deutschland und die Europäische Union aus geostrategischen und ökonomischen Gründen mit ihrer Politik gezielt Verrat an den sozialen Inhalten der Revolution betreiben (Kapitel 7).

### 1. Imperial-Neoliberale Nachbarschaftspolitik

Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre eröffneten sich für die Europäische Union erstmals Möglichkeiten zur Ausweitung ihres Macht- und Einflussbereichs, die zuvor in dieser Form nicht existiert hatten.<sup>4</sup> Die Gelegenheit zur Expansion war also günstig und sie wurde zielstrebig ergriffen.<sup>5</sup> Allerdings hat sich die Europäische Union im Zuge dessen grundlegend verändert, weshalb sie mittlerweile nicht von ungefähr immer häufiger mit einem Imperium verglichen wird.<sup>6</sup> Selbst hohe EU-Politiker wie EU-Kommissionschef José Manuel Barroso bedienen sich mittlerweile ohne falsche Scheu dieser Begrifflichkeit.<sup>7</sup> Solche Einschätzungen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern tragen lediglich der Tatsache Rechnung, dass die Europäische Union durch ihren Ausdehnungsprozess mittlerweile über alle wesentlichen Merkmale eines Imperiums verfügt. Dazu gehören insbesondere ein ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Gefälle, ein kontinuierlicher Expansionsdrang sowie die Bereitschaft, Gewalt zur Aufrechterhaltung der imperialen Ordnung anzuwenden.<sup>8</sup>

Die erste Expansionsphase erfolgte in Form der EU-Osterweiterung, die mit der Verabschiedung der Kopenhagener Kriterien im Jahr 1993 auf den Weg gebracht wurde. Dieser Prozess war mit der 2002 beschlossenen und zwei Jahre darauf vollzogenen Aufnahme von zehn Staaten in die Europäische Union weitgehend abgeschlossen.<sup>9</sup> Ziel der Osterweiterung war es, den eigenen Einflussbereich auszudehnen und zugleich den großen westeuropäischen Konzernen – weitgehend exklusive – Investitions- und Absatzmärkte zu erschließen. Hierzu diente die Predigt des neoliberalen Evangeliums von offenen Märkten, Freihandel und Wettbewerbsgleichheit. Die dabei gepflegte Rhetorik erscheint auf den ersten Blick Begriffe wie Gleichheit und Fairness zu betonen, wodurch die tatsächlichen Absichten verschleiert werden: „Die Freihandelsförderung war historisch immer das Vorrecht der Mächtigen. Und die Förderung und Aufrechterhaltung der Ungleichheit war immer eine Voraussetzung für das erfolgreiche Funktionieren der auf Freihandel basierenden kapitalistischen Marktwirtschaft. [...] Die Evozierung der Prinzipien der sport-

lichen Fairness und des unbehinderten Wettbewerbs, ignoriert aber die schreiende Disparität der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse im globalen Handel.<sup>10</sup>

Dennoch – oder besser: deswegen – wurde von den Kandidatenländern im Verlauf des Beitrittsprozesses der umfassende neoliberale Umbau des Wirtschaftssystems – insbesondere durch die Privatisierung (sprich: Verschleuderung) staatseigener Betriebe sowie der Abbau von Zoll und Handelsschranken – zur unverhandelbaren Vorbedingung für eine Aufnahme in die Europäische Union gemacht.<sup>11</sup> Die Folgen waren ebenso tief greifend wie verheerend: die osteuropäischen Staaten waren der übermächtigen westeuropäischen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert und wurden regelrecht ausgebeutet. Im Ergebnis wurden sie jeglicher Perspektive beraubt, in absehbarer Zeit eine Angleichung des Wohlstandsniveaus an die westeuropäischen Länder erreichen zu können.<sup>12</sup>

Erfolg liegt bekanntlich im Auge des Betrachters: Befragt man die Betroffenen, dürfte die Einschätzung abweichen, aber aus Sicht der Machthaber in Brüssel war das Erweiterungsprojekt überaus positiv verlaufen – mehr davon lautete demzufolge die Devise zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Problem stellte sich jedoch, das es unmöglich machte, in der bisherigen Form weiterzufahren: der Beitritt weiterer, vor allem bevölkerungsreicher Länder würde die in zähen Verhandlungen im Europäischen Verfassungsvertrag aus dem Jahr 2003 – dem späteren Vertrag von Lissabon – verankerte massive Machtverschiebung zugunsten der EU-Großmächte konterkarieren. Da dies aber gerade für Deutschland eine der wesentlichen „Errungenschaften“ des Vertragswerks darstellt, steht eine neuerliche formale Erweiterungsrunde – abseits einiger weniger kleinerer Länder – nicht ernsthaft zur Debatte.<sup>13</sup> Neue Wege zur Ausweitung der EU-Einflussphäre mussten deshalb gesucht und gefunden werden: „Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Interesse der EU sein konnte.“<sup>14</sup> Das Ergebnis dieser Überlegungen ist die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), deren Intention über die Formel „Expansion ohne Erweiterung“ treffend beschrieben ist.

Die Arbeiten an der ENP wurden bereits im November 2002 aufgenommen und die Ergebnisse von der EU-Kommission in Form des Papiers „Größeres Europa“ im März 2003 veröffentlicht. Das Dokument steckte erstmals den Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ab, die ein Jahr später auch offiziell so benannt wurde und die sich gegenwärtig auf 16 Staaten erstreckt.<sup>15</sup> Kurz nach ihrem Start beschrieb die damalige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner die Ziele der Nachbarschaftspolitik folgendermaßen: „Um die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung mit unseren neuen Nachbarn zu teilen, haben wir die Europäische Nachbarschaftspolitik konzipiert. Mit dieser Politik etablieren wir einen ‚Ring von Freunden‘ entlang der Grenzen der erweiterten EU. Das ist ein geostrategisches Schlüsselprojekt für Europa. Diese Zone der Stabilität und des Wohlstandes soll von Osteuropa über den Kaukasus und den Nahen Osten quer durch den gesamten Mittelmeerraum reichen.“<sup>16</sup>

Die Nachbarschaftspolitik ist nahezu deckungsgleich mit dem Verfahren der Osterweiterung<sup>17</sup>, an einer entscheidenden Stelle weicht sie aber ab – und dies ist der Trick, mit dem das „Problem“ der Machtbalance gelöst wurde. Denn den teilnehmenden Ländern wird keinerlei Beitrittsperspektive und damit keine Aussicht auf substantielle Mitspracherechte auf die Politik der Europäischen Union eröffnet. Hierzu heißt es lapidar im Papier „Größeres Europa“: „Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen

praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“<sup>18</sup> Allein hier tritt bereits ein asymmetrisch-imperialer Charakter zu Tage, der sich allerdings wie ein roter Faden durch sämtliche Aspekte der Europäischen Nachbarschaftspolitik zieht.

Besonders deutlich wird dies anhand des „Verhandlungsprozesses“, der zunächst auf den Abschluss eines Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und einem ENP-Land abzielt, das die allgemeinen Zielsetzungen vorgibt. Darauf aufbauend werden Länderstrategiepapiere (Zeitraum: sieben Jahre) und Nationale Indikativprogramme (zwei bis drei Jahre) sowie Aktionspläne (ein bis zwei Jahre) ausgearbeitet, in denen eine Reihe von Maßnahmen und Projekten zur Umsetzung der Assoziationsabkommen anvisiert und hierfür Gelder eingestellt werden.<sup>19</sup> Allerdings kann hierbei von Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe keinerlei Rede sein: Die Assoziationsabkommen und sämtliche weiteren Dokumente werden mehr oder weniger unveränderbar zur Unterschrift vorgelegt: „Im Vorfeld festgelegte Politiken müssen akzeptiert werden und vorab definierte europäische Werte werden gegenüber den lokalen Werten der Nachbarn als überlegen erachtet.“<sup>20</sup> Gleichzeitig folgen die Abkommen einem Schema-F-Prinzip: Die länderspezifischen ENP-Dokumente weisen außerhalb der Staatennamen kaum Unterschiede auf.<sup>21</sup> Dennoch werden die Vereinbarungen – wie bereits bei der EU-Osterweiterung – mit jedem Land einzeln auf den Weg gebracht, was deren Verhandlungsposition natürlich massiv beeinträchtigt. Für viele dieser Länder ist die Europäische Union zudem ein, häufig sogar der wichtigste Handelspartner, weshalb es nur schwer möglich ist, sich den Wünschen aus Brüssel zu widersetzen.<sup>22</sup>

Diese Zentrum-Peripherie-Struktur ist auch und gerade im südlichen Nachbarschaftsraum zu beobachten<sup>23</sup>: „Die EU dominiert die Partnerschaft, bei der die europäische Seite stets die Initiative ergreift. [...] Von den Staaten Nordafrikas und des Mittleren Ostens wird schlichtweg erwartet, Standards und Praktiken zu gehorchen, die die EU ihnen zulasten ihrer Souveränität auferlegt hat.“<sup>24</sup> Erst nachdem Brüssel die Umsetzung der einseitig diktierten Vorgaben für zufriedenstellend erachtet, kann eine weitere Annäherung an die Union erfolgen: „Im Gegenzug zu nachgewiesenen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Werte und der effektiven Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen, u.a. bei der Angleichung an den Besitzstand, sollten die Nachbarstaaten der EU in den Genuss einer engeren wirtschaftlichen Integration mit der EU kommen.“<sup>25</sup> Durch die fehlende Beitrittsperspektive ist dieses dezidiert asymmetrische Verhältnis auf Dauer angelegt, wodurch eine klassisch imperiale Struktur etabliert wurde: „Die EU-Mittelmeerpolitik zielt weniger auf Partnerschaft als auf Assimilierung des Südens für die neoliberalen Praktiken des Nordens ab, was die Rekonstruktion einer Nabe-Speiche-Struktur befördert, die typisch für die imperiale Ära war. [Die EU-Politik] ist gefangen zwischen einer postkolonialen Rhetorik und einer neokolonialen Praxis.“<sup>26</sup>

Die Europäische Nachbarschaftspolitik zeichnet sich also tatsächlich durch ein ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Gefälle aus, wobei diese imperiale Struktur teils offen eingestanden wird.<sup>27</sup> Gleichzeitig wird dabei aber häufig argumentiert, dies geschehe ja im Interesse der Nachbarländer, die ansonsten nicht genügend Anreize hätten, wichtige Reformen umzusetzen. Sollten dabei eigene Interessen bedient werden, so sei dies allenfalls ein nicht-intendierter Nebeneffekt der an und für sich rein altruistischen Nachbarschaftspolitik. So oder ähnlich lauteten in etwa die Aussagen während eines Interviewprojektes, bei dem über 60

mit der ENP befasste hohe EU-Beamte und Regierungsvertreter anonymisiert befragt wurden: „Als sie in der Frage gedrängt wurden, ob die ENP wirklich so ungeopolitisch ist [wie behauptet], da sie ja den Effekt hat, die europäische Einflussosphäre auszuweiten, antworteten meine Interviewpartner, dass die EU nicht danach strebe, die Nachbarschaft zu dominieren. Ja, die ENP hat den Effekt, die europäische Einflussosphäre zu erweitern und zu konsolidieren, aber das sei nicht das Ziel der Politik.“<sup>28</sup> Lediglich ein einziger Gesprächspartner antwortete völlig offen: „Selbstverständlich geht es bei der ENP um Geopolitik. Ich

würde meinen Job verlieren, wenn ich das öffentlich sagen würde, aber es sollte jedem Idioten klar sein, dass die ENP eine Einflussosphärenpolitik darstellt.“<sup>29</sup>

Nahezu alle anderen Befragten gaben jedoch an, das Ziel bestehe darin, „Europas Werte“ zu verbreiten. Auf die Frage, was darunter eigentlich konkret zu verstehen sei, antwortete einer der Interviewten: „Was europäische Normen und Werte wirklich bedeuten? Sie bedeuten den Acquis.“<sup>30</sup> Dies ist insofern entlarvend, als der Acquis communautaire den gesamten Rechtsbestand der Europäischen Union umfasst, er beinhaltet alle gültigen Verträge und Rechtsakte, also etwa 40.000 Gesetze auf 80.000 Seiten. Seine Übernahme, die eine der wesentlichen Vorbedingungen für eine weitere Annäherung im Rahmen der Nachbarschaftspolitik darstellt, ist gleichbedeutend mit einem tief greifendem neoliberalen Umbau der betroffenen Länder: „Der Besitzstand der EU, mit dem ein gemeinsamer Markt auf der Grundlage der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs errichtet wurde, auf dem Wettbewerb unter gleichen Bedingungen auf der Grundlage gemeinsamer Normen und unter Einbeziehung des Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutzes gewährleistet ist, könnte den Ländern, die institutionelle und wirtschaftliche Reformen durchführen, als Vorbild dienen. [...] Die EU muss daher bereit sein, in enger Partnerschaft mit ihren Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, die weitere Reformen durchführen wollen, und ihnen beim Ausbau ihrer Kapazitäten zu helfen, damit sie ihre Vorschriften an Teile des gemeinschaftlichen Besitzstands angleichen und umsetzen können.“<sup>31</sup>

In der Praxis werden die Förderung von Demokratie und Menschenrechten innerhalb der Nachbarschaftspolitik gegenüber weitreichenden Liberalisierungsmaßnahmen als nachrangig eingestuft. Wie bereits beschrieben, begünstigt eine radikale Liberalisierungspolitik unter ungleichen Partnern immer massiv den ökonomisch stärkeren Akteur. Zahlreiche Beobachter haben deshalb vor den Folgen dieser neoliberalen Nachbarschaftspolitik gewarnt<sup>32</sup>, auch und gerade was ihre Auswirkungen für den südlichen Mittelmeerraum angeht.<sup>33</sup> So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass sich etwa das Handelsbilanzdefizit mit der EU seit der vor allem ab 2006 im Rahmen der ENP-Aktionspläne erfolgten Liberalisierungsmaßnahmen extrem zuungunsten der südlichen Nachbarschaftsländer verschoben hat: Es stieg sprunghaft von 530 Mio. Euro (2006) auf 20,4 Mrd. Euro (2010).<sup>34</sup>



*EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und Erweiterungskommissar Štefan Füle bei der Pressekonferenz zur Nachbarschaftspolitik im Mai 2012. Bild: EU.*

Sicher spielte das Bedürfnis, sich endlich der diktatorischen Regime entledigen zu wollen, eine wichtige Rolle für das Ausbrechen der Aufstände in der Region. Der Beitrag, den die durch die neoliberalen „Reformen“ verursachten sozialen Verwerfungen und die diesbezügliche Rolle Europäischen Union hierzu geleistet haben, sollte aber ebenfalls nicht unterschätzt, in jedem Fall aber nicht gänzlich außer Acht gelassen werden: „Was nicht gesagt wird ist, dass das Hauptmotiv der wirtschaftlichen Integration darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, Ökonomien in die expandierende Wirtschaft des Imperiums (der EU) einzugliedern und Zugang zu natürlichen Ressourcen in der energiereichen Nachbarschaft zu erhalten. Die riesige Ansammlung von Wohlstand und wirtschaftlicher Macht der EU hat ihr einen Hebel gegeben, um marktfreundliche Reformen einschließlich Privatisierung, Handelsliberalisierung und der Übernahme der EU-Regulationsmechanismen aufzuerlegen und gleichzeitig die weiterführenden Debatten in den peripheren Gesellschaften zu umgehen. Dabei riskiert sie allerdings, eher zur Schaffung politischer Destabilisierung denn zu Stabilität beizutragen und die wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Nachbarschaft zu vertiefen, wie die jüngsten Revolten in arabischen Ländern unter Beweis gestellt haben.“<sup>35</sup>

Genau diese verheerenden Auswirkungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik sollen nun im Folgenden anhand der EU-Politik gegenüber Syrien eingehend in den Blick genommen werden.

## 2. EU-Assoziationsabkommen: Neoliberale Blaupause

Es ist nicht so, dass die Europäische Union den im Jahr 2000 an die Macht gelangten syrischen Staatschef Baschar Al-Assad regelrecht zum Jagen hätte tragen müssen. Vielmehr hatte man sich, was die wirtschaftspolitischen Präferenzen angeht, mehr oder weniger gesucht und gefunden. Aus diesem Grund wurden früh Gespräche über den Abschluss eines Assoziierungsabkommens aufgenommen: „Der scheinbar beiderseitige Glaube in die Effektivität wirtschaftlicher Liberalisierung sowohl seitens der EU als auch des neuen syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad lieferte den Hintergrund für die Verhandlungen.“<sup>36</sup>

Im Dezember 2003 hatten sich dann beide Seiten grundsätzlich auf den Wortlaut des Abkommens verständigt, das im Jahr

darauf unterschriftsreif vorlag. Der damals für Außenbeziehungen zuständige EU-Kommissar Chris van Patten lobte die Vereinbarung mit folgenden Worten: „Sie ist eine solide Grundlage für die Unterstützung Syriens in seinen Bemühungen um politische und wirtschaftliche Reformen.“<sup>37</sup> Zu einer völlig anderen, verneinenden, Einschätzung gelangt demgegenüber eine ausführliche Analyse des Abkommens durch Jörg Michael Dostal: „Falls in Kraft gesetzt, würden sie [die Bestimmungen des Assoziationsabkommens] zu unausgewogenen Handelsströmen, syrischen Handelsbilanzdefiziten und, auf lange Sicht, syrischer Auslandsverschuldung führen. [...] Die Politik hinter dem Assoziationsabkommen wurde durch die liberale politische Theorie bestimmt. Es wird unterstellt, dass die Öffnung der syrischen Ökonomie mit der Zeit zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit und schnellerer wirtschaftlicher Entwicklung führen wird. Allerdings würde der gegenwärtige Text des Assoziationsabkommens im Wesentlichen die Optionen der EU Konzerne ausweiten und gleichzeitig syrische Produzenten überlegenen Konkurrenten aussetzen.“<sup>38</sup>

Gleich zu Anfang heißt es in der Assoziierungsvereinbarung<sup>39</sup>: „Ziel dieses Abkommens ist es, [...] die Voraussetzungen für die schrittweise Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zu schaffen.“ (Artikel 1) Innerhalb kurzer Zeit soll eine Freihandelszone ohne jegliche Schutzmaßnahmen für die jeweilig einheimische Wirtschaft etabliert werden: „Während einer Übergangszeit von höchstens 12 Jahren ab Inkrafttreten dieses Abkommens errichten die Gemeinschaft und Syrien nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abkommens und im Einklang mit den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994, mit späteren Änderungen, (nachstehend ‚GATT‘ genannt) schrittweise eine Freihandelszone.“ (Artikel 7)

Dementsprechend sollen die Zölle abgeschafft werden: „Die Einfuhrzölle der Vertragsparteien werden [...] beseitigt. Die Ausfuhrzölle der Vertragsparteien werden bei Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigt.“ (Artikel 9) Selbstredend wird beabsichtigt, dass dieser Prozess irreversibel ist: „Nach Unterzeichnung dieses Abkommens werden im Handel zwischen den Vertragsparteien weder neue Zölle eingeführt noch die bereits geltenden erhöht.“ (Artikel 10) Der Weg für freien Handel soll auch durch die Abschaffung von Schutzmaßnahmen außerhalb von Zöllen – sog. nicht-tarifären Handelshemmnissen – geebnet werden: „Alle Einfuhr- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen im Handel zwischen den Vertragsparteien, bei denen es sich nicht um Zölle oder Steuern handelt, werden bei Inkrafttreten dieses Abkommens unabhängig davon beseitigt, ob sie in Form von Kontingenten, Einfuhr oder Ausfuhrlicenzen oder sonstigen Maßnahmen eingeführt worden sind. Neue Maßnahmen dieser Art werden nicht eingeführt.“ (Artikel 23)

Darüber hinaus ist im Assoziationsabkommen auch die Öffnung Syriens für EU-Investitionen sowie der vollständige Rücktransfer von dort erzielten Gewinnen anvisiert: „Hinsichtlich der Kapitalbilanztransaktionen gewährleisten die Gemeinschaft und Syrien ab Inkrafttreten dieses Abkommens den freien Kapitalverkehr im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen [...] sowie die Liquidation oder Rückführung dieser Investitionen und etwaiger daraus resultierender Gewinne.“ (Artikel 62)

Schließlich wird der syrischen Regierung untersagt, fünf Jahre nach Abschluss der Vereinbarung weiter staatliche Betriebe zu subventionieren: „Hinsichtlich öffentlicher Unternehmen und Unternehmen, denen besondere oder ausschließliche Rechte gewährt worden sind, sorgt der Assoziationsrat dafür, dass ab dem fünften Jahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens keine Maßnahmen erlassen oder aufrechterhalten werden, die den Handel zwischen der Gemeinschaft und Syrien verzerren und

den Interessen der Vertragsparteien zuwiderlaufen.“ (Artikel 66) Mit diesen Bestimmungen ist die syrische Fähigkeit, die einheimische Industrie und v.a. die staatseigenen Betriebe, in denen ein Großteil der Syrer arbeiten, vor der EU-Konkurrenz zu schützen, erheblich eingeschränkt.<sup>40</sup>

Der Wortlaut des Assoziationsabkommens bedient nahezu ausschließlich EU-Interessen und ist für die syrische Seite von Nachteil.<sup>41</sup> Allerdings handelt es sich hier um keinen Einzelfall: Um die wahre Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu erfassen, sollte man sich vergegenwärtigen, dass sich dieses neoliberale Manifest – was die wirtschaftlichen Aspekte anbelangt<sup>42</sup> – nicht wesentlich von anderen Assoziationsabkommen, die mit zahlreichen weiteren Ländern abgeschlossen wurden, unterscheidet.

Tatsächlich war das Assoziationsabkommen derart radikal-neoliberal, dass viele seiner Bestimmungen selbst Assad zu weit gingen. So wurde während der Verhandlungen versucht, Einschränkungen zu verankern, was die Investitionsmöglichkeiten anbelangt. Auch wollte Syrien für einige Bereiche weiter Zölle erheben und bestimmte Importe verbieten können – allerdings wurden all diese Wünsche seitens der EU abschlägig beschieden, sodass der Text des Abkommens Ende 2004 in der von Brüssel gewünschten Form zum Abschluss gebracht wurde.<sup>43</sup> Es gab jedoch mehrere Gründe, weshalb Syrien dem Abkommen schließlich dennoch zustimmte: Einmal befand sich Syrien in dieser Phase unter enormem Druck seitens der sich auf dem Kriegspfad befindlichen USA, die Syrien faktisch in die „Achse des Bösen“ aufgenommen und damit als mögliches weiteres Angriffsziel im „Krieg gegen den Terror“ markiert hatten.<sup>44</sup> Deshalb sah Assad in dem Assoziationsabkommen eine Möglichkeit, seine Beziehungen zum Westen zu verbessern.<sup>45</sup> Überdies war er angesichts der geballten Wirtschaftsmacht der Europäischen Union – wichtigster syrischer Handelspartner – ohnehin kaum in der Lage, Brüsseler Wünsche einfach zu ignorieren. Schließlich erhoffte sich Assad von dem Abkommen Rückenwind für seine eigenen – etwas moderateren – Liberalisierungsabsichten und damit Unterstützung gegen Kritiker im eigenen Land.<sup>46</sup>

Allerdings wurde das Assoziationsabkommen nie rechtskräftig verabschiedet. Die Europäische Union verweigerte die Ratifizierung, nachdem Syrien beschuldigt wurde, an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri am 14. Februar 2005 beteiligt gewesen zu sein.<sup>47</sup> Es waren also politische, nicht wirtschaftliche Gründe, die die formale Verabschiedung des Abkommens verhinderten. Ende 2008 wurden die Verhandlungen zwar wieder aufgenommen, führten aber bis zur erneuten Aussetzung nach Ausbrechen der Unruhen im Februar 2011 zu keinem Ergebnis. Obwohl das Assoziationsabkommen also rechtlich zwar zu keinem Zeitpunkt bindend war, sollte man seine Bedeutung nicht unterschätzen: Es signalisierte, „dass sich die Regierung einem liberalen ökonomischen Reformprogramm verschrieben hat, das in der modernen syrischen Geschichte einzigartig ist.“<sup>48</sup> Außerdem bezogen sich beide Seiten fortan stetig auf das Abkommen „und die syrische Seite begann damit, die im Abkommen enthaltenen wirtschaftlichen Verpflichtungen zu implementieren.“<sup>49</sup>

Natürlich lässt sich fragen, ob Assad unter den gegebenen Bedingungen nicht zu einem Kurswechsel gezwungen war – dass die wirtschaftliche Lage Syriens zur Zeit seines Amtsantritts jedenfalls – vorsichtig formuliert – nicht optimal war, lässt sich kaum in Abrede stellen.<sup>50</sup> Als alternativen Entwicklungspfad allerdings auf einen neoliberalen Umbau nebst peripherer Anbindung an die Europäische Union zu setzen, war grundfalsch und traf zudem noch die ärmsten Bevölkerungsschichten besonders hart.

Anstatt dass die Europäische Union Unterstützung für sinnvolle andere Lösungen bereitgestellt hätte, zielte ihre „Hilfe“ vorrangig darauf ab, den neoliberalen Umbau des Landes voranzutreiben.

### 3. EU-Hilfe für den neoliberalen Umbau

Bereits vor dem vorläufigen Abschluss der Verhandlungen um ein Assoziationsabkommen war die Europäische Union in Syrien mit verschiedenen Programmen damit beschäftigt, ihre neoliberale Agenda voranzubringen. So hatte im Jahr 2002 eines der wichtigsten Syrien-Projekte der Europäischen Union die Aufgabe, Institutionen aufzubauen, „um die Fähigkeit der Organe der Zentralregierung zu verbessern, Politiken durchzuführen, die sich auf einer Wellenlänge mit einer Evolution in Richtung einer offeneren und stärker liberalisierten Wirtschaft befinden.“<sup>51</sup>

Im „Länderstrategiepapier 2007-2013“, das von der Kommission Anfang März 2007 vorgelegt wurde, werden dann drei Tätigkeitsschwerpunkte auf Basis des – nicht verabschiedeten – Assoziationsabkommens festgelegt: „Unterstützung für politische und administrative Reformen“; „Unterstützung wirtschaftlicher Reformen“; „Unterstützung sozialer Reformen“.<sup>52</sup> Im ersten Prioritätsbereich ist als Ziel festgelegt, die Öffentliche Verwaltung zur Umsetzung von Reformen – vor allem dem Assoziationsabkommen – „ertüchtigen“ zu können: „Beschränkte Kapazitäten und die Starrheit der syrischen Verwaltung haben sich als bedeutende Hindernisse für die Durchführung von Reformen erwiesen. Die EU wird in der Zusammenarbeit weiterhin einen Schwerpunkt auf technische Hilfe und Ausbildung legen. Nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens werden auch Twinning-Vereinbarungen zum Aufbau von Kapazitäten in der Verwaltung beitragen.“<sup>53</sup>

Noch deutlicher und offener auf die Umsetzung neoliberaler Reformen ist der zweite Bereich, die „Unterstützung wirtschaftlicher Reformen“, ausgelegt. Das „vorrangige Ziel“ sei hier die „Umsetzung der Reformagenda für die Wirtschaft sowie [die] Vorbereitung auf das Assoziationsabkommen.“<sup>54</sup> Hierzu soll u.a. die „Verbesserung des Geschäftsumfelds“ beitragen, wofür u.a. folgende Ziele anvisiert werden: „Für die Reform des rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmens für industrielle und gewerbliche Tätigkeiten sollte Unterstützung geboten werden. Dazu würde die Beseitigung von Beschränkungen für den Markteintritt und -ausstieg, die Erleichterung von Investitionen, [...] ein besserer Schutz von geistigem Eigentum und die Straffung der Verfahren für die Entlassung von Arbeitnehmern gehören.“<sup>55</sup>

Was die Handelspolitik angeht, heißt es im Länderstrategiepapier: „Die Zusammenarbeit sollte auf die Unterstützung eines offeneren, moderneren und wettbewerbsfähigeren Handelssystems in Syrien ausgerichtet sein, um damit den Weg für die Umsetzung des Assoziationsabkommens zu ebnen und in weiterer Folge Syrien auf den Beitritt zur Welthandelsorganisation vorzubereiten.“<sup>56</sup> Schließlich wird auch noch auf die „guten“ Erfahrungen aus dem Privatisierungsprozess im Zuge der EU-Osterweiterung verwiesen, bei dem seinerzeit staats-eigene Betriebe für einen Appel und ein Ei an westeuropäische Konzerne verschleudert wurden<sup>57</sup>: „Die EG sammelte in diesem Bereich umfassende Erfahrungen während des Erweiterungsprozesses. Pilotinitiativen könnten der Regierung eine Hilfestellung bei der Erarbeitung einer ausgereiften Strategie für die Umstrukturierung und die künftige Privatisierung bieten.“<sup>58</sup>

Auf der Basis der im Länderstrategieprogramm definierten Prioritäten gingen dann die zwei „Nationalen Indikativprogramme“ (2008-2010 und 2011-2013) dazu über, konkrete Projekte anzuvisionieren sowie dafür notwendige Mittel bereitzustellen. Was die



*Die ehemalige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner zusammen mit Abdullah Al Dardari, einem der führenden Kräfte beim neoliberalen Umbau Syriens. Bild: EU.*

Reform der Öffentlichen Verwaltung angeht, wird im Indikativprogramm 2011-2013 noch viel klarer als noch in der Beschreibung im Länderstrategiepapier, dass es hier tatsächlich primär darum geht, die syrischen Institutionen „fit“ für die Umsetzung des Assoziationsabkommens zu machen. So wurde für eines der wichtigsten anvisierten Projekte in diesem Bereich folgendes Ziel ausgegeben: „Das übergeordnete Ziel des Programmes besteht darin, die Kapazität der syrischen Institutionen zu verbessern, um die Vorgaben, die im Assoziationsabkommen verankert sind, umsetzen zu können.“<sup>59</sup>

Einen Einblick in die Breite der Maßnahmen im Wirtschaftsbereich gibt folgende Passage aus dem Indikativprogramm 2008-2010: „Die EU hat bereits im Rahmen des vorausgegangenen Programms massive finanzielle Unterstützung für Syriens Wirtschaftsreform bereitgestellt und damit ihre strategische Zielsetzung, die Regierung Syriens bei der schrittweisen Liberalisierung von Wirtschaft und Handel zu unterstützen, weiterverfolgt. Die Programme der EU erstrecken sich auf eine Vielzahl verschiedener Bereiche wie Entwicklung der Privatwirtschaft/KMU, institutionelle Unterstützung der an der Wirtschaftsreform beteiligten Ministerien durch die Stärkung ihrer Kapazitäten für Politikgestaltung und -Umsetzung (einschließlich der Ausarbeitung des 10. Fünfjahresplans), Modernisierung der Zollverwaltung, Verbesserung der Haushaltsführung und Rechnungslegung des Finanzministeriums und erste Maßnahmen zur Reform der öffentlichen Versorgungsunternehmen (Telekommunikation und Elektrizität).“<sup>60</sup>

Dem Pfeiler „Unterstützung sozialer Reformen“ scheint auf den ersten Blick eine hohe Bedeutung zugemessen zu werden, immer-

hin handelt es sich dabei um einen von lediglich drei im Länderstrategiepapier definierten Prioritätsbereichen. Dies relativiert sich allerdings, wenn man später die konkrete Mittelallokation betrachtet. Insgesamt wurden für Projekte im Zeitraum 2008-2010 EU-Mittel in Höhe von 110 Mio. Euro eingestellt. Davon entfielen auf den ersten Bereich („Unterstützung für politische und administrative Reformen“) 30 Mio. Euro (23%), die zweite Säule („Unterstützung wirtschaftlicher Reformen“) erhielt mit 60 Mio. (43%) den Löwenanteil, während für „Unterstützung sozialer Reformen“ lediglich 30 Mio. Euro (23%) bereitgestellt worden waren.<sup>61</sup> Im Indikativprogramm 2011-2013 war eine leichte Erhöhung der Gelder auf 129 Mio. bei etwa gleichbleibender Verteilung anvisiert worden.<sup>62</sup> Hinzu kommen noch hohe ergänzende Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB), 1,4 Mrd. Euro zwischen 2000 und 2009: „Die meisten Darlehen der EIB laufen parallel zu bedeutenden Projekten der technischen Hilfe, die von der EU finanziert werden. Die Projekte der EG fungierten als Katalysatoren für Darlehen.“<sup>63</sup>

Wie zweischneidig die Programme zur „Unterstützung sozialer Reformen“ sind, zeigt etwa die Absicht, eine „Verbesserung des Gesundheitswesens“ anzustreben. Im Länderstrategiepapier wird diesbezüglich vor allem das „Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens“ (Health Sector Modernisation Programme, HSMP) lobend hervorgehoben: „Des Weiteren unterstützt die EU Reformen und den Aufbau von Kapazitäten im Gesundheitswesen. Das Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens leistete einen Beitrag zur Entwicklung einer nationalen Gesundheitsstrategie, die zentrale Themen anspricht, z. B. nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens und Krankenversicherung, Entwicklung und Management von Humanressourcen im Gesundheitsministerium und die Einführung eines Qualitätsmanagement- und Akkreditierungssystems.“<sup>64</sup> Allein für dieses „Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens“, das in der Praxis auf den Versuch einer umfassenden Kommerzialisierung des Sektors hinauslief (siehe unten), wurden im Schnitt jährlich über 30% der Gelder aus dem Topf „Unterstützung sozialer Reformen“ eingestellt.

Den genauen Einfluss dieser zahlreichen Förderprogramme einzuschätzen, ist schwierig, die Europäische Union selbst jedenfalls war mit den diesbezüglichen Ergebnissen jedenfalls recht zufrieden. So wird im „Nationalen Indikativprogramm 2011-2013“, dem letzten Dokument vor Ausbruch des Aufstands, der „positive“ Einfluss der EU-Gelder betont, die „zumeist die Form technischer Hilfe, Kapazitätsaufbau und politische Beratung hatten und in vielen Fällen wesentlich für den Reform- und Modernisierungsprozess waren.“<sup>65</sup> Im Länderstrategiepapier wird dabei der „Erfolg“ eines Programmes ganz prominent hervorgehoben: „Die EU leistet Hilfe zur Förderung der Reform der öffentlichen Verwaltung. Im Rahmen der Fazilität für die Modernisierung von Institutionen und Sektoren [Institutional and Sector Modernisation Facility, ISMF] werden Ministerien bei der Ausarbeitung von Reformprogrammen und der Gestaltung der Politik für einzelne Sektoren unterstützt. Die ISMF bot umfassende Hilfe für die Erstellung des Fünfjahresplans.“<sup>66</sup> Nachdem der Fünf-Jahresplan ein wesentlicher Meilenstein für den neoliberalen Umbau Syriens darstellte, lohnt sich ein genauerer Blick, was denn im Rahmen des ISMF-Projektes konkret unternommen wurde.

#### 4. Fallbeispiele: ISMF und die Rolle der GTZ

Auf der Homepage des ISMF-Projektes heißt es unter der Überschrift „Strategie – Ziele und Ambitionen“ typisch altruistisch: „Das wesentliche Ziel der Fazilität für die Modernisierung von

Institutionen und Sektoren (ISMF) ist es, zur Verbesserung des Lebensstandards der syrischen Bevölkerung beizutragen, während das Land den Übergang von einer zentral geplanten zu einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaft macht.“ Erreicht werden soll dies allerdings durch die „Unterstützung der syrischen Regierung bei ihrem Modernisierungsprogramm und bei der Implementierung des Assoziationsabkommens.“ Als eins der hiermit verfolgten „speziellen Ziele“ wird u.a. angegeben, „zur Ausarbeitung ökonomischer und sektoraler Strategien beizutragen, die darauf abzielen, eine funktionierende Marktwirtschaft zu entwickeln.“<sup>67</sup> Das Programm startete im Jahr 2003 und war ausgelegt bis 2008, wofür ein Budget von 22,5 Mio. Euro vorgesehen war.<sup>68</sup>

Im Rahmen der ISMF wurden eine Reihe von Maßnahmen finanziert, die weitreichendste scheint aber das „AA-Projekt“ gewesen zu sein: „Dieses ISFM-Projekt zielt darauf ab, die syrische Regierung dabei zu unterstützen, die Fähigkeiten ihrer Organe zur Implementierung des Assoziationsabkommens zu verbessern. [Das AA-Projekt] ist fast ein wirtschaftliches Reformprogramm, da es die Entwicklung neuer Gesetze, Institutionen und menschlicher Ressourcen beinhaltet.“<sup>69</sup> Nicht nur die Institutionen, auch die syrischen Beamten sollen für das Assoziationsabkommen fit gemacht werden: „Das AA-Projekt hat die Erfordernisse herausgefunden, um die Fähigkeiten der Mitarbeiter in den jeweiligen Ministerien zu entwickeln, damit sie in der Lage sind, effektiv mit den verschiedenen Aspekten der Implementierung des Assoziationsabkommens zurecht zu kommen.“<sup>70</sup> Noch weitreichender ist aber sicherlich, dass, wie bereits angedeutet, faktisch die komplette syrische Gesetzgebung durchforstet und daraufhin Vorschläge erarbeitet wurden, wie sie umzuschreiben sei: „Angesichts der Verpflichtungen aus dem Assoziationsabkommen wurde eine Revision sämtlicher gegenwärtig gültiger Gesetze, die mit seiner Implementierung im Zusammenhang stehen, vorgenommen. Gesetze, die neu entwickelt oder eingeführt werden müssen, wurden identifiziert.“<sup>71</sup>

Erwähnt wird vom ISMF auch die „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ, heute GIZ), die beim Umbau Syriens augenscheinlich ebenfalls eine wichtige Rolle spielt: „Die GTZ hat Gelder akquiriert, um das syrische Investitionsklima (Exportförderung) zu verbessern.“<sup>72</sup> Das Programm begann 2006 und basierte auf eindeutigen Prämissen: „Die syrische Regierung hat 2000 den Übergang zur sozialen Marktwirtschaft beschlossen“, hieß es zur Erklärung. Allerdings mangle es „den beteiligten Institutionen [...] an Kenntnissen“, weshalb die GTZ sie dabei unterstütze.<sup>73</sup>

Viel mehr ist aber über konkrete Projekte etc. auf der GIZ-Seite nicht in Erfahrung zu bringen. Betrachtet man aber einen 2009 erschienen Artikel über die Arbeit der GTZ in Syrien, dessen Co-Autor ein Mitarbeiter im Entwicklungshilfeministerium war, so geht aus ihm ein hohes Maß an Identifikation mit dem neoliberalen Assoziationsabkommen hervor. Ebenso wird die Bereitschaft deutlich, bei dessen Implementierung „beihilflich“ zu sein. Zuerst wird sich beschwert: „Trotz deutlicher Zollsenkungen ist der Warenfluss nicht frei. Bürokratie, Intransparenz und fehlende Informationen über Vorschriften erschweren den Handel für ausländische Unternehmen und treiben die tatsächlichen Kosten in die Höhe – weit über die offiziellen Zollsätze hinaus. Diese Diskrepanz zwischen Regeln und Realität zeigt sich auch im Steuerwesen: Die noch unreformierte Verwaltung ist ineffizient und unberechenbar. [...] Vorschläge, staatliche Unternehmen, die einen Großteil der Erwerbstätigen beschäftigen, zu privatisieren, werden politisch kaum unterstützt. [...] Auch Energiesubventionen beanspruchen die öffentlichen Haushalte. [...] Will die

Regierung die Reformen fortführen, kann sie mittelfristig die für die politische Stabilität im Land so wichtigen Subventionen nicht mehr finanzieren. Der Machtverlust droht.<sup>74</sup>

Trotz der Einschätzung, was die anvisierten „Reformen“ für die soziale Lage und die Stabilität des Landes bedeuten, wird daraufhin vorgeschlagen: „Sinnvolle Wirtschaftsreformen können mehr Produktivität und einen höheren Lebensstandard bringen – langfristig. Selbst wenn sie ausgabenneutral durchgeführt und eingesparte Subventionen besser eingesetzt würden, kann es Jahrzehnte dauern, bis sich die Situation der Bevölkerung spürbar und nachhaltig verbessert. Verwaltungsangestellte und Führungspersonal staatlicher Betriebe müssten mit Einbußen etwa bei der Arbeitsplatzsicherheit rechnen. [...] Die syrische Regierung hat längst erkannt, dass eine Marktöffnung der meistversprechende Weg aus der Armut ist. Wir werden die Reformkräfte innerhalb der syrischen Regierung auf diesem Weg geduldig unterstützen“, so Michael Krakowski, der in seinem GTZ-Projekt auch bei wirtschaftspolitischen Fragen berät. [...] Um den innenpolitischen Rückenwind nicht zu verlieren und Zugang zum Weltmarkt zu bekommen, brauchen die syrischen Reformer die Unterstützung westlicher Länder. Trotz aktueller Weltwirtschaftskrise ist das eine attraktivere Perspektive, als in nationaler Planwirtschaft zu stagnieren.“<sup>75</sup>

Involviert war die GTZ auch in die Kommerzialisierung des syrischen Gesundheitswesens, das in Syrien ursprünglich kostenlos und unter staatlicher Kontrolle war. Um die Ausgaben in diesem Bereich zu senken, wurden aber Reformpläne erarbeitet: „Seit 2003 hat sich der syrische Staat in einem Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens unter der Federführung der Europäischen Kommission und der GTZ engagiert. Das HSMP ist Teil eines bilateralen EU-Hilfskooperationsprogramms, um die Liberalisierung der syrischen Wirtschaft zu fördern.“<sup>76</sup> Wie bereits erwähnt, flossen im Schnitt über 30% der für den Topf „Unterstützung sozialer Entwicklung“ in den Indikativprogrammen vorgesehenen Gelder in das „Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens“. Hinzu kamen noch weitere 100 Mio. Euro über EIB-Kredite.<sup>77</sup> Ein Kernstück des Programms besteht im Versuch, die kostenfreie Gesundheitsversorgung faktisch abzuschaffen: „Ein integraler Bestandteil des Modernisierungsprogramms im Gesundheitssektor ist die Einführung von Benutzergebühren und Kosten für öffentliche Leistungen.“<sup>78</sup> Auch eine Krankenversicherung soll eingeführt werden, was laut einer ausführlichen Untersuchung der Vorschläge zusammengenommen katastrophale Folgen für die Qualität der Gesundheitsversorgung der ärmeren Bevölkerungsschichten gehabt hätte. Im Augenblick liegt die Umsetzung dieser Vorhaben aufgrund der Unruhen auf Eis, es steht jedoch zu befürchten, dass sie nach einem Machtwechsel wieder aus der Schublade geholt werden könnten.<sup>79</sup>

## 5. Katastrophe mit Ansage. Der wirtschaftliche Umbau Syriens unter Assad und die Folgen

Ursprünglich galt Assad bei seinem Amtsantritt im Jahr 2000 als Hoffnungsträger, was sich leider schnell als trügerisch erwies: „Bashar al-Assads Aufstieg zur Macht war begleitet von dem Versprechen der politischen und wirtschaftlichen Reform – nach einem kurzen Flirt mit der Ersteren wurde jedoch nur die Letztere umgesetzt.“<sup>80</sup> Schon unter seinem Vorgänger (und Vater) Hafiz al-Assad waren zwar erste Liberalisierungsmaßnahmen eingeleitet worden (etwa das Wirtschaftsliberalisierungsgesetz Nr.10 von 1991), allerdings eher in homöopathischen Dosen. Auch in den ersten Jahren der Regentschaft Bashar al-Assads lief das Modernisierungsprogramm eher langsam an.

Einen radikalen Liberalisierungsschub erfuhr das Land dann allerdings mit der Verabschiedung des 10. Fünfjahresplans im Mai 2006, den das EU-ISMF-Projekt nach Eigenangaben ja maßgeblich mit ausgestaltet hatte. So lobte die „Deutsch-Arabisches Industrie- und Handelskammer“ rückblickend: „Im 10. Fünfjahresplan (2006-2010) wurde ein umfassendes Reformprogramm festgelegt, das die Einführung der sozialen Marktwirtschaft zum Ziel hat. Wichtige Erfolge - wie die Steuerreform, die Vereinheitlichung der Wechselkurse, die Zulassung privater Banken, die Errichtung einer Wertpapierbörse, die Senkung der Körperschaftssteuer von 35 auf 28% (14% für Aktiengesellschaften) und die Schaffung neuer Investitionsgesetze - wurden bereits erreicht. Neben einem stärkeren Privatisierungsfaktor im Außenhandel sind auch einige Maßnahmen zur Förderung von Importen zu erkennen, wie die zum Teil drastischen Zollsenkungen, durch die die Zölle nun weitestgehend dem geforderten Standard der EU-Assoziationsabkommen entsprechen. [...] Mit der Verabschiedung der neuen Investitionsgesetze Nr. 8 und 9 Anfang 2007 wurde das Wirtschaftsliberalisierungsgesetz Nr.10 von 1991 ersetzt. Die Investitionsbedingungen wurden dadurch verbessert und vereinfacht. Nun sind zum Beispiel eine 100-prozentige ausländische Eigentümerschaft und der volle Gewinntransfer für ausländische Investitionen möglich.“<sup>81</sup>

Von EU-Seite werden die Liberalisierungsmaßnahmen als Erfolg bewertet und als Indikator das vergleichsweise hohe Wirtschaftswachstum von jährlich 5% im Zeitraum 2004 bis 2010 herangezogen. Allerdings lässt sich dies hauptsächlich auf die seinerzeit extrem hohen Ölpreise zurückführen.<sup>82</sup> Außerdem erübrigt es sich, von einem Erfolg zu sprechen, wenn die sozialen Folgen der Liberalisierungspolitik in Betracht gezogen werden. „Die Öffnung des syrischen Marktes habe höchst ‚schädliche Auswirkungen‘ auf das einheimische Handwerk, bestätigte letztes Jahr die International Crisis Group. Dies treffe zum Beispiel auf Duma zu, einen Vorort von Damaskus, in dem zahlreiche Handwerker lebten; sie stünden auf Grund der Liberalisierung vor dem Ruin und hätten dem Regime deshalb ihre Loyalität aufgekündigt.“<sup>83</sup> Offiziell lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2009 bei 8,1%, inoffizielle Schätzungen gingen allerdings von 24,4% aus.<sup>84</sup>

Das „Miet- und Immobiliengesetz Nr. 6“ hatte darüber hinaus zur Folge, dass es „Vermietern erleichtert wurde, Mieter aus Häusern mit ehemals gebundener Miete zur Räumung zu zwingen.“ Generell wurden durch das „Wettbewerbs- und Anti-Monopol-Gesetz“ von 2008 die meisten Bedarfsgüter von der Preisbindung befreit, auch die Subventionen des Energiesektors wurden eingestellt.<sup>85</sup> Die Abschaffung von Preiskontrollen führte zu einem sprunghaften Anstieg der Inflation – einschließlich steigender Mieten belief sie sich auf 17-20% zwischen 2006 und 2008 (in den 90er Jahren waren es lediglich 5% jährlich gewesen). Besonders drastisch wirkte sich die Abschaffung von Subventionen für Düngemittel, Elektrizität, Diesel und Benzin aus. Selbst die Europäische Union gestand in ihrem „Nationalen Indikativprogramm 2011-2013“ ein, dass die „Reduzierung von Benzinsubventionen und die hohe Inflationsrate negative Auswirkungen auf die Armutssituation im Jahr 2008 gehabt haben.“<sup>86</sup> Historisch handelte es sich bei Syrien um einen Staat mit eher geringen Einkommensunterschieden<sup>87</sup>, aber auch das hat sich geändert: „Seit den Zeiten der syrisch-ägyptischen Union (UAR 1958-61) ist der Reichtum nie so ungleich verteilt gewesen – 50% des Reichtums konzentriert sich auf 5% der Bevölkerung [während zugleich] zwischen 11% und 30% unterhalb der Armutsgrenze leben.“<sup>88</sup>

Das Ausmaß und die Auswirkungen der Liberalisierungsmaßnahmen waren also ohne Zweifel dramatisch, allerdings gingen sie aber nicht so weit, wie etwa in Ägypten oder Tunesien.<sup>89</sup> Des-

halb lautete die Einschätzung der Europäischen Union, das Land befinde sich zwar auf dem prinzipiell richtigen Weg und habe die richtigen Maßnahmen ergriffen, es sei dabei lediglich noch zu inkonsequent vorgegangen. Im letzten EU-Indikativprogramm vom August 2010 heißt es hierzu: „Der auf den Weg gebrachte wirtschaftliche Reformprozess in Syrien hat bereits wichtige Verbesserungen des Handels- und Investitionsklimas bewirkt. [...] Viel ist bereits erreicht worden. [...] Allerdings muss noch mehr getan werden, um das Unternehmertum und die Vergrößerung der syrischen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.“<sup>90</sup> Allerdings zeigte sich die Europäische Union zuversichtlich, dass im nächsten Fünfjahresplan 2011-2015 weitere substanzielle „Fortschritte“ in die gewünschte marktradikale Richtung erzielt werden könnten.<sup>91</sup>

Hierzu kam es bekanntlich nicht mehr, an irgendwelche Wirtschaftsreformen ist angesichts des gegenwärtigen Bürgerkrieges nicht zu denken. Vieles spricht allerdings dafür, dass sich das Regime diese Suppe zumindest teils – die gezielten Subversionstätigkeiten verschiedener westlicher Staaten sollten hier ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden<sup>92</sup> – mit seinen neoliberalen Reformen selbst eingebrockt hat. Denn die traditionelle Machtbasis des Assad-Clans waren Arbeiter und Bauern, der öffentliche Dienst sowie die Armee. Abseits der Streitkräfte wurden diese Gruppen allesamt von den Reformen hart getroffen.<sup>93</sup> Dies gilt ganz besonders für die Landbevölkerung, die vor allem anfangs ein wesentlicher Träger des Aufstandes war: „Der Fünfjahresplan transformierte die syrische Wirtschaft und ließ viele zurück, besonders auf dem Land. Ihrer ökonomischen Sicherheit beraubt, hatten sie wenig zu verlieren. Der Staat, ihr vormaliger Beschützer, war zu ihrem Feind geworden.“<sup>94</sup> Auch viele andere Beobachter kommen zu der Schlussfolgerung, mit den neoliberalen Reformen hätte sich Assad den Ast, auf dem er saß, mehr oder weniger selbst abgesägt, indem er neben seinem repressiven Vorgehen auch mit seiner Liberalisierungspolitik maßgeblich zu den Rahmenbedingungen beitrug, die das Ausbrechen des Aufstandes befördern haben.<sup>95</sup>

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass der Schwenk der Europäischen Union auf einen Anti-Assad-Kurs wenig mit den nicht in allerletzter Konsequenz umgesetzten neoliberalen Reformen zu tun gehabt haben dürfte. Schließlich entwickelte sich aus Brüsseler Sicht im Großen und Ganzen in diesem Bereich alles in die „richtige“ Richtung. Die Gründe hierfür waren stattdessen einerseits geopolitischer Natur (siehe hierzu das abschließende Kapitel). Andererseits will man unter allen Umständen sicherstellen, dass aus den Auseinandersetzungen nicht progressive Kräfte als Sieger hervorgehen, die den neoliberalen Umbau des Landes rückgängig machen könnten – was im „schlimmsten“ Fall sogar eine Signalwirkung für die gesamte Region hätte: „Der Westen greift nur ein, um diese Aufstände in Schach zu halten, entweder durch deren Militarisierung oder durch Abkommen mit den repressivsten Gruppen, die gewillt sind, die amerikanischen und europäischen Programme in der Region zu fördern. [...] In den letzten Monaten hat sich die Strategie des Westens gewandelt, weil das syrische Regime seine Hegemonie verloren hat und für Europa und die USA zur Belastung geworden war. Wie im Fall Ägyptens, Tunesiens, des Iraks und Libyens wird der Westen vielleicht nach einem wohlwollenden Despoten Ausschau halten, der Bashar el-Asad ersetzt.“<sup>96</sup>

Tatsächlich lässt sich in Syrien derzeit leider beides beobachten: Mit tatkräftiger westlicher Unterstützung fand einerseits eine dramatische Militarisierung der Proteste statt, während gleichzeitig die Teile des Aufstandes gefördert wurden, von denen man sich verspricht, dass sie dafür sorgen, dass die Revolution nicht aus dem Ruder läuft und der Liberalisierungspfad weiter beschritten wird.

## 6. Liberalisierungspläne für die Zeit nach dem Bürgerkrieg

Nachdem die EU-Staaten anfänglich von den Aufständen in der Region augenscheinlich auf dem falschen Fuß erwischt worden waren, wurde rasch damit begonnen, die Europäische Nachbarschaftspolitik zu überarbeiten. Hierfür veröffentlichte die Europäische Kommission bereits am 8. März 2011 die Mitteilung „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand.“ Sie wurde dann weitgehend in die Neufassung der Europäischen Nachbarschaftspolitik vom 25. Mai 2011 eingearbeitet, die den Titel „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“ trägt.<sup>97</sup>

Das Kernprinzip der Generalüberholung lautet „Mehr für Mehr“ – die ENP-Länder sollen mit einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik zu noch weitergehenden Liberalisierungsmaßnahmen bewegt werden. Ein wesentliches Ziel ist der Abschluss „vertieferter und umfassender Freihandelszonen mit den Partnern“<sup>98</sup> und das Lockmittel hierfür ist eine beträchtliche Erhöhung der für den südlichen Nachbarschaftsraum bereitgestellten Gelder.<sup>99</sup> Die Mittel für die – teils händeringend nach Kapital suchenden – Nachbarschaftsländer sollen künftig aber noch deutlicher stärker als bislang konditional vergeben, also von der willfährigen Umsetzung der EU-Vorgaben abhängig gemacht werden: „Es handelt sich um einen leistungsbezogenen Ansatz („more for more“), der Anreize geben und motivieren soll: Länder, die ihre Reformen schneller und weiter vorantreiben, können mit mehr Hilfe von der EU rechnen, während Länder, die die vereinbarten Reformen verzögern oder von ihnen abweichen, eine Neuzuweisung der Mittel oder deren Verlagerung auf andere Schwerpunktbereiche befürchten müssten.“<sup>100</sup>

Somit werden die Aufstände in der Region von der Europäischen Union sowohl als eine Bedrohung als auch als eine Chance erachtet. Einerseits gilt es unter allen Umständen zu verhindern, dass dort progressive Kräfte den Einfluss der Europäischen Union zurückdrängen könnten; andererseits hatten sich einige der dortigen Regime trotz allem eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt, gerade auch was wirtschaftsliberale Reformen angeht. Aus diesem Grund werden die Aufstände auch als Gelegenheit betrachtet, die eigene Liberalisierungsagenda noch stärker voranzutreiben: „Mehr vom Gleichen“, könnte man den Ansatz wohl am treffendsten zusammenfassen.<sup>101</sup>

Was konkret Syrien angeht, beschloss der Außenministerrat im Mai 2011 die Einfrierung sämtlicher Gespräche über das Assoziationsabkommen und sukzessive wurden anschließend die EU-Sanktionen verschärft. Gleichzeitig wurde aber unmissverständlich angekündigt, in den Startlöchern zu stehen, sobald „genehmere“ Machthaber in Damaskus sitzen würden: „In den vergangenen Monaten haben die EU-Außenminister wiederholt erklärt, dass die EU bereit ist, eine neue, ambitionierte Partnerschaft mit Syrien quer über alle Gebiete von gemeinsamem Interesse zu entwickeln, einschließlich der Mobilisierung von Hilfgeldern, der Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der Unterstützung beim justiziellen und politischen Übergang, sobald ein genuiner demokratischer Übergang beginnt.“<sup>102</sup>

Als Ansprechpartner für die weiteren Planungen haben die „Freunde Syriens“ genannten etwa 70 Staaten, die sich für einen Regimewechsel in Syrien einsetzen, den vorwiegend aus Exilanten zusammengesetzten „Syrischen Nationalrat“ (SNC) auserkoren. Der SNC wird von den Muslimbrüdern dominiert, wobei seine Führungsspitze über hervorragende Kontakte vor allem zu amerikanischen Institutionen und Geldgebern verfügt.<sup>103</sup> Mit den progressiven Teilen des Aufstands hat der SNC wenig gemein

und sein Rückhalt in der syrischen Bevölkerung ist milde formuliert begrenzt, auch wenn westlicherseits stets etwas anderes suggeriert wird. Der SNC zeichnet sich durch seine kategorische Ablehnung jeglicher Form von Verhandlungen zur Beilegung des Bürgerkrieges sowie durch wiederholte Forderungen nach einer westlichen Militärintervention und nach einer Bewaffnung der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) aus, die teils von ihm direkt mit Militärmaterial versorgt wird. Er hatte somit maßgeblichen Einfluss auf die Militarisierung der anfangs fast vollständig friedlichen Protestbewegung und die hiermit einhergegangene Marginalisierung der progressiven Teile des Aufstandes.<sup>104</sup>

Der SNC liegt also – zumindest in einigen wichtigen Bereichen – ganz auf der Wellenlänge der westlichen Staaten und insofern wundert es auch nicht, dass sich beide Seiten zügig gemeinsam daranmachen, Überlegungen für die Zukunft anzustellen. Erstmals erfuhr die Öffentlichkeit, dass in Deutschland Treffen der syrischen Opposition stattfinden, um konkrete Pläne für die Zeit nach dem Sturz Assads auszuarbeiten, durch einen FAZ-Bericht Ende Mai 2012. In ihm hieß es, man mache sich dabei „vorbeugend Gedanken über die Zukunft Syriens“.<sup>105</sup> Später wurden weitere Details geliefert: Bis zu 50 Oppositionelle würden sich seit Januar 2012 in den Räumen der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) treffen. Der Name des Projektes: „The day after: Supporting a democratic transition in Syria.“ Auch das „US Institute for Peace“, faktisch ein Ableger des US-Außenministeriums, sei mit an Bord: „Das deutsche Außenministerium und das State Department helfen mit Geld, Visa und Logistik. Direkte Regierungsbeteiligung gibt es wohlweislich nicht, damit die Teilnehmer nicht als Marionetten des Westens denunziert werden können.“<sup>106</sup> Alle Arbeiten gründeten auf der festen Überzeugung, dass Assad stürzen werde: „Wie kann der Übergang zu einem demokratischen Syrien organisiert werden? Das unweigerliche Ende des Regimes wird schlicht vorausgesetzt, als eine Art Arbeitshypothese.“<sup>107</sup>

Nach Angaben von Steven Heydemann, dem im „US Institute for Peace“ für das Projekt zuständigen Mitarbeiter, sei während der Treffen ein konkreter Plan für die Übergangsphase erarbeitet worden. Einzelheiten des Planes sind nicht öffentlich, er wurde Heydemann zufolge jedoch vom „Syrischen Nationalrat“ angenommen, weshalb vieles dafür spricht, dass er sich mit den Vorstellungen deckt, die vom SNC am 24. Mai 2012 bei einem Treffen der „Freunde Syriens“ vorgelegt wurden.<sup>108</sup> In der diesbezüglichen SNC-Pressemitteilung heißt es, Osama Kadi, Direktor des Büros für Finanz- und Wirtschaftsfragen beim SNC, habe bei dem Treffen „die ökonomische Vision des SNC“ vorgestellt. Dazu gehöre es, die syrische Bevölkerung „von den ökonomischen Beschränkungen während des Assad-Regimes zu befreien.“ Eine künftige Regierung werde „eine freie Marktwirtschaft unterstützen.“ Man strebe eine „Reform des Finanzsektors an, um ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen.“<sup>109</sup>

In dem Dokument „Economic Discourse of the Syrian Revolution“ findet sich eine halbwegs ausführliche Beschreibung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen des „Syrischen Nationalrats“. Offenbar geht es ihm vor allem darum, den von Assad eingeschlagenen Liberalisierungskurs noch konsequenter voranzutreiben. Anders lässt sich folgende Passage kaum deuten, in der als Ziel formuliert wird: „Die *ernsthafte* Anwendung von Politiken der sozialen Marktwirtschaft, wie sie im 10. Fünfjahresplan angenommen wurden.“ Weiter gehe es wiederum darum, „internationale Investitionen anzulocken, um die syrische Wirtschaft zu stimulieren“, die „Privatbanken zu revitalisieren“ und den „Bereich der staatlichen Unternehmen zu reformieren, um ihre Effizienz zu gewährleisten.“<sup>110</sup>

Obwohl der Verweis auf eine „soziale“ Marktwirtschaft auch positiv gedeutet werden könnte, klingen die wirtschaftlichen Visionen des SNC sehr nach dem üblichen neoliberalen Einheitsbrei. Dafür spricht auch, dass die wirtschaftlichen Pläne des SNC beim Treffen der „Freunde Syriens“ Ende Mai 2012 ausdrücklich begrüßt wurden. Gleichzeitig wurden dort Fahrplan und Struktur des weiteren Vorgehens festgelegt – mit Deutschland ganz vorne im Fahrersitz. Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe „Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung“ gegründet: „In Abu Dhabi wurden innerhalb des Arbeitskreises Wirtschaft vier ‚Körbe‘ als Unterarbeitskreise eingerichtet, die jeweils ein Staat oder eine Organisation führt. Großbritannien leitet den ersten Korb zu den unmittelbaren Maßnahmen nach einem Wechsel in Damaskus. In ihm wird erörtert, welches Land nach einem Wechsel in Damaskus welche Maßnahme übernehmen wird. Im zweiten Korb wird die EU-Kommission die Koordinierung der internationalen Geber übernehmen. Zunächst sollen die Mechanismen für die künftig erforderlichen Geber festgelegt werden. Deutschland ist für den dritten Korb zur Wirtschaftspolitik und den Wirtschaftsreformen zuständig. Dabei sollen langfristige Strategien und Maßnahmen für den Übergang von einer zentral geleiteten Wirtschaft in eine Marktwirtschaft erarbeitet werden. Die Vereinigten Arabischen Emirate leiten den vierten Korb zur Einbindung der privaten Unternehmen und deren Vorbereitung auf die Marktwirtschaft.“<sup>111</sup>

Den Vorsitz der Arbeitsgruppe „Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung“ – und damit mutmaßlich die Verantwortung für die Koordination der verschiedenen Vorhaben – hat Deutschland (zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten) inne. Das Sekretariat der Arbeitsgruppe ist in Berlin ansässig, es wird vom früheren Leiter des Büros der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Afghanistan, Gunnar Wälzholz, geleitet und mit einem Anfangsbudget von 1,2 Mio. Euro ausgestattet: „[Das] Sekretariat arbeitet eng mit Mitgliedern des Syrischen Nationalrats (SNC) zusammen.“<sup>112</sup> Auf was diese „Zusammenarbeit“ konkret hinausläuft, offenbart eine Meldung des Auswärtigen Amtes. Augenscheinlich geht es darum, dass die syrische Opposition im Rahmen der Arbeitsgruppe unter westlicher Anleitung – oder besser: Aufsicht - ihre Wirtschaftsagenda ausarbeiten soll: „Sie [soll] der syrischen Opposition die Möglichkeit geben, sich mit Beratung durch die internationale Gemeinschaft ein wirtschaftspolitisches Profil zu erarbeiten.“<sup>113</sup>

Ende August 2012 wurde schließlich der Vorschlagskatalog des „Day-After-Projektes“ für den Umbau Syriens nach einem Sturz Assads der Öffentlichkeit präsentiert.<sup>114</sup> Auch wenn sich in ihm allerlei wohlklingende Formulierungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und derlei mehr finden, kann dies über den wahren Kern des Dokumentes nicht hinwegtäuschen: „Wie die ‚The Day After‘-Konzeption zeigt, soll die syrische Wirtschaft kompatibel mit westlichen Marktwirtschaften sein; die dazu notwendigen Trainingsprogramme für das Personal bei internationalen Institutionen sind ebenso geplant wie die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für private Wirtschaftsunternehmen. Besondere Bedeutung messen die Autoren dem Wiederaufbau der Infrastruktur Syriens bei.“<sup>115</sup>

Auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Projektberichts forderte Amr al-Azm, ein Sprecher des „The-Day-After-Projektes“, gleichzeitig mehr oder weniger offen die Bewaffnung der „Freien Syrischen Armee“ und damit eine weitere Eskalation des Bürgerkrieges: „Zudem müsse das Ausland endlich Schluss machen, die Kämpfer in Syrien ‚nur mit Worten‘ oder ‚nicht-tödlicher Hilfeleistung‘ zu unterstützen. Den Aufständischen müsse das ‚notwendige Werkzeug‘ ausgehändigt werden, damit diese Angriffe

von ‚Kampffjets, Hubschraubern und schwerer Artillerie‘ zurück-schlagen können. ‚Wir benötigen die Mittel, um das syrische Regime daran zu hindern, sein eigenes Volk zu töten‘, so al-Azm. Eine aufschlussreiche Forderung. Denn bislang wurde immer betont, das TDA-Projekt sei ausschließlich am ‚Tag danach‘ interessiert. Der Sturz Assads selbst sei nie Gegenstand der Diskussionen gewesen.<sup>116</sup> Noch weiter gingen Amr al-Azms Ausführungen bei besagter Pressekonferenz zum Day-After-Projekt bezüglich den Forderungen nach einer Schutzzone. ‚Wir haben tausende syrische Flüchtlinge, die sich an der Grenze zur Türkei drängen und nicht in die Türkei gelangen können. (...) Vor uns entfaltet sich eine inakzeptable humanitäre Krise‘, griff TDA-Sprecher Amr al-Azm [...] die Entscheidung der Türkei auf. Er forderte jedoch nicht, die Türkei zur Öffnung der Grenzen zu drängen und den Flüchtlingen somit die sich ‚entfaltende humanitäre Krise‘ zu ersparen, sondern die Einrichtung einer Schutz-bzw.- Flugverbotszone – also eine militärische Intervention.<sup>117</sup>

## 7. Verrat an der Revolution!

Von amerikanischer Seite her bemüht man sich nicht einmal, die geostrategischen Interessen, die hinter den Forderungen nach einem Regimewechsel in Syrien stecken, zu verheimlichen. Wiederholt gaben hochrangige US-Vertreter an, es gehe vor allem darum, die „Schitische-Achse“ (Iran, Syrien und Hizbollah/Libanon) zu schwächen.<sup>118</sup>

Wie stark die vor allem für die USA nachgewiesenen Subversionstätigkeiten zum Ausbrechen des Aufstandes beigetragen haben, lässt sich schwer beurteilen<sup>119</sup>, in jedem Fall will Washington die sich seit Februar 2011 bietende Gelegenheit nutzen, um sich des missliebigen Regimes endgültig zu entledigen. Für die Bundesregierung stellte sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob sie sich, wie zuvor in Libyen, erneut – weitgehend – aus dem Konfliktgeschehen heraushalten will oder nicht. Die Antwort hierauf fiel eindeutig aus. Denn die Nicht-Beteiligung am Libyen-Krieg hat Deutschland – zumindest aus Sicht großer Teile der Elite – enorm geschadet. Solch ein Desaster darf sich deshalb, geht es etwa nach den Vorstellungen von Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, unter keinen Umständen in Syrien wiederholen. Im führenden deutschen Außenpolitikmagazin forderte er deshalb – natürlich aus rein moralischen Erwägungen –, dass Deutschland sich mit allen, notfalls auch militärischen Mitteln dort engagieren müsse: „Bundestag und Bundesregierung sollten sich darauf vorbereiten, dass die Frage einer deutschen Beteiligung an einem internationalen Militäroperation in Syrien von Partnerländern innerhalb wie außerhalb der NATO an sie herangetragen werden könnte, und bereits frühzeitig die deutsche Rolle dabei konkret festlegen. Ein schlichtes ‚Ohne uns‘ würde die moralische Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik massiv unterminieren und die Partner der Bundesrepublik (erneut) fragen lassen, welche Lasten Deutschland denn in der internationalen Politik zu schultern bereit sei.“<sup>120</sup>

Um „Moral“ geht es hierbei allerdings keineswegs, wie ein überraschend deutlicher FAZ-Artikel über die geostrategischen Hintergründe des Konfliktes untermauert:

„Man kann nur staunen über das Ausmaß an fast schon sträflicher Naivität oder auch nur schlichter Ignoranz, das viele Beurteiler der Syrien-Krise an den Tag legen, vor allem, wenn es darum geht, die Hintergründe für das zähe Tauziehen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zwischen Amerika und den westlichen Mächten einerseits, Russland und China andererseits aufzuhellen. Folgt man der Darstellung des Konflikts in weiten Teilen der westlichen Welt, dann scheint es sich lediglich um die Frage

zu handeln, ob es gelingt, die syrische Bevölkerung von einem blutigen Diktator zu befreien. [...] Der aktuelle Konflikt um ein Eingreifen oder Nicht-Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg ist deshalb so brisant, weil sich in dieser Frage der Gegensatz zwischen zwei radikal unterschiedlichen geostrategischen und welt-politischen Konzeptionen manifestiert. Den Amerikanern und der westlichen Seite geht es nicht oder nicht vorrangig darum, der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern um *Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes*, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte.“<sup>121</sup>

Die deutsche Zurückhaltung beim Libyen-Krieg hat die Aus-sichten der einheimischen Konzerne, vom extrem lukrativen „Wiederaufbau“ des Landes zu profitieren, erheblich beeinträchtigt. Deshalb will man nun in Syrien „Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes“ nehmen, vor allem auch, da mit dem Konflikt grundlegende Veränderungen der mittelöstlichen Machtbalance einhergehen könnten – hier will Berlin auf keinen Fall erneut machtpolitisch im Abseits stehen. Durch den Vorsitz der Arbeitsgruppe Wiederaufbau ist man hierfür nun bestens positioniert, auch und gerade wenn es darum geht, sicherzustellen, dass der syrische Liberalisierungskurs fortgesetzt wird. Das deutsche Engagement wird augenscheinlich auch vonseiten der designierten künftigen Machthaber im SNC goutiert: „Die Bundesregierung zieht mit der Förderung der syrischen Opposition Konsequenzen aus der Fehlentscheidung, im Libyenkonflikt mit Russland und China gegen eine Intervention gestimmt zu haben. [...] Alle Beteiligten, heißt es, sind sich dessen bewusst. Dass Deutschland sich diesmal aufrichtig bemüht hat.“<sup>122</sup>

Aufrichtig bemüht ist Deutschland jedoch allein um seine stragegischen und ökonomischen Interessen. Um sie durchzusetzen, wird die soziale Revolution in Syrien – und anderswo – bereitwillig ans Messer geliefert.

## Anmerkungen:

- 1 Vgl. etwa Marktwirtschaft für Syrien, German-Foreign-Policy.com, 30.05.2012.
- 2 Dahi, Omar S./Muni, Yasser: Aufstände in Syrien: Auf der Suche nach der Schnittmenge – zwischen Autoritarismus und Neoliberalismus, in: inamo Nr. 68, Winter 2011, S. 58-64: [www.inamo.de/tl\\_files/dossiers/dahi-munif\\_inamo-68-2011.pdf](http://www.inamo.de/tl_files/dossiers/dahi-munif_inamo-68-2011.pdf)
- 3 Sen, Kasturi/Faisal, Waleed al: Syria Neoliberal Reforms in Health Sector Financing: Embedding Unequal Access? in: Social Medicine, Vol 6, No 3 (2012), S. 171-182, S. 171.
- 4 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 51ff.
- 5 Inwieweit politische und wirtschaftliche Interessen dabei identisch waren bzw. sind, mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben, in jedem Fall waren sie deckungsgleich: „Weil die politischen Machtambitionen der EU sich mit der Interessenlage der Großkonzerne der Wirtschaft eng verfilzen, [sind] Schwerpunkte und Richtungen der außenpolitischen Strategien [...] deckungsgleich mit denen der Expansionsstrategien der Konzerne.“ (Binus, Gretchen: Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik, Die Linke im Bundestag, Juni 2010, S. 10).
- 6 Vgl. etwa Zielonka, Jan: Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union, New York 2006; Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft, Bonn 2005; Beck, Ulrich/Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa, Frankfurt am Main 2007; Alan Posener: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss. München 2007. Siehe kritisch Wissel, Jens: Second Empire. Zu den Europäischen Welt(un)ordnungspolitischen Ambitionen, in: Brink, Tobias ten (Hg.): Globale Rivalitäten, Stuttgart 2011, S. 183-202.
- 7 „Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.
- 8 Vgl. zu den Imperiums-Definitionen Zielonka, Jan: Empires and the

- Modern International System, in: *Geopolitics*, Volume 16, Issue 3 (2012), S. 502-525.
- 9 Auf den „Big Bang“ der EU-Osterweiterung folgte lediglich die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens (1. Januar 2007). Der Beitrittsvertrag mit Kroatien wurde im Dezember 2011 unterzeichnet, die formale Aufnahme soll 2013 erfolgen.
  - 10 Leaman, Jeremy: Hegemonialer Merkantilismus: Die ökonomische Doppelrolle der Europäischen Union, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2008, S. 76-90, S. 77.
  - 11 Vgl. Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007.
  - 12 Vgl. Hofbauer, Hannes: Brüsseler Despotie. Hintergrund. Aggressiver Euro-Imperialismus: Ist das der alte Kolonialismus? *junge Welt*, 10.04.2012.
  - 13 Vgl. Wagner, Jürgen: Brüssel, das neue Rom? Ostexpansion, Nachbarschaftspolitik und das Empire Europa, *Studien zur Militarisierung EUropas*, 36/2008.
  - 14 Georg Vobruba: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, in: *Osteuropa* 2-3/2007, S. 7-20.
  - 15 Um genau zu sein, umfasst die ENP die Palästinensische Autonomiebehörde und folgende 15 Länder: Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Syrien, Tunesien und die Ukraine.
  - 16 Ferrero-Waldner, Benita: „Europa als globaler Akteur – Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik“, *Bundesakademie für Sicherheitspolitik*, Berlin, den 24. Januar 2005.
  - 17 Dies ist nicht weiter verwunderlich, wurden doch dieselben zuvor für die EU-Osterweiterung zuständigen Beamten anschließend mit der Ausgestaltung der ENP betraut. Konzepte wurden dabei sogar so stur eins zu eins übernommen, dass teilweise sogar peinlicherweise vergessen wurde, die Namen der osteuropäischen Staaten durch die der ENP-Länder zu ersetzen. Vgl. Kelley, Judith: *New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy*, *JCMS*, Nr. 1/2006, S. 29-55, S. 33.
  - 18 Mitteilung der Kommission: Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern, Brüssel, den 11.3.2003 KOM (2003) 104.
  - 19 Vgl. Bauer, Patricia: The Transition of Egypt in 2011: A New Springtime for the European Neighbourhood Policy? in: *Perspectives on European Politics and Society*, Nr. 4/2011, S. 420-439.
  - 20 Henk van Hourum/Freerk Boedeltje: Brussels is Speaking: The Adverse Speech Geo-Politics of the European Union Towards its Neighbours, in: *Geopolitics*, Volume 16, Issue 1 (2011), S. 130-145, S. 131.
  - 21 Vgl. Bicci, Federica: „Our size fits all“: normative power Europe and the Mediterranean, in: *Journal of European Studies*, March 2006, S. 286-303, S. 294.
  - 22 Vgl. Hinnebusch, Raymond: Europe and the Middle East: From Imperialism to Liberal Peace? in: *Review of European Studies* Vol. 4, No. 3, July 2012, S. 18-31, S. 23.
  - 23 Dort ist sie sogar noch ausgeprägter, da für die östlichen Länder wie etwa die Ukraine eine Aufnahme in die Europäische Union zumindest perspektivisch nicht kategorisch ausgeschlossen wird.
  - 24 Hinnebusch 2012, S. 24.
  - 25 Größeres Europa (KOM (2003) 104), S. 10.
  - 26 Hinnebusch 2012, S. 18 und 28.
  - 27 So attestiert der ehemalige Kommentarchef der Welt am Sonntag, Alan Posener, der ENP durchaus wohlwollend: „Auf die Feinheiten der Europäischen Nachbarschaftspolitik kommt es hier nicht an, sondern auf die Feststellung, dass Europa, von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt, bereits eine imperiale Politik des ‚Größeren Europa‘ betreibt; und dass es dabei das typische Merkmal aller Imperien entwickelt, nämlich eine Asymmetrie und ein Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie.“ (Posener, Alan: *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss*, München 2007, S. 101)
  - 28 Kuus, Merje: Policy and Geopolitics: Bounding Europe in EUrope, *Annals of the Association of American Geographers*, 101:5 (2011), 1140-1155, S. 1148.
  - 29 Ebd., S. 1150.
  - 30 Ebd., S. 1149.
  - 31 Größeres Europa (KOM (2003) 104), S. 10.
  - 32 Vgl. etwa Reynaert, Vicky; Preoccupied with the Market: The EU as a Promoter of ‘Shallow’ Democracy in the Mediterranean, in: *European Foreign Affairs Review*, Nr. 16/2011, S. 623-637; Brand, Martin: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?, in: *Utopie kreativ*, H. 217 (November 2008), S. 988-1006.
  - 33 Vgl. etwa Dostal, Jörg Michael: The European Union’s Role in the Debate on Economic Reform in Syria, Given at the 58th Political Studies Association Annual Conference Swansea University, Wales, 1-3 April 2008; Hinnebusch 2012.
  - 34 Scarpetta, Vincenzo/Swidlicki, Pawel: The EU and the Mediterranean: good neighbours? in: *open Europe*, Mai 2011, S. 16.
  - 35 Dimitrovova, Bohdana: Imperial re-bordering of Europe: the case of the European Neighbourhood, in: *Cambridge Review of International Affairs*, Nr. 2/2012, S. 249-267, S. 254. Siehe auch Reynaert 2012, S. 630: „Wirtschaftliche Liberalisierung, die stark seitens der EU unterstützt wurde [...], führte zu wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten oder ungleichem Zugang zum demokratischen Prozess, der Gesellschaften prägt. Heute ist diese Ungleichheit, zusammen mit der fehlenden Freiheit, die wesentliche Ursache für die Revolutionen und Proteste in der Region.“
  - 36 Hinnebusch 2012, S. 26.
  - 37 EU-Syrien: Abschluss der Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, Brüssel, den 10. Dezember 2003: [trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2003/december/tradoc\\_115350.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2003/december/tradoc_115350.pdf)
  - 38 Dostal 2008, S. 29 und 31: [www.psa.ac.uk/journals/pdf/5/2008/Dostal.pdf](http://www.psa.ac.uk/journals/pdf/5/2008/Dostal.pdf)
  - 39 Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Syrien andererseits im Namen der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, den 17.12.2004 KOM (2004) 808 (Die im Text folgenden Artikelnummern beziehen sich auf diese Quelle).
  - 40 Dostal 2008, S. 17.
  - 41 Vgl. Zorob, Anja: An Agreement Surrounded by Uncertainty, *Syria Today*, March 2009: [www.syria-today.com/index.php?option=com\\_content&view=article&id=608:an-agreement-surrounded-by-uncertainty&catid=33:business-features&Itemid=8](http://www.syria-today.com/index.php?option=com_content&view=article&id=608:an-agreement-surrounded-by-uncertainty&catid=33:business-features&Itemid=8)
  - 42 Das Assoziationsabkommen mit Syrien entsprach im wirtschaftlichen Bereich dem üblichen Schema, ging allerdings was Forderungen zur Zusammenarbeit insbesondere in der Terrorbekämpfung anbelangte, über die Standardpassagen hinaus.
  - 43 Vgl. Hinnebusch 2012, S. 26.
  - 44 Die ursprüngliche „Achse des Bösen“ wurde in einer Rede des damaligen US-Präsidenten George W. Bush im Januar 2002 definiert und umfasste den Irak, Nordkorea und den Iran. Anfang Mai 2002 erweiterte der damalige Staatssekretär im Außenministerium, John Bolton, besagte Achse um Libyen, Syrien und Kuba und drohte diesen Ländern ebenfalls mit militärischen Angriffen. Vgl. Bolton, John R.: *Beyond the Axis of Evil: Additional Threats from Weapons of Mass Destruction*, *The Heritage Foundation Lectures*, 06.05.02, S. 7.
  - 45 Vgl. Dostal 2008, S. 20.
  - 46 Vgl. Hinnebusch 2012, S. 26.
  - 47 Vgl. Verwirrung um Assoziierungsabkommen mit Syrien, *euractiv*, 14.10.2009.
  - 48 Dostal 2008, S. 23.
  - 49 Ebd., S. 15.
  - 50 Vgl. etwa Landis, Joshua: The Syrian Uprising of 2011: Why the Asad Regime Is Likely to Survive to 2013, in: *Middle East Policy*, Volume 19, Issue 1 (Spring 2012), S. 72-84; Shaoul, Jean/Marsden, Chris: The bitter legacy of Syria’s Hafez al-Assad, *World Socialist Web Site*, 16.06.2000.
  - 51 Reynaert 2011, S. 628.
  - 52 Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Arabische Republik Syrien: Länderstrategiepapier 2007-2011, S. 26: [ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi\\_csp\\_nip\\_syria\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_syria_de.pdf)
  - 53 Ebd.
  - 54 Ebd.
  - 55 Ebd., S. 29.

- 56 Ebd.
- 57 Vgl. zum Ausverkauf der osteuropäischen Staatsbetriebe Hofbauer 2007.
- 58 Länderstrategiepapier 2007-2013, S. 30.
- 59 European Neighbourhood and Partnership Instrument Syrian Arab Republic: National Indicative Programme 2011-2013, S. 7: [ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011\\_enpi\\_nip\\_syria\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_syria_en.pdf)
- 60 Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Arabische Republik Syrien: Revidiertes Nationales Richtprogramm 2008-2010, S. 10: [ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi\\_nip\\_0810\\_syria\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_0810_syria_de.pdf).
- 61 Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Arabische Republik Syrien: Nationales Richtprogramm 2007-2010, S. 42: [ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi\\_csp\\_nip\\_syria\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_syria_de.pdf)
- 62 National Indicative Programme 2011-2013, S. 19.
- 63 Länderstrategiepapier 2007-2013, S. 21.
- 64 Ebd., S. 22.
- 65 National Indicative Programme 2011-2013, S. 6.
- 66 Länderstrategiepapier 2007-2013, S. 21f.
- 67 About ISMF: [ismf-eusy.org/ismf/en/about.php](http://ismf-eusy.org/ismf/en/about.php)
- 68 21 Mio. Euro bezahlte die EU und 1,5 Mio. Euro Syrien.
- 69 Seifan, Samir: Enhancing Syrian Government's Implementation and Monitoring of the EU-Syria Association Agreement (E002-08-05), August 2005, S. 2: [ismf-eusy.org/ismf\\_reports/Reports/E002-08-05.pdf](http://ismf-eusy.org/ismf_reports/Reports/E002-08-05.pdf)
- 70 Ebd., S. 3.
- 71 Ebd., S. 3.
- 72 Vennen, Thomas: Legal and Regulatory Framework Conducive to Commercial and Investment Activity in Syria Required by the EU-Syrian Association Agreement (E008-08-05), August 2005, S. 120.
- 73 Marktwirtschaft für Syrien, German-Foreign-Policy.com, 30.5.2012.
- 74 Blechmann, Ronny/Reiher, Stefanie: Syrien sucht Paradigma, in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 3/2009, S. 112-115: [www.dandc.eu/articles/092447/index\\_p.de.shtml](http://www.dandc.eu/articles/092447/index_p.de.shtml)
- 75 Ebd.
- 76 Sen/Faisal 2012, S. 174.
- 77 European-Syrian Relations, S. 33: [eeas.europa.eu/delegations/syria/documents/content/more\\_info/annual\\_report\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/delegations/syria/documents/content/more_info/annual_report_en.pdf)
- 78 Sen/Faisal 2012, S. 180.
- 79 Vgl. ebd.
- 80 Dahi/Muni 2011.
- 81 Deutsch-Arabische Industrie- und Handelskammer: Länderprofil Syrien (Stand: 12/2010): [www.ghorfa.de/fileadmin/inhalte/laenderprofile/ueberblick\\_Syrien.pdf](http://www.ghorfa.de/fileadmin/inhalte/laenderprofile/ueberblick_Syrien.pdf)
- 82 Matar, Linda: The Socioeconomic Roots of the Syrian Uprising, MEI Insights Nr. 58, 26.03.2012, S. 2: [www.mei.nus.edu.sg/wp-content/uploads/2012/03/Download-Insight-58-Matar-HERE.pdf](http://www.mei.nus.edu.sg/wp-content/uploads/2012/03/Download-Insight-58-Matar-HERE.pdf)
- 83 Marktwirtschaft für Syrien, German-Foreign-Policy.com, 30.05.2012.
- 84 Matar 2012, S. 2f.
- 85 Dahi/Muni 2011.
- 86 National Indicative Programme 2011-2013, S. 4.
- 87 Vgl. Dostal 2008, S. 22.
- 88 Dahi/Muni 2011. Vgl. auch Matar 2012, S. 2f.
- 89 Vgl. Dostal 2008, S. 30; Dahi/Muni 2011.
- 90 European Neighbourhood and Partnership Instrument Syrian Arab Republic National Indicative Programme 2011-2013, S. 5 und 9.
- 91 Ebd., S. 3.
- 92 Vgl. Wagner, Jürgen: Syrien: Die Militarisierung der Proteste und die strategische Unvernunft der Gewalt, in: AUSDRUCK (April 2012), S. 11-17.
- 93 Vgl. Dostal 2008, S. 18.
- 94 Francis, Ghadi: Dardari: Der Trojaner des neoliberalen Syrien, in: inamo, Nr. 70, Sommer 2012 (engl. Fassung: [english.al-akhbar.com/node/2097](http://english.al-akhbar.com/node/2097)). Nach Ausbrechen der Proteste wurden einige Liberalisierungsmaßnahmen wieder rückgängig gemacht. Siehe Matar, Linda: Syria's Economic Crisis. Al Assad Government Roles Back Neoliberal Reforms, Globalresearch.ca, 15.08.2012 (Matar 2012b).
- 95 Vgl. Sen/Faisal 2012, S. 171; Matar 2012, S. 2; Dahi/Muni 2011.
- 96 Ebd.
- 97 Europäische Kommission, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand, Brüssel, den 08.03.2011, KOM (2011) 200. Gemeinsame Mitteilung der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Kommission: Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel, den 25.5.2011 KOM (2011) 303.
- 98 Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand (KOM (2011) 200, S. 10.
- 99 Vgl. EU to spend billions more on Arab revolutions, EUobserver, 07.12.11.
- 100 Ebd., S. 5.
- 101 Vgl. etwa Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik. EUropas neoliberale Offensive an der südlichen Peripherie, in: Wissenschaft & Frieden 4/2011; Reynaert 2011, S. 635.
- 102 ENP Package – Syria, MEMO/12/342, Brussels, 15 May 2012: [europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/342&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/342&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en)
- 103 Vgl. Skelton, Charlie: The Syrian opposition: who's doing the talking? Guardian, 12.07.2012.
- 104 Vgl. Wagner 2012.
- 105 Herrmann, Rainer: Assad verbreitet Zuversicht, FAZ, 25.05.2012.
- 106 Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, Die Zeit, 26.06.2012. Darüber hinaus beteiligten sich auch das schweizerische Außenministerium sowie holländische und norwegische Nichtregierungsorganisationen finanziell. Vgl. Rogin, Josh: Inside the quiet effort to plan for a post-Assad Syria, Foreign Policy (The Cable), 20.07.2012: [thecable.foreignpolicy.com/posts/2012/07/20/inside\\_the\\_secret\\_effort\\_to\\_plan\\_for\\_a\\_post\\_assad\\_syria](http://thecable.foreignpolicy.com/posts/2012/07/20/inside_the_secret_effort_to_plan_for_a_post_assad_syria)
- 107 Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, Die Zeit, 26.06.2012.
- 108 Heydemann, Steven: The end game in Syria, Foreign Policy (The Cable), 11.07.2012: [mideast.foreignpolicy.com/posts/2012/07/11/the\\_end\\_game\\_in\\_syria](http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2012/07/11/the_end_game_in_syria)
- 109 SNC Presents its Vision for the Reconstruction of the Syrian Economy, 25.05.2012: [www.syriancouncil.org/en/news/item/683-snc-presents-its-vision-for-the-reconstruction-of-the-syrian-economy.html](http://www.syriancouncil.org/en/news/item/683-snc-presents-its-vision-for-the-reconstruction-of-the-syrian-economy.html)
- 110 Finance and Economic Affairs Bureau Economic Discourse of the Syrian Revolution: The Potential Miracle of the Syrian Economy: [www.scps.org/libs/spaw/uploads/files/Economy/Economic%20discourse%20EN-Final.pdf](http://www.scps.org/libs/spaw/uploads/files/Economy/Economic%20discourse%20EN-Final.pdf) (Hervorhebung JW).
- 111 Herrmann, Rainer: Assad verbreitet Zuversicht, FAZ, 25.05.2012.
- 112 Bickel, Markus: Bundesregierung erarbeitet Marshallplan für Syrien, FAZ, 18.07.2012.
- 113 Langfristige Hilfe für Syrien, Auswärtiges Amt, 24.07.2012: [www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle\\_Artikel/Syrien/120719\\_Syrien\\_Aufbau\\_Wirtschaft.html?nn=382590](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Syrien/120719_Syrien_Aufbau_Wirtschaft.html?nn=382590)
- 114 The Day After Project: Supporting a Democratic Transition in Syria, August 2012.
- 115 The Day After (IV), German-Foreign-Policy.com, 29.08.2012.
- 116 Range, Sebastian: The Day After – ein konspirativer Zirkel referiert in Berlin die Zukunft Syriens, Hintergrund.de, 29.08.2012.
- 117 Ebd.
- 118 Remarks by Senator John McCain on the Situation in Syria, 5.3.2012: [mccain.senate.gov/public/index.cfm?FuseAction=PressOffice.FloorStatements&ContentRecord\\_id=e460be36-c488-e7de-8c38-64c3751adfce](http://mccain.senate.gov/public/index.cfm?FuseAction=PressOffice.FloorStatements&ContentRecord_id=e460be36-c488-e7de-8c38-64c3751adfce) (10.03.2012).
- 119 Vgl. Wagner 2012, S. 3.
- 120 Kaim, Markus: Interventionsoptionen. Käme es zu einer Militärintervention, stünde Deutschland in der Pflicht, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2012, S. 72-76.
- 121 Kraus, Hans-Christof: Und ihr denkt, es geht um einen Diktator, FAZ, 24.07.2012 (Hervorhebungen JW).
- 122 Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, Die Zeit, 26.06.2012. In Wahrheit haben sich Deutschland, Russland und China bzgl. der Resolution 1973, die als Vorwand für den Krieg gegen Libyen genutzt wurde, im Sicherheitsrat enthalten und nicht dagegen gestimmt.

# Globales Land Grabbing: Die europäische Dimension

von Peter Clausing

Die vier wesentlichen Triebkräfte, die den Kauf und die Pacht riesiger Flächen in den Ländern des Südens und Osteuropas befeuern – Nahrungsmittelspekulation, der Einsatz von Agrotreibstoffen, die Suche nach „sicheren“ Anlagen sowie Ernteauffälle aufgrund von Klimawandel und Bodenmüdigkeit – haben sich seit dem vor drei Jahren an dieser Stelle veröffentlichten Beitrag nicht geändert.<sup>1</sup> Allerdings haben sich bei den investierenden Interessengruppen die Proportionen verschoben: Waren es ursprünglich vor allem Länder mit prekärer Eigenversorgung, die auf der Suche nach mehr Unabhängigkeit von den Fluktuationen der Weltmarktpreise nach Möglichkeiten eines *Offshore farming* suchten, sind es heute in viel stärkerem Maße Investoren, die auf Steigerungen bei den Lebensmittel- und Bodenpreisen spekulieren. Hinzu kommt noch die Rolle der Europäischen Union und die der EU-„Bio“kraftstofflobby, wie im Folgenden gezeigt wird.

## Die Europäische Union und die „Bio“kraftstofflobby

Bei Ländern mit prekärer Eigenversorgung denkt man zunächst an China, Südkorea und die Golfstaaten. Doch wenn es um Eigenversorgung durch importierte Waren geht, rückt Europa auf einen der vordersten Plätze. Einer Studie von *Friends of the Earth* zufolge ist Europa der größte Importeur von land- und forstwirtschaftlichen Produkten. Nahezu 60% der Landfläche zur Deckung des derzeitigen europäischen Bedarfs an land- und forstwirtschaftlichen Produkten liegt außerhalb Europas – Tendenz steigend<sup>2</sup>: Nach Berechnungen, die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wurden, ist für 2020 zu erwarten, dass 21% des Agrodiesels aus Soja und Palmöl und 50-90% des Agrosprits aus Zuckerrohr kommen würden, mithin aus Pflanzen, deren Anbau in Europa nicht möglich ist bzw. – im Fall von Soja – wirtschaftlich keine Rolle spielt.<sup>3</sup> Grundlage dieser Berechnungen sind die Festlegungen der EU-Direktive zu erneuerbaren Energien aus dem Jahr 2009 (2009/28/EG), ab 2020 in der EU 20% des gesamten Energieverbrauchs und 10% des Kraftstoffverbrauchs durch Agrotreibstoffe zu decken.<sup>4</sup> Nun wurde Anfang September ein Gesetzesentwurf der Europäischen Kommission bekannt, der für diese Direktive eine Kurskorrektur

vorsieht. Im Transportsektor soll der Anteil von Agrotreibstoffen bis 2020 nur auf 5% statt 10% steigen. Dies rief sofortige und heftige Reaktionen seitens verschiedenster Lobbyorganisationen hervor, allen voran der European Biodiesel Board (EBB), der nach eigener Darstellung 75% der Agrotreibstoff-Industrie verkör-

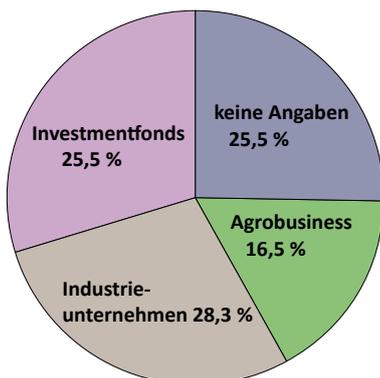
pert.<sup>5</sup> Zu Beginn seines am 13. September 2012 veröffentlichten Positionspapiers schwingt der EBB im Fettdruck die Keule: Der Schwenk in der EU-Politik würde den Tod „des gesamten EU Bio-Diesel-Sektors“ und damit den Verlust von 450.000 Arbeitsplätzen sowie vieler Milliarden Euro an Investitionen bedeuten.

Das nennt man eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Aufgrund strategischer Überlegungen (langfristige Absicherung von Europas exzessivem Energiebedarf) wurden nicht nur die seit langem bestehenden Bedenken bezüglich der sozialen und ökologischen Verträglichkeit von Agrotreibstoffen vom Tisch gefegt, sondern durch die Ignorierung anderer EU-Vorgaben genau jene Widersprüchlichkeiten erst erzeugt, die der EBB, allerdings aus entgegengesetzter Perspektive, jetzt beklagt. Ignoriert wurden unter anderem die seit 2004 existierenden EU-Richtlinien zu Landfragen in Entwicklungsländern, die, wenngleich unverbindlich, den Zugang zu Land und seinen Ressourcen mit der Einhaltung von Menschenrechten verknüpfen.<sup>6</sup> Ignoriert wurden ferner zahlreiche Studien darüber, dass eine große Lücke zwischen den versprochenen und den tatsächlich erreichbaren CO<sub>2</sub>-Einsparungen klafft, auch wenn gerade dieser Aspekt im öffentlichen Diskurs im Vordergrund steht – getrieben von der Motivation, die CO<sub>2</sub>-Bilanz des nach wie vor steigenden Kraftstoffverbrauchs in der EU schönzurechnen. Statt diesen Studien Beachtung zu schenken, wurden „viele Milliarden Euro“ investiert, die nun als Argument dafür dienen, dass ein Kurswechsel nicht mehr möglich sei. Mehr noch, der EBB fordert, den Termin der für Ende 2014 festgelegten Überprüfungs Klausel zu respektieren (2009/28/EG, Art. 23 Abs. 8). Mit anderen Worten, es sollen zwei weitere Jahre herhalten, um mit dem Umfang der bis dahin noch zu tätigen Investitionen die Unumkehrbarkeit der gegenwärtigen Politik bei den „Bio“kraftstoffen weiter zu zementieren. Schon frühzeitig wurde in Brüssel die Pro-Agrotreibstoff-Lobby institutionalisiert, zunächst mit dem im Jahr 2005 von der Europäischen Kommission geschaffenen *Biofuels Research Advisory Council* (Biofrac), der vorschlug, bis 2030 den Anteil von Agrotreibstoffen im Transportsektor auf 25% zu steigern. Wenig später mutierte Biofrac zur European Biofuel Technology Platform, deren 23-köpfiges Leitungsgremium zu 60% aus Industrie-

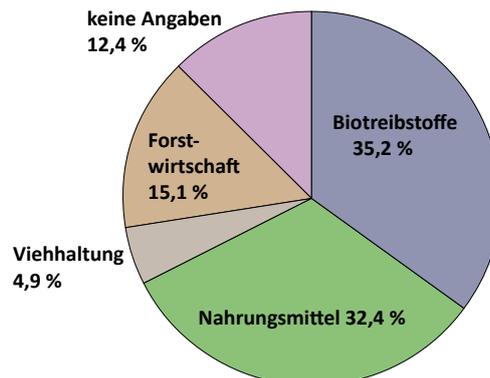
vertreterInnen besteht (Auto-, Öl- und „Bio“kraftstoffindustrie, Biotechnologie, industrielle Landwirtschaft).<sup>7</sup>

Land Grabbing hängt unmittelbar mit den Politikvorgaben zu den so genannten Biokraftstoffen zusammen. Anfang 2010 war – einer Analyse der Weltbank zufolge – mehr als ein Drittel der globalen Landtransaktionen der Produktion von Agrotreibstoffen geschuldet.<sup>8</sup> In ihrer Gesamtheit erweist sich die EU-Politik zu erneuerbaren Energien als höchst widersprüchlich: Verbale Vorgaben zu Umweltschutz, Nachhaltigkeit und sozialer Verträglichkeit kollidieren mit den von der Wirtschafts- und

Herkunft der Investoren



Art der Landnutzung der Investitionen



Sicherheitspolitik geschaffenen Realitäten. Nachdem vor einigen Jahren unbestreitbar wurde, dass für die Erreichung der Vorgaben aus Brüssel die Nutzung von Flächen im globalen Süden unumgänglich ist, wurde versucht, Gegenstimmen mit dem Argument zum Verstummen zu bringen, dass negative Auswirkungen durch freiwillige Verpflichtungen im Rahmen gehalten oder durch technische Innovationen gemildert werden könnten.<sup>9</sup> Am Ende hält von den drei vermeintlichen Gründen für die forcierte Einführung von Agrotreibstoffen (Klimaschutz, ländliche Entwicklung und Energiesicherheit) jedoch nur der letztgenannte einer kritischen Prüfung stand – der strategische Gesichtspunkt, die Anfälligkeit der Treibstoffversorgung gegenüber globalen Störungen durch Diversifizierung zu verringern. Während die wirtschaftlichen Interessen der EU mit ihren offiziell erklärten Zielen zur Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens in Konflikt stehen, zeichnen sich die „Sektor-Politiken“ zur Förderung des Geschäfts mit Agrotreibstoffen durch Kohärenz aus. Laut einer Studie fördern die EU-Mitgliedsländer dieses Geschehen durch Eingriffe im globalen Süden.<sup>10</sup> „Entwicklungshilfe“-ministerien und internationale Institutionen wie die Weltbank ebnen den Weg zur Formalisierung und Privatisierung von Landeigentum durch marktorientierte Landreformen, die den Abschluss kommerzieller Landtransaktionen begünstigen.

### Spekulanten und Konflikte

In Afrika, wo in den meisten Ländern noch traditionelle Landrechte vorherrschen, schaffen Katasterprojekte, wie sie von der Weltbank und der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) betrieben werden, den rechtlichen Rahmen für privates Landeigentum und somit Rechtssicherheit für künftige Investoren. Erfolgt dies nicht, kann es zu Auseinandersetzungen zwischen traditionellen Landeigentümern und Investoren bzw. den sie unterstützenden Regierungen kommen. Wie zahlreiche Beispiele u.a. aus Äthiopien, Mali und Madagaskar zeigen, ist dieses Konfliktpotenzial sehr real. Ein besonders eklatantes Beispiel kommt aus der Provinz Gaza in Mosambik. Das Gebiet Coutanda, Teil dieser Provinz, wurde auf Druck der *Peace Parks Foundation*<sup>11</sup> in ein Netzwerk grenzübergreifender Schutzgebiete integriert, um die Elefanten-Überpopulation des südafrikanischen Krüger-Nationalparks aufzufangen und der Tourismusindustrie neue Einkommensquellen zu verschaffen.<sup>12</sup> Es entstand der *Great Limpopo Transnational Park*, mit 35.000 Quadratkilometern so groß wie Baden-Württemberg. Dieser neu geschaffene Nationalpark war jedoch im mosambikanischen Teil nicht unbesiedelt. Die darin befindlichen Dörfer, gleichermaßen der Zerstörung ihrer Ernten durch die einwandernden Elefanten und den Belästigungen durch Park-Ranger ausgesetzt, wurden schließlich mit Geldern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit umgesiedelt. Als sich herausstellte, dass ein Teil des für die Umsiedlung ausgewiesenen Landes gleichzeitig der Firma Procana versprochen war, eskalierte der Konflikt. Procana plante auf einer Fläche von 30.000 Hektar den Anbau von Zuckerrohr zur Ethanolgewinnung. Aufgrund dauerhafter Konflikte mit der lokalen Bevölkerung zogen sich die Investoren Ende 2009 schließlich zurück.

Selbst Bettina Rudloff von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik kommt zu der Schlussfolgerung, dass die EU „die politische Förderung von Agrarrohstoffen zurückfahren (sollte), weil diese das Interesse an Landfläche im Ausland extrem verstärkt“.<sup>13</sup> Ihr Hinweis, dass deutsche Investitionen mit 450.000 Hektar „nur“ 18% aller bekannt gewordenen europäischen Landinvestitionen ausmachen, lässt außer Acht, dass es

neben diesen Direktinvestitionen eine Reihe von „Finanzdienstleistern“ gibt, die auf globale Landkäufe spezialisiert sind. Zu ihnen gehören die Agrarius AG Bad Homburg, Aquila Capital und die KTG Agrar AG, beide aus Hamburg, RCM Global Agricultural Trends (Allianz), Altima Partners (ein von der Deutschen Bank gegründeter Hedgefond in Großbritannien) und die notorische DWS-Fonds Investmentgesellschaft, eine Tochter der Deutschen Bank, die fünf globale Agrarfonds aufgelegt hat.<sup>14</sup> Die DWS investierte unter anderem in die brasilianische Cosan S.A., ein brasilianischer Zuckergigant, der 700.00 Hektar Land und 23 Zuckerfabriken besitzt und von der Regierung seines Landes keine Kredite mehr bekommt, weil bei Kontrollen sklavenartige Arbeitsverhältnisse festgestellt wurden. Ergänzt wird das Sündenregister von Cosan durch kriminelle Landaneignungen von offiziell anerkannten indigenen Territorien (von der brasilianischen Indigenen-Behörde FUNAI markierte Gebiete).<sup>15</sup>

Es stellt sich die Frage, warum angesichts der oben genannten Beispiele die von der Weltbank bzw. der EU vorgeschlagenen Instrumente nicht greifen. Richtig, wegen ihrer Unverbindlichkeit und aufgrund der - entgegen allen Behauptungen - fehlenden Kohärenz in der Politik der kapitalistischen Kernländer. Einerseits empfiehlt die EU in ihren Land Policy Guidelines den Regierungen des Südens „ein Verbot von Land Grabbing, Eingriffen und anderen Prozessen des Ausschlusses“ (Punkt 6.0.3). Andererseits zieht sie sich gleichzeitig selbst auf die Kosmetik unverbindlicher Richtlinien und Prinzipien der Freiwilligkeit zurück, so dass mächtige Wirtschaftsinteressen immer am längeren Hebel sitzen. Insofern wäre es zu begrüßen, wenn die EU, die den Regierungen des Südens gegebene Empfehlung, Inkohärenzen in der Sektor-Politik der einzelnen Ministerien zu beseitigen (Punkt 6.1.5 der Land Policy Guidelines), auch im eigenen Haus durchsetzen würde.

### Anmerkungen:

- 1 Pedersen, K. (2009): Landbesitz: Eine Frage der Sicherheit! in: AUSDRUCK (Oktober 2009), S. 20-24.
- 2 Friends of the Earth Europe (2011). Europe's Land Import Dependency. [www.foeeurope.org/sites/default/files/publications/FoEE\\_Briefing\\_Europe\\_Global\\_Land\\_Demand\\_1011.pdf](http://www.foeeurope.org/sites/default/files/publications/FoEE_Briefing_Europe_Global_Land_Demand_1011.pdf)
- 3 Laborde, D. (2011): Assessing the Land Use Change Consequences of European Biofuel Policies. [trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc\\_148289.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc_148289.pdf)
- 4 2009/28/EG. [eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:de:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:de:PDF)
- 5 EBB Position Paper on Commission DG Climate draft proposals on ILUC, 13.09.2012. [www.endseurope.com/docs/120914a.pdf](http://www.endseurope.com/docs/120914a.pdf)
- 6 EU Land Policy Guidelines. Guidelines for support to land policy design and land policy reform processes in developing countries, November 2004.
- 7 Vgl. Franco, J. u.a. (2010): Assumptions in the European Union biofuels policy: frictions with experiences in Germany, Brazil and Mozambique. *Journal of Peasant Studies* 37:661-698.
- 8 Deiniger, K., zitiert bei Fritz, T (2010): Das große Bauernlegen, FDCL-Verlag. [fdcl-berlin.de/fileadmin/landnahme/FDCL\\_DasGrosseBauernlegen\\_28Seiten\\_WEB.pdf](http://fdcl-berlin.de/fileadmin/landnahme/FDCL_DasGrosseBauernlegen_28Seiten_WEB.pdf)
- 9 Franco a.a.O., S. 661
- 10 Franco a.a.O., S. 663.
- 11 Die Peace Parks Foundation wurde auf Initiative des WWF Südafrika gegründet
- 12 Franco a.a.O. S.686/687, McDermott Hughes, D. (2005): Third Nature: Making Space and Time in the Great Limpopo Conservation Area, *Cultural Anthropology*, 20: 157-184.
- 13 Rudloff, B. (2012): *Kein schöner Land*. SWP-Studie 19, 2012
- 14 Siehe auch Fritz (2010) a.a.O.
- 15 Fritz a.a.O.

# Migrationsabwehr mit Hilfe von Milizen?

## EU-Mission in Libyen deutlich von Logik „Innerer Sicherheit“ geprägt

von Bernhard Klaus

In den Schlussfolgerungen der Rats für Auswärtige Angelegenheiten der EU vom 23. Juli 2012 hieß es: „Der EU ist bewusst, dass Libyen große Sicherheitsprobleme zu bewältigen hat. Sie bekräftigt, dass sie bereit ist, gegebenenfalls auch im Rahmen der GSVP weitere Hilfe auf dem Gebiet der Sicherheit und des Grenzschutzes zu leisten, und zwar in enger Partnerschaft mit der neuen demokratischen Regierung Libyens und in Abstimmung mit der Unterstützungsmision der VN in Libyen (UNSMIL) und der übrigen internationalen Gemeinschaft.“ Die Bezugnahme auf die „neue demokratische Regierung Libyens“ erfolgte vor dem Hintergrund der Wahlen zum Allgemeinen Volkskongress am 7. Juli 2012, die von einer EU-Wahlbeurteilungsmision und an diese anknüpfend auch vom EU-Rat als „pluralistisch ... und im Großen und Ganzen friedlich“ eingestuft wurden.<sup>1</sup> Tatsächlich jedoch waren die Wahlen von Gewalt überschattet und einer geringen Wahlbeteiligung geprägt. Zwei Tage zuvor hatte der Nationale Übergangsrat überraschend einen neuen Fahrplan zur Verfassungsgebung ausgerufen und damit Unklarheit darüber erzeugt, was eigentlich gewählt wird, welche Befugnisse der Volkskongress haben würde und wie die Machtverteilung zwischen diesem und dem Nationalen Übergangsrat aussehen sollte. Trotzdem schlossen sich die westlichen Medien der Erfolgsgeschichte von der neuen demokratischen Regierung Libyens an und setzten noch eins drauf: „Liberales Bündnis gewinnt Wahlen in Libyen“ titelte etwa SPON, obwohl im selben Artikel eingeräumt wurde, dass nur 80 von 200 Sitzen über Listen vergeben wurden und nur hier die „Liberalen“ eine Mehrheit errungen hätten, über die 120 unabhängige Kandidaten hingegen ließe sich bislang nichts sagen. Internationale Medien riefen bereits damals zur Vorsicht, was die vorschnelle Freude über den angeblichen Sieg der Allianz der Nationalen Kräfte angehe, die nach Darstellung von SPON „für einen moderaten Islam, wirtschaftliche Liberalisierung und eine Öffnung zum Westen“ eintritt.

Allerdings ist bereits die Fokussierung auf angebliche oder tatsächliche Mehrheitsverhältnisse im Volkskongress irreführend, denn in Libyen, das unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrates zum „Schutz der Zivilbevölkerung“ mit persönlicher Zustimmung des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon mit Waffen überschwemmt wurde<sup>2</sup>, haben nach wie vor die bewaffneten Männer das Sagen. Die bewaffneten Auseinandersetzungen im Süden des Landes hielten ungeachtet der Wahl an und befeuerten Unabhängigkeitsbestrebungen im libysch-nigrisch-tschadischen Grenzgebiet. Im Osten des Landes nahmen Sprengstoffanschläge auf sich etablierende Institutionen des Gesamtstaates und unter konkurrierenden Sicherheitskräften zu, in Bengasi und Misrata wurden die Büros des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz angegriffen. In dem Moment, als die Verhandlungen über die Machtteilung zwischen dem Nationalen Übergangsrat und dem Volkskongress in der Hauptstadt anliefen, erreichte auch dort die Gewalt ein Niveau, dass auch die deutsche Presse hierüber wieder einmal berichtete. Nach einer Zunahme an Bombenangriffen in



Tripolis beschoss am 25. August in einer Nachbarstadt eine Miliz mit Artillerie trotz Widerstand aus der Bevölkerung eine Sufi-Pilgerstädte, 16 Menschen starben, eine der ältesten Bibliotheken Libyens brannte ab, angeblich dauerten die anschließenden Gefechte zwei Tage und waren bis an den Rand der Hauptstadt zu hören. Obwohl sich die Vertreter der „neuen demokratischen Regierung Libyens“ empört zeigten, sperrten „Sicherheitskräfte“ daraufhin die Straßen um die al-Shaab-al-Dahman-Moschee ab und sahen – ebenso wie Pressevertreter und Diplomaten im unmittelbar anliegenden Radisson Hotel – zu, wie mutmaßliche Salafisten am helllichten Tag mit Bulldozern die Moschee einrissen und Gräber exhumierten. Der Innenminister, der nie die Kontrolle über die Milizen und bewaffneten Banden hatte, legte daraufhin sein Amt nieder.

Offiziell, aber wenig öffentlich, wird diese Zunahme der Gewalt nun zum Anlass einer neuen EU-Mission in Libyen gemacht, die bereits lange geplant nun in die konkrete Vorbereitung geht. Nach dem, was über diese Vorbereitungen bislang bekannt wurde, scheint diese Mission jedoch ausschließlich auf den vorverlagerten Grenzschutz, also die Abwehr von Flüchtlingen und Migranten zu zielen. Nach gegenwärtiger Planung sollen ihr weniger als zehn Experten angehören, darunter neben Angehörigen des Europäischen Auswärtigen Dienstes auch Vertreter der Europäischen Kommission, der Generaldirektion des Rates für Innere Angelegenheiten und Mitarbeiter der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Allein diese Zusammensetzung verweist auf eine Aufgabenstellung, die eher der europäischen Logik von Innerer Sicherheit folgt, als der in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vorherrschenden Doktrin einer zivilmilitärischen Stabilisierung „scheiternder Staatlichkeit“. Dafür spricht auch die konkrete Vorbereitung der Mission, die neben Treffen mit Vertretern der NATO und der USA auch Besprechungen mit der International Organisation for Migration (IOM) und dem UNHCR sowie Besuche in der Zentrale der FRONTEX-Agentur in Warschau, in Malta und Italien umfasst, dessen Regierung bereits bilateral mit dem Nationalen Übergangsrat bei der Bekämpfung „illegaler Migration“ zusammenarbeitet. Die Mission hat natürlich in Libyen keine operativen Befugnisse und wird stattdessen beratend und vermittelnd tätig werden. In Ermangelung staatlich kontrollierter „Sicherheitskräfte“ wird sie dabei auf die Zusammenarbeit mit den aus dem Bürgerkrieg hervorgegangenen Milizen angewiesen sein. Damit es ja kein Afrikaner im rassistisch aufgeladenen und von Chaos und Gewalt geprägten Klima bis an die Küste Libyens – und von dort aus womöglich gar nach Europa schafft.

### Anmerkungen:

- 1 Bernhard Klaus: In großen Zahlen demokratisch Wahlen gegangen, [IMI-Standpunkt 2012/037](#).
- 2 Christoph Marischka: Proliferation, Destabilisierung und der Schutz der Zivilbevölkerung, [IMI-Standpunkt 2012/027](#).

# Ziemlich realitätsnahe Übung

## In Potsdam wird ein Einsatz unter deutscher Führung im Sudan geprobt.

von Christoph Marischka

Am 1. Oktober 2012 begann in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Potsdam die EU-Militärübung „Multi Layer 2012“. In einer Einladung an „Hochrangige Gäste aus der Europäischen Union“ zu einem „Informationstag“ am 18. Oktober nennt der deutsche „Operation Commander“, Generalleutnant Markus Bentler, das „komplexe Zusammenwirken zwischen den verschiedenen zivilen und militärischen Teilnehmern“, die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ entsprechend dem „Comprehensive Approach der EU zur Krisenbewältigung“ als eines der Hauptziele der Übung, die bis zum 26. Oktober anhalten soll. Neben der Bundeswehr und befreundeten Streitkräften sollen unter anderem die Civilian Planning and Conduct Capability (CPCC) und die EU-Delegationen in mehreren Ländern Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens einbezogen werden. Die CPCC wurde 2007 eingerichtet, um die „zivilen“ EU-Missionen zu leiten, jedoch mit der expliziten Zielsetzung, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen „zivilen“ und militärischen Einsatzkomponenten zu ermöglichen.<sup>1</sup> Mit der Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der auch die militärischen EU-Strukturen koordiniert, wurde die CPCC diesem unterstellt. Unter der Leitung des deutschen Diplomaten Hansjörg Haber führt das CPCC gegenwärtig u.a. die EU-Missionen in Afghanistan, Kosovo, Irak, Kongo und ist es an der Vorbereitung weiterer Missionen im Sudan, Mali und an der Ostafrikanischen Küste beteiligt.<sup>2</sup> Auch die EU-Delegationen unterstehen dem EAD und auch bei diesen handelt es sich um formal „zivile“ Einrichtungen. Sie übernehmen in etwa die Funktionen nationaler Botschaften auf Ebene der EU in Drittstaaten mit ähnlichen Rechten und Immunitäten, sind aber durch ihre institutionelle Verankerung deutlich stärker in den Militärapparat der EU integriert, als nationale Botschaften, die den jeweiligen Außenministerien unterstehen.

Die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen, die eine Einladung zum Informationstag in der Henning-von-Tresckow-Kaserne erhalten hatte, richtete daraufhin eine Schriftliche Frage an das Bundesverteidigungsministerium, in der sie sich erkundigte, welches Szenario der Krisenmanagementübung zugrunde liegt und welche EU-Delegationen daran beteiligt werden. Die Antwort ist überraschend eindeutig: Bei der Übung würden „die Verlegung von zivilen und militärischen Kräften“ durchgespielt und „alle der EU zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes zur Wirkung kommen, um zur Stabilisierung der Lage vor Ort beizutragen und den Einsatz einer Folgemitglied der Afrikanischen Union zu ermöglichen“. Zwar wird der Einsatzort als fiktive Region „African North Eastern Quater“ bezeichnet, „[u]m realistische und verfügbare kartographische, klimatologische und meteorologische Daten nutzen zu können“ wurde jedoch „der Raum Sudan/Südsudan als Übungsgrundlage gewählt“. Auch das der Übung zugrunde liegende politische Szenario orientiert sich sehr stark an der Realität vor Ort: „Neben den innenpolitischen Herausforderungen, denen sich ein junger Staat nach einem unfriedlich verlaufenen Unabhängigkeitsprozess gegenübersteht, wirken ungeklärte Grenzfragen sowie Streitigkeiten bezüglich des Zugangs zu Ressourcen und illegale Aktivitäten bewaffneter Gruppen auf die Region destabilisie-

rend“.<sup>3</sup> Ebenso lässt sich die Situation im Sudan und Südsudan beschreiben, wobei die Destabilisierung v.a. auf die vom Westen forcierten Unabhängigkeitsbestrebungen der SPML/A zurückzuführen lässt.

Im Zuge der Unabhängigkeitserklärung des Südens im Juli 2011

eskalierten dort u.a. in der umstrittenen Grenzregion Abyei die bewaffneten Konflikte, woraufhin unter dem Druck der USA beide Seiten der Stationierung äthiopischer Soldaten zustimmten und die USA im Sicherheitsrat ein entsprechendes Mandat erwirkten. Der Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden schwelt seit dem weiter und eskaliert sporadisch. Auch in anderen Landesteilen befeuerte die westlich gestützte Unabhängigkeit Sezessionsbestrebungen und führte sie zu vermehrten Auseinandersetzungen. Eine weitere Militärübung der EU, bei der diese einen „unfriedlich verlaufenen Unabhängigkeitsprozess“ militärisch absichert, um die mittelfristige Stabilisierung anschließend Truppen der Afrikanischen Union zu überlassen, wirkt da sicher nicht deeskalierend. Denn dass hier ein Einsatz im Sudan geprobt wird, machen auch die Angaben aus dem Verteidigungsministerium zu den beteiligten EU-Delegationen deutlich: An der Übung nehmen „die EU-Delegationen bei der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen sowie im Sudan, Südsudan, Uganda, in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad“ teil, letztere drei grenzen an den Sudan bzw. den Südsudan.<sup>4</sup>

Allem Anschein nach handelt es sich bei der unter deutscher Führung durchgespielten EU-Mission um eine so genannte „Bridging Mission“ (höchstwahrscheinlich in Verbindung mit einer „zivilen“ EU-Mission zum Staatsaufbau), wie sie 2004 zwischen der UN und der EU konzeptionalisiert wurde.<sup>5</sup> Damals kündigte die EU an, nur sehr begrenzt Soldaten für Einsätze unter Führung der UN bereitzustellen und stattdessen UN- und AU-Missionen logistisch zu unterstützen, durch so genannte „Bridging Mission“ vorzubereiten oder einzelne Komponenten, wie etwa „zivile“ Missionen zum Staatsaufbau oder „over-the-horizon-forces“ zu flankieren. Diese Form des Multilateralismus entspricht auch der Philosophie des 2005 aufgestellten Kommandos Operative Führung Einsatzkräfte Ulm, das für den Zeitraum der Übung das Operations Headquarter der fiktiven EU-Mission in Potsdam stellt. Nach eigenen Angaben erfüllte Deutschland mit dessen Einrichtung „seine Verpflichtung zur Schaffung eines einsatzfähigen Führungsinstruments im Rahmen europäischer Krisenbewältigung“, das von vornherein auf die Koordination multinationaler, zivil-militärischer Einsätze ausgerichtet ist. Zwar ist es auch im Stande, das verlegbare Force Headquarter im Einsatzgebiet zu stellen, folgt aber lieber der Devise: „Move information not people!“ (bewege Informationen, nicht Menschen) bzw. „So wenig Stabspersonal ins Einsatzgebiet wie möglich“.<sup>6</sup>

### Anmerkungen:

- 1 ESDP - newsletter #6, July 2008.
- 2 Vgl.: Christoph Marischka: Schutz kritischer Infrastrukturen, Aufstands- und Pirateriebekämpfung - Drei neue EU-Missionen auf dem afrikanischen Kontinent, in: Telepolis (16.07.2012).
- 3 Antwort von Thomas Kossendey, Parlamentarischer Staatssekretär im BMVg, auf die Schriftliche Frage 9/146 der Abgeordneten Sevim Dagdelen.
- 4 Ebd.
- 5 Christoph Marischka: Battle-Groups mit UN-Mandat - Die gemeinsame Vision von EU und UN, IMI-Analyse 2007/030.
- 6 Presse- und Informationszentrum des Kommando Operative Führung Eingreifkräfte Ulm: Selbstdarstellung.

# Wave and Smile: Comics ziehen in den Krieg

## Das gezeichnete Schlachtfeld

von Michael Schulze von Glaßer

„Comics ziehen in den Krieg“, war der Titel eines Themenabends des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders ARTE im Januar 2012.<sup>1</sup> Unter anderem wurde ein italienischer Dokumentarfilm gezeigt, in dem mehrere Künstler vorgestellt wurden, die sich der dokumentarischen Darstellung realer Kriege in ihren Arbeiten widmen. Die Comics bilden ein relatives neues, „Graphic Novel“ genanntes Genre der Medien mit journalistisch-dokumentarischem Anspruch. In Deutschland ist mit „Wave and Smile“ nun ein erstes Comic-Buch erschienen, das den Krieg der Bundeswehr in Afghanistan thematisiert: „Mit Arne Jysch wendet sich der erste deutsche Zeichner dem Thema Afghanistan zu. Gekonnt erzählt und inszeniert er eine spannende Geschichte in den Wirren des Bundeswehreinsetzes, die von Freundschaft und Verantwortung handelt. Gleichzeitig vermittelt Arne Jysch dem Leser eine wirklichkeitsgetreue Darstellung des Alltags in diesem fremden Land und was es für einen deutschen Soldaten heißt, dort Dienst zu tun. Das alles schafft er, ohne ideologisch oder belehrend zu sein. Es ist einfach nur - spannend“, wirbt der Carlsen-Comic-Verlag für sein Buch.<sup>2</sup> Doch wird der Bundeswehr-Comic, dessen Produktion die deutsche Armee unterstützte, diesem Anspruch gerecht?

### Die Story

„Wave and Smile“ erzählt eine im Sommer 2009 in der afghanischen Provinz Kunduz beginnende Geschichte um den deutschen Bundeswehr-Hauptmann Chris Menger – und beginnt imposant: das Fahrzeug des Hauptmanns gerät in einen Hinterhalt von Aufständischen und wird heftig beschossen. Der Bundeswehr-Trupp muss sich zurückziehen, fährt auf eine Sprengfalle, das Fahrzeug wird vollkommen zerstört. Drei deutsche Soldaten sterben. Die Szene erinnert an das Karfreitags-Gefecht vom 2. April 2010, bei dem eine Bundeswehr-Patrouille im Distrikt Chahar Dara in einen Hinterhalt von Taliban geriet und – wie in „Wave and Smile“ – drei deutsche Soldaten starben und mehrere zum Teil schwer verletzt wurden.<sup>3</sup>

Im Bundeswehr-Feldlager muss sich Hauptmann Menger anderen Problemen stellen: die Heeresleitung will wissen, ob das automatische Maschinengewehr auf dem Dach des angesprengten „Dingos“ ordnungsgemäß ausgebaut wurde, bevor die Truppe das Fahrzeug zurück ließ: „Das ist doch nicht wahr, oder? Wir haben da draußen drei Mann verloren. Der Rest ist gerade mal so davongekommen und die wollen allen ernstes wissen, ob wir die Lafette ausgebaut haben?“, erobert sich Menger.

Mit einem Bundeswehr-Flugzeug trifft die junge Fotojournalistin Anni bei der deutschen ISAF-Truppe ein, die gleich mit auf eine Patrouille in die nächste Stadt darf: „Als wir hier 2001 auftauchten, waren die Meisten erst ganz happy. Aber in letzter Zeit ... wir können eben nicht so helfen, wie sich das viele erhofft haben. Und wegen der erhöhten Gefährdungslage gehen wir nicht mehr so entspannt auf die Leute zu ...naja ...und nach acht Jahren ... viele sind enttäuscht. Das spürt man“, erklärt Menger der Journalistin. Die macht währenddessen Fotos von den herumlaufenden Menschen und deutschen Soldaten: „Das werden bestimmt gute Fotos. Aber ich glaube nicht, dass sie helfen können unseren

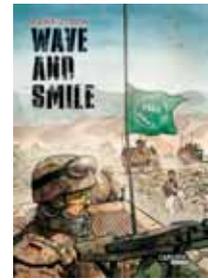
Auftrag besser zu verkaufen“, kommentiert Menger. Anni entgegnet: „Propaganda ist auch nicht mein Job! Ich versuche alle Seiten darzustellen und möglichst neutral zu bleiben.“ „Neutrale Bilder als embedded Journalist ...? Ist das nicht ein bisschen naiv?“, fragt Menger und bekommt von der Journalistin eine Gegenfrage als Antwort: „Ist es nicht naiv, in einem Land, das fünftausend Kilometer weit weg ist, sein Leben für eine Mission ohne Ziel zu riskieren?“ Die Diskussion endet für beide Seiten unbefriedigend.

Bei der nächsten Mission kann die Journalistin die Soldaten erneut begleiten. Sie fliegen in ein zuvor von Scharfschützen ausgespärtes Dorf, um eine Wasserkraft-Turbine abzuliefern – damit soll in dem Dorf Strom für die dankbaren Bewohner gewonnen werden. Hauptmann Menger trinkt noch einen Tee mit dem Dorfvorsteher. Anni ist währenddessen bei einer Runde afghanischer Frauen zu Gast: „Oh mein Gott! Ist das süß!“, freut sie sich über den Anblick eines kleinen Babys.

Auf dem Flug zurück ins Lager wird der Hubschrauber mit Menger, Marco und Anni an Bord von Taliban abgeschossen. Der Doorgunner – der Soldat am Maschinengewehr des Hubschraubers – wurde tödlich von Kugeln getroffen: „Ich ...ich will nach Hause ...“ sind die letzten Worte des blutverschmierten, sterbenden Soldaten: „Aaahhhh!! Scheiss Ziegenficker!!! ...Ich mach' euch alle fertig!!“, schreit ein deutscher Soldat nach dem Tod des Kameraden. Die Soldaten müssen auf die Hilfe eines in der Nähe befindlichen Bundeswehr-Trupps warten.

Bewaffnete nähern sich dem Absturzort, bei denen es sich um verbündete Tadschiken, die ehemals der Nordallianz angehörten und noch immer gegen die Taliban kämpfen, handelt. Sie laden den Trupp in ihr Dorf ein, wo der Anführer Mohammed Fahriddin Kahn sie empfängt. Kahn soll mit dem CIA zusammenarbeiten und für die Ermordung und Vertreibung tausender Paschtunen verantwortlich sein, erklärt Hauptmann Menger seinen Soldaten auf der Fahrt mit Jeeps ins Dorf – ganz geheuer ist den Soldaten die Einladung nicht. Kurz darauf greifen die Taliban, die auf der Suche nach den Bundeswehr-Soldaten sind, das Dorf an.

Die deutschen Soldaten kämpfen gemeinsam mit Kahn Leuten: „Runter!“, schreit Marco und schießt auf Bewaffnete. „Das sind doch Taliban? Das sind doch Taliban, oder?“, fragt er danach verwirrt – sowohl die Leute von Kahn als auch die Taliban sind äußerlich nicht unterscheidbar. Die Szene bleibt offen, denn schon muss der Trupp weiter fliehen. Ein Deutscher wird von Kugeln getroffen: „Rocker, ich kann dich hier nicht versorgen!“, erklärt Marco ihm. Rocker zeigt sich heldenhaft: „Ja, geh und pass auf deine Journalistin auf! Ich komme nach!“ Am Boden liegend tötet der schwerverletzte Soldat noch einen Taliban, bevor er von einer Rakete getroffen wird. Bei der weiteren Flucht bricht Anni durch das Dach eines Gebäudes und wird von Taliban gefangen genommen. Marco setzt sich von seiner Truppe ab, um die Journalistin zu suchen. Später wird er von Taliban aufgegriffen und verschleppt. Menger und der restliche Trupp können Anni befreien und töten dabei die drei Taliban-Geiseln. Mit Hilfe eines weiteren Bundeswehr-Trupps, der nach dem Hubschrauber-Absturz alarmiert wurde, können die deutschen ISAF-Soldaten – allerdings ohne Marco – abziehen.



Cover des Comics  
Carlsen Verlag.

Menger plagt der Gedanke, seinen Kameraden im Stich gelassen zu haben. Er wird zur Erholung vorzeitig zurück nach Deutschland geschickt, wo er sich zwar freut seine Tochter zu sehen, seine Frau ihm aber klar macht, dass es zwischen beiden aus ist.

Drei Monate später. Menger sitzt bei einer Psychologin, um über seinen Einsatz und seine Familie zu sprechen – mit seiner Frau ist er nicht mehr zusammen. Er sieht seine Tochter aber noch öfters und berichtet von einem Zwischenfall in einem Café: dort hört ein junger Mann den Hauptmann mit seiner Tochter über den Einsatz in Kunduz sprechen. Dem jungen Mann fällt an der Kasse ein Geldstück hin, Menger hebt es auf und will es ihm zurückgeben: „Nein, ich nehme nichts aus Mörderhänden“, so der junge Mann. Menger wird aggressiv, packt den Mann und fordert ihn auf das Gesagte nochmal zu wiederholen: „Ist doch so...Bomben auf Kinder werfen, die Benzin klauen. Das könnt ihr...und kriegt auch noch Kohle dafür. Und dann soll ich Mitleid haben, wenn einer von euch draufgeht? ...ohne mich! Aber dies ist ein freies Land und das ist meine Meinung...und jetzt möchte ich einen neuen Kaffee“. Menger schlägt den jungen Mann zu Boden. Er realisiert, dass seine Tochter geschockt neben ihm steht – er leidet unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Er kann es sich immer noch nicht verzeihen, Marco zurückgelassen zu haben und beschließt, ihn auf eigene Faust zu suchen.

Er reist als Zivilist nach Kabul, um dort Anni und Quasim, den Übersetzer seiner Bundeswehr-Einheit, zu treffen. Er besorgt sich den Pass eines toten Deutschen, um seine Identität zu verschleiern. Quasim fährt Menger nach Pakistan, wo dieser – getarnt als deutscher Journalist einer „linksradikalen Zeitung“ aus Berlin – sich mit Taliban-Führern treffen soll. Zu diesem Treffen müssen sie ihre Mobiltelefone abgeben – Quasim hat seine zuvor unter den Rücksitz des Autos gelegt. Kommandant Abdullah, der Talibanführer der Provinz, empfängt Menger. Auch andere Köpfe der Taliban kommen zu dem Treffen: „Ist es nicht sehr riskant, so viele führende Kämpfer zu versammeln?“, fragt Menger in Hinblick auf US-Drohnenangriffe. „Ja, Bomben aus der Luft, das ist der einzige Grund, warum wir die Amerikaner noch nicht besiegt haben. Es wäre wirklich ein guter Zeitpunkt für sie anzugreifen“, so Kommandant Abdullah. Der Taliban erklärt, dass die Bombardements der USA viele Zivilisten töten würden und sie nur noch auf die Raketen warten, um US-Flugzeuge abschießen zu können. Dann wäre Afghanistan schnell eingenommen. Und weiter: „Das Verhältnis zu den Deutschen war immer sehr gut. Wir sind alle arischen Ursprungs. Zu Zeiten unserer Urgroßväter habt ihr uns im Kampf gegen die Engländer zur Seite gestanden. Und auch gegen die Zionisten habt ihr Stärke bewiesen“. Die Bösen seien nur die USA, zu deren Vasallen sich die schwache und feige Bundeswehr gemacht habe.

Das Haus, in dem das Treffen stattfindet, wird kurz darauf von der US-Armee angegriffen, die die Taliban mit Hilfe von Quasims Mobiltelefon orten konnte, der es scheinbar absichtlich im Auto zurückgelassen hatte. Menger wird von US-Soldaten gefangen genommen. Auf seine Worte, er sei deutscher Soldat, reagieren sie nicht. Sie ziehen ihm einen Beutel über den Kopf und fliegen ihn aus.

Er kommt in ein US-Gefangenenlager, wird in eine Zelle gesperrt und später auch verhört. Seine Geschichte glauben sie ihm nicht. Sie sperren ihn zu einem anderen Deutschen, der sich als Marco entpuppt. Er hat den Angriff auf den Taliban-Trupp, der ihn entführt hat, überlebt und wurde von US-Kräften aufgegriffen. Sie glaubten ihm seine Geschichte aber ebenfalls nicht und so ist er schon seit drei Monaten in US-Haft.

Drei Wochen später wird das deutsche Verteidigungsministerium von den USA informiert. Marco und Menger sind frei und

werden nach Kabul geflogen. Danach werden Menger und Marco aufgefordert, eine Geheimhaltungserklärung zu unterzeichnen. Währenddessen findet eine Pressekonferenz statt: „Letztendlich ist es nur dem selbstlosen Einsatz von Bundeswehrhauptmann Chris M. zu verdanken, dass die Suchaktion erfolgreich war. Nicht zuletzt dank unserer amerikanischen Verbündeten konnte der vermisste Hauptfeldwebel Marco S. endlich lokalisiert und wohlbehalten zu seiner Truppe zurückgeführt werden“, erklärt ein Bundeswehr-Sprecher vor Journalisten. Menger und Marco werden nach Deutschland ausgeflogen.

## Der Hintergrund: Der Afghanistan-Krieg

Die Geschichte des Comics spielt vor dem Hintergrund des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr in seinem achten Jahr. Im Sommer 2009, dem Zeitpunkt, an dem „Wave and Smile“ einsetzt, führt die Bundeswehr mit der „Operation Adler“ eine mit schwerem Militärgerät vorangetriebene Offensive gegen Aufständische im Raum Kunduz, dort wo auch der Comic spielt, durch. Zudem wurden die Anweisungen für die deutschen Soldaten im Umgang mit eventuellen Feinden gelockert – auch präventive Angriffe wurden erlaubt. Mit diesen Verschärfungen reagierte die Bundeswehr auf zunehmenden Widerstand durch Aufständische: allein im ersten Quartal 2009 gab es doppelt so viele Zusammenstöße zwischen Aufständischen und westlichen-ISAF-Truppen als im Vergleichszeitraum 2008. Ein weiteres Zeichen für die Zuspitzung des Konflikts ist die zunehmende „Einigelung“ der ISAF-Truppen: fuhren die deutschen Soldaten einst mit ungeschützten Fahrzeugen herum und zeigten offen in Städten Präsenz, verbargen sich die Soldaten zunehmend hinter dem vor Angriffen sicheren Panzerstahl ihrer Fahrzeuge – diesem Umstand wird auch in einer Szene von „Wave and Smile“ Rechnung getragen. Die Lage in dem Land verschärfte sich nach 2009, dem Jahr in dem ein Bundeswehr-Oberst den Befehl gab, zwei von Aufständischen entführte Tanklastwagen zu bombardieren, wobei über 140 Menschen, darunter auch Kinder, starben, weiter.

Je mehr der ISAF-Einsatz ausgeweitet wurde, desto größer wurde auch die Kritik in der deutschen Bevölkerung an dem Einsatz: Seit 2007 verzeichnen Meinungsforschungsinstitute eine konstante Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung von über 55 Prozent.<sup>4</sup> Die Kosten des Einsatzes explodieren, immer mehr deutsche Soldaten sterben oder werden verletzt, Zivilisten werden bei den deutschen Militärschlägen in Mitleidenschaft gezogen, immer wieder erschüttern Skandale die Heimatfront und Erfolge erzielt die ISAF-Mission höchstens punktuell. Ein Bild, das auch Arne Jysch in „Wave and Smile“ zeichnet, dabei aber auch ganz andere Aussagen verbreitet.

## Hauptcharaktere

Die Deutschen werden in dem Comic-Buch sehr gefühlvoll gezeigt: Hauptmann Menger führt nach dem Anschlag am Anfang des Buchs einen Videochat mit seiner Frau und seiner jungen Tochter. Das Mädchen vermisst ihren Vater, im Gespräch mit seiner Frau werden Eheprobleme deutlich. Für Menger scheint es im weiteren Verlauf kein Problem zu sein, sich seine Posttraumatische Belastungsstörung einzugestehen – in der Realität ist das nicht immer der Fall und es gibt innerhalb der Bundeswehr eine nicht geringe Dunkelziffer.<sup>5</sup> Trotz dieser gezeigten Schwäche wird Menger als starker Kämpfer gezeigt, der sich zum Schutz seiner Untergebenen auch mit Vorgesetzten anlegt und vor Gefahr nicht zurückschreckt - das wird besonders bei seiner eigenmächtigen Suche nach Marco deutlich.

Hauptfeldweibel Marco selbst bricht in einer Szene nach dem anfänglichen Anschlag beim Gespräch mit seinem Freund Hauptmann Menger psychisch zusammen, weint und verspricht trotz Vorbehalten zur Psychologin zu gehen. Doch auch er scheint keine Angst zu haben, wenn Gefahr droht und versucht Anni bei ihrer kurzweiligen Entführung selbstlos zu finden und zu retten – was schief geht.

Fotojournalistin Anni hat ähnliche Charakter-Eigenschaften wie die zwei Soldaten: Einerseits ist sie die junge, attraktive und tapfere Karriere-Journalistin, andererseits erbricht sie nach dem Flugzeugabsturz und dem Tod eines Soldaten, zeigt ihre Zuneigung zu Marco und schläft in einer Szene mit Hauptmann Menger und schmiegt sich an ihn. Somit bekommt die Geschichte noch einen Hauch Erotik.

Die drei Hauptcharaktere in „Wave and Smile“ dienen durchaus zur Identifikation durch den Leser. Alle Drei sind sehr sympathisch – selbst der Übergriff von Hauptmann Menger auf den jungen Mann im Café kann aus seiner Perspektive durchaus nachvollzogen werden.

Der Dolmetscher Quasim hat in der Graphic Novel nur eine kleine – aber eben doch sehr wichtige – Rolle. Ein wirklicher Charakter ist nicht herausgebildet, Quasim bleibt dem Leser ein Mysterium – besonders wegen seiner Tat: er versteckte absichtlich ein eingeschaltetes Mobiltelefon im Auto, das zum Treffpunkt mit den Taliban fuhr und ermöglichte so die Ortung durch die US-Armee. So steht Quasim für die Undurchsichtigkeit des Krieges: wer Freund, wer Feind ist und für welche Interessen jeder kämpft, ist nicht immer zu erkennen.

## Kriegsfraktionen

Von Bundeswehr und Verteidigungsministerium zeichnet Arne Jysch ein eher positives Bild – wenn auch nicht vollkommen unkritisch. Die Bundeswehr-Soldaten an der Basis werden als Helfer präsentiert, die mit guten Absichten nach Afghanistan gekommen sind. Neben den Hauptcharakteren werden in dem Comic auch andere deutsche Soldaten gezeigt oder kommen zu Wort – etwa der bereits erwähnte Soldat Rocker. Auch trinken die Soldaten im Feldlager gerne mal etwas Alkohol und machen Scherze. Die Bundeswehr-Basis wird sehr menschlich und umgänglich dargestellt. Mit der Führung ist das anders, wie etwa die bereits geschilderte Szene über das nicht ausgebaute Maschinengewehr des Radpanzers untermauert. Die Armee wird als Bürokratie-Monster dargestellt. Die Aussage über die deutsche Militärführung am Ende von „Wave and Smile“ zeichnet ein sehr überspitztes Bild, das helfen soll, eine der Kernaussagen des Comic zu betonen: Menger und Marco werden von einem Anzugträger (mutmaßlich jemandem vom Verteidigungsministerium) dazu gedrängt, eine Geheimhaltungsvereinbarung zu unterzeichnen, während der Sprecher der Bundeswehr auf der gleichzeitig stattfindenden Pressekonferenz schlicht falsche Tatsachen über den Vorfall des entführten und von Menger gefunden Marco verbreitet.

„Rücksichtslose Rambos“, dies ist wohl eine gute Beschreibung für die Darstellung der USA bzw. der US-Armee und des CIA in „Wave and Smile“. Ein pakistanischer Grenzsoldat berichtet von einem US-Drohnenangriff, bei dem neben der Zielperson auch die Familie des Aufständischen getötet worden sei. Auf der anderen Seite müssen an zwei Stellen im Buch die Deutschen einen Close-Air-Support – einen Luftangriff – von US-Kampfflögern absagen, weil die deutschen Soldaten Rücksicht auf die Zivilisten vor Ort nehmen und keine zivilen Opfer wollen. Überhaupt sind die Deutschen in „Wave and Smile“ die gute Kriegspartei, wäh-

rend die USA zwar befreundet sind, aber einen ganz anderen und grausamen Krieg in Afghanistan führen.

Wie in allen deutschen (Unterhaltungs-)Medien bleibt der Feind, gegen den die deutsche Armee am Hindukusch kämpft, undeutlich und mysteriös. Obwohl die Taliban in „Wave and Smile“ in Person von Anführer Abdullah zu Wort kommen, bleibt ihr Motiv für den Kampf im Unklaren. Hingegen schreibt der Comic den Taliban massive Selbstüberschätzung – Abdullah behauptet, die Taliban könnten halb Afghanistan an einem Tag einnehmen, wenn die US-Luftstreitkräfte ausgeschaltet seien – und ein fatalistisches Weltbild zu, in dem jeder früher oder später als Märtyrer sterben wird. Dass Abdullah die Deutschen lobt, da sie gegen die Zionisten gekämpft hätten – womit Abdullah das Deutschland unter Adolf Hitler lobt –, ist eine sehr einfache Methode, um die Taliban dem deutschen Betrachter unsympathisch zu machen. Eine auch nur ansatzweise in die Tiefe gehende Auseinandersetzung über die Motive, weshalb sich in Afghanistan derart viele Menschen entschieden haben, sich dem Widerstand anzuschließen, unterbleibt.

Der wahrscheinlich vom CIA finanzierte, ehemalige Nordallianz-Milizenführer Mohammed Fahrid Kahn wird in „Wave and Smile“ als jemand präsentiert, der zwar ein Verbündeter ist, aber eben auch keinen westlichen Wertevorstellungen anhängt. Ein Warlord, bei dem man nicht genau weiß, mit wem man es zu tun hat und für wen oder was er und seine Leute kämpfen.

Wie sind die gezeichneten Bilder der Krieksakteure nun zu bewerten? Sicherlich unterstützen sie zumindest Stereotype – die rücksichtslose US-Armee, die selbstmörderischen Taliban, der undurchsichtige Warlord und viele mehr. Zudem bedingt die sehr menschliche Darstellung der ISAF-Soldaten bei gleichzeitiger Mystifizierung der feindlichen Kämpfer eine Identifikation mit den Deutschen. Dies alles ist soweit keine große Überraschung, sondern Standard für westliche Unterhaltungsmedien. Einzig die Darstellung der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums fällt – zumindest etwas – aus dem Rahmen. Statt die Bundeswehr in „Wave and Smile“ als *eine* Institution zu präsentieren, zeigt Arne Jysch einen Schnitt zwischen guten, kämpfenden Soldaten und heuchlerischer, bürokratischer bzw. politischer Führungsebene des Militärs. Diese Trennung führt auch dazu, dass die deutschen Soldaten im Comic von jeder politischen Überzeugung gegenüber dem Hindukusch-Einsatzes entbunden sind: die Soldaten sind reine Werkzeuge der Politik und können selber nichts dafür, in Afghanistan Krieg führen zu müssen. Dass jeder Soldat – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus dem Dritten Reich – gehalten ist, sein eigenes Handeln kritisch zu hinterfragen und ggf. Konsequenzen daraus zu ziehen, spielt in dem Comic leider keine Rolle.

## Wenn Krieg, dann richtig

Neben den gezeigten Darstellungen ist es vor allem eine Aussage, die in „Wave and Smile“ oft wiederholt wird und sich schon im Titel befindet: statt einen Krieg zu führen und damit auch für einen ausreichenden eigenen Schutz der Soldaten zu sorgen, wird nur „gewunken und gelächelt“ – dies gilt sowohl für den Auftrag der deutschen Soldaten am Hindukusch als auch für die desinteressierte Heimatfront. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler sprach einmal von einem „freundlichen Desinteresse“ der deutschen Bevölkerung an ihrer Armee, sein Nachfolger Joachim Gauck beklagte unlängst eine „gewisse Ignoranz“ gegenüber den Streitkräften. Gewalt könne „notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden.“<sup>7</sup>

Besonders die Worte des deutschen Soldaten Rocker nach dem Hubschrauberabsturz im Comic – der Soldat wird später von Taliban getötet – sind klar politisch behaftet: „Die Regierung muss einfach eine klare Aussage machen, was das hier ist...weil sonst...wenn dann wieder welche von uns oder Zivilisten abkratzen, und das werden noch ‚ne Menge sein, ist das Gejammer zu Hause wieder groß. Dann schreien alle: Abzug! Abzug! Dabei haben Sie die Typen gewählt, die uns hier runterschicken. Der Fisch stinkt vom Kopf her, sag‘ ich nur“. Es fehlt also die grundlegend positive Haltung der deutschen Bevölkerung zum Einsatz in Afghanistan, so die Kernbotschaft. Die Heimat lässt die Soldaten im Stich: Hauptmann Menger wird nach seiner Rückkehr nach Deutschland keineswegs freudig empfangen, muss mit seiner Traumatisierung fertig werden und wird in einem Café als Mörder bezeichnet. So wirbt „Wave and Smile“ auch um eine Unterstützung der Afghanistan-Heimkehrer durch die deutsche Bevölkerung.

### Die Produktion

Dafür, dass die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium am „Wave and Smile“-Comic beteiligt waren, ist die Darstellung des deutschen Militärs zumindest an einigen Stellen recht kritisch – immerhin unterstützt die Armee nur Medienprojekte, in denen sie einen positiven Nutzen für sich sieht. Am Ende des Buchs dankt Arne Jysch, der das Projekt 2009 begann, auf einer Seite verschiedenen Unterstützern des Comic-Projekts. „[...] konkrete Hilfe mit persönlichen Erzählungen und vielen Fotos bekam ich im Pressezentrum des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam. Der Presse- und Informationsdienst des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin hat mir den Kontakt vermittelt und lieferte ebenfalls Bildmaterial und Informationen. Bei den Mitarbeitern der Bundeswehr bedanke ich mich für das Vertrauen, das sie mir entgegengebracht und die Zeit, die sie sich für mich genommen haben“. Wie die Hilfe konkret aussah und an welche Forderung sie seitens der Bundeswehr geknüpft wurde, ist nicht bekannt. Zumindest ging sie nicht so weit, dass Arne Jysch mit der Bundeswehr nach Afghanistan geflogen ist, wie es etwa schon bei von der Armee unterstützten Filmproduktionen der Fall war.<sup>8</sup> Und auch die Zeichnungen sind nur eine Orientierung an der Realität: „Militärische Vorgehensweisen und Ausstattung sind aus künstlerischen und dramaturgischen Gründen teilweise verändert dargestellt und können von der Realität abweichen“.

### Fazit: „Wave and Smile: Das gezeichnete Schlachtfeld“

„Wave and Smile“ lautet der Titel des Comics von Arne Jysch. Der Autor selbst interpretiert ihn so: „Ich finde der Titel zeigt die Tragik. Die ersten Jahren (sic) liefen doch recht positiv. Die Soldaten wurden herzlich aufgenommen und es gab viele Hoffnungen. Doch jetzt hat es sich verändert. Man kann eben nicht mehr von dem ruhigen Norden in Afghanistan reden, denn die deutschen Soldaten sind regelrecht in eine Art Guerilla-Krieg geschlittert. Der Titel soll dieses Gegenbild zeigen, wenn auch auf eine zynische Weise.“<sup>9</sup> Genau diese Taktik von „Winken und Lächeln“ wird im Buch mit Blick auf die realen Verhältnisse des deutschen Afghanistan-Einsatzes 2009 kritisiert: statt dass Politik und Gesellschaft eingestehen, dass sich die Bundeswehr in Afghanistan in einem Krieg befindet und deswegen – getreu dem Spruch „wenn schon, denn schon“ – auch härter durchgreifen muss, behindern Bürokratie und die Rücksicht auf zivile Opfer oder das Verhältnis zu befreundeten Staaten den Einsatz vor Ort.

Krieg kann gut sein, man muss ihn dann halt eben auch „gut“ - sprich: mit aller Härte – durchführen, so die problematische Kernbotschaft des Comic.

Die Leidtragenden sind deutsche Soldaten, die selbst von ihrer eigenen Führung betrogen werden. Nachdem sein Kamerad Hauptfeldwebel Marco von Taliban entführt wurde, muss Hauptmann Menger allein an den Hindukusch reisen, um ihn zu befreien – die eigene Politik hat sich nicht gekümmert. Dabei hätte sie nur bei der US-Armee, die Marco aus den Händen der Taliban befreit hat, aber ihn als vermeintlichen deutschen Islamisten in Haft hielt, nachfragen müssen. Während der Leser die wahre Geschichte der sympathischen Hauptcharaktere im Buch kennt, besteht die offizielle Stellungnahme der Bundeswehr-Führung zu dem Vorfall aus Lügen und Heuchelei.

Daneben verbreitet der Comic allerlei Stereotype: Mohammed Fahrid Kahn ist ein undurchsichtiger Warlord, dem Dolmetscher Quasim ist nicht zu trauen. Die Taliban wiederum kennen und wollen gar nichts Anderes als den Märtyrer-Tod und sind ihrem Fanatismus vollkommen – aber ohne jede politische Forderung – erlegen. Und während die Bundeswehr einen rücksichtsvollen Militäreinsatz am Hindukusch führt, um den Menschen zu helfen, agiert die US-Armee in Wild-West-Manier. Die deutschen hätten zwar auch Fehler gemacht, diese seien aber nichts gegen das Verhalten der USA.

Die deutsche Armee wirbt für den Comic: „Wave and Smile ist eine super spannend erzählte Geschichte aus dem Einsatzalltag in Afghanistan. Die Zeichnungen von Arne Jysch vermitteln mehr Einsatzrealität als so mancher Dokumentarfilm. Das ist umso erstaunlicher, als Arne Jysch weder Wehrdienst geleistet hat noch im Einsatz war. Das Buch ist sein erster Comic und die Recherche hat ihn zum ersten Mal in direkten Kontakt zur Bundeswehr gebracht“, lautet das Fazit der Rezension auf der Website der Bundeswehr.<sup>10</sup> Für die Armee ist „Wave and Smile“ ein Glücksfall: auch wenn die Militärführung in dem Comic nicht gut wegkommt und Kritik an der Bürokratie in der Armee geübt wird, war Arne Jyschs Buch ein medialer Werbe-Coup der Bundeswehr. Nahezu alle großen deutschen Medien haben sehr positiv über die Veröffentlichung berichtet. Damit unterstützt „Wave and Smile“ die Bundeswehr bei der Bekämpfung des „freundlichen Desinteresses“ ihnen und ihrem Einsatz gegenüber.

### Anmerkungen:

- 1 N. N.: TV-Programm, Mittwoch, 25. Januar ab 20.15Uhr – Comics ziehen in den Krieg, in: [www.arte.tv](http://www.arte.tv).
- 2 N. N.: Wave and Smile von Arne Jysch, in: [www.carlsen.de](http://www.carlsen.de).
- 3 Gebauer, Matthias/Najafizada, Shoib: Taliban-Angriff auf die Bundeswehr – Blutiger Karfreitag in Camp Kunduz, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 2. April 2010.
- 4 N. N.: IMI-Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen – in: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de).
- 5 Friedrichs, Hauke: Bundeswehr – Ein traumatisierter Soldat kämpft mit seiner Armee, in: [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 16. Juni 2010.
- 6 Köhler, Horst: „Einsatz für Freiheit und Sicherheit“ – Rede von Bundespräsident Horst Köhler auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr, Bonn, 10. Oktober 2005.
- 7 Gauck wirbt für Auslandseinsätze der Bundeswehr, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 12. Juni 2012.
- 8 Schulze von Glaßer, Michael: An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr, Köln 2010.
- 9 Ebenda.
- 10 Lopez, Susanne: Wave and Smile – Der Afghanistan-Einsatz als Comic, in: [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de), 3. Juli 2012.

# Optimierte Panzer gegen die Demokratie?

von Markus Pflüger

Panzer werden und wurden in der Wehrtechnischen Dienststelle 41 (WTD) in Trier durch Tests optimiert, sprich: sie werden dort wirkungsvoller für ihren Zweck gemacht, das Töten. Es werden dort, wie von einem WTD-Mitarbeiter beschrieben, gemeinsam mit Rüstungsfirmen Fehler analysiert und abgestellt, im Vordergrund stehe dabei der Schutz des Nutzers / der Soldaten.<sup>1</sup> Vom Verteidigungsministerium bezahlt, profitiert so beispielsweise der private Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann (KMW) von der einzigen amtlichen Prüfstelle für landgebundene Rüstungsfahrzeugsysteme in Deutschland. „Auf dem Plateau (bei Trier) wurde bislang so ziemlich jedes Ketten- und Radfahrzeug getestet, das die Bundeswehr seit den 1960er-Jahren in Dienst genommen hat. Bevor die Panzer und Radfahrzeuge zum Einsatz kommen, werden sie (...) an ihre fahrleistungstechnischen Grenzen gebracht. ‚Einsatznahe Erprobung‘ nennt das die Bundeswehr.“<sup>2</sup>

## Gütesiegel für den Export

Auch Exporte in Unrechtsstaaten laufen mit dem WTD-Prüfsiegel sicher noch besser.

So schrieb der „Trierische Volksfreund“ (TV) am 25.11.2011: „Die WTD 41 ist auch ein wichtiger Dienstleister für die private Waffenindustrie.“ Und Christoph Müller, Unternehmenssprecher bei Krauss-Maffei Wegmann, ergänzt: „Das Prüfgütesiegel der WTD Trier ist weltweit das Beste, das man für Ketten- und Radfahrzeuge erhalten kann.“ KMW ist eines der größten europäischen Rüstungsunternehmen, sitzt in München und beliefert weltweit Armeen mit Kriegsfahrzeugen. „Wir lassen nahezu alle unsere Fahrzeuge in Trier testen“, sagt Müller.“ Zuletzt besuchte der Verteidigungsminister im Juli 2012 die WTD 41 in Trier und sagte eine Mitarbeiteraufstockung um 80 auf 430 Personen zu. Zudem erhalte die WTD 41 auch mehr Geld: von mehreren Millionen war die Rede (TV, 24.07.2012).

Es ist klar, wozu der Leopard 2 Panzer, der in Trier mit Steuergeldern optimiert wurde, dient, nämlich u.a. auch zur urbanen Aufstandsbekämpfung. Durch den Export nach Saudi Arabien ist der Einsatz gegen die arabischen Demokratiebewegungen naheliegend. *Spiegel Online* (05.07.2012) berichtet, dass die saudischen Militärs den Kampfpanzer bereits testen und ein Bundeswehroffizier beratend zur Seite steht. Zur Kritik an Waffenexporten heißt es bei der WTD in Trier nur: „Zu dem gesamten Saudi-Arabien-Komplex sage ich nichts, das unterliegt alles höchster Geheimhaltung“, so KMW-Sprecher Müller. Die WTD selbst hält sich ebenfalls zurück: Nicht alle Varianten des Kampfpanzers Leopard II würden in Trier getestet, erklärt ein Sprecher des Koblenzer Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung (TV, 25.11.2011)

Grotesk mutet auch die Show des Verteidigungsministers im Juli 2012 in Trier an: „Der mit 50 Stundenkilometern eine Bukkelpiste entlang rasende Kampfpanzer Leopard 2 ist ein imposanter Anblick. Heute fährt der Leo für seinen obersten Dienstherrn: Thomas de Maizière, Bundesminister der Verteidigung, besucht die Wehrtechnische Dienststelle 41 in Trier.“ Bei diesem Besuch kündigt De Maizière ein deutschlandweit einmaliges Klimatestzentrum an, in dem Fahrzeuge bei Extremtemperaturen von



Prototyp des Schützenpanzers Puma.  
Bild: Sonaz über Wikipedia (GNU).

minus 50 Grad bis zu plus 70 Grad getestet werden, Kosten dafür im „zweistelligen Millionenbereich“, so der „Trierische Volksfreund“ am 24.7.2012. „Hier wird wichtige Arbeit für die Qualität und Sicherheit der Soldaten geleistet“, sagte de Maizière. Weitere Projekte sind geplant, so könnte die Mosel etwa als Testgebiet von Kriegsbooten, konkret von Sturmbooten genutzt werden.<sup>3</sup>

Es werden auch wieder Soldaten auf dem Testgelände eingesetzt, betont der Verteidigungsminister: „Die Rückmeldungen aus dem Einsatz sind wesentliche Elemente, die wir mit Planung und Nutzung der Großfahrzeuge noch enger zusammenführen wollen.“ (TV, 25.11.2011) Aktuell testet die WTD 41 etwa den Schützenpanzer Puma von Krauss-Maffei Wegmann: „Eine Änderung im Design des Puma hat die WTD Trier bereits erreicht: Statt früher fünf hat er inzwischen sechs Rollen.“ (TV, 24.07.2012)

## Konversion statt Aggression

Eine Konversion der WTD 41 ist machbar, wie ein Mitarbeiter in einem Leserbrief bestätigt, in dem er betont, es würden ja auch „zivile Feuerlöschfahrzeuge und anderes Gerät für Polizei, Feuerwehren, Zivil- und Katastrophenschutz untersucht.“<sup>4</sup> Auch der Oberbürgermeister Triers Klaus Jensen würde es begrüßen, „wenn die WTD sich schrittweise von militärischen Aufgaben auf zivile Nutzungen umstellt. (...) Dass in Trier auch Kriegsgerät für den Waffenexport getestet wird, lehne ich insbesondere bezüglich ihrer Verwendung in Krisengebieten ab.“ (TV, 25.11.2011) Die Bundestagsabgeordnete der Linken in Trier legt nach: Die Bundesregierung solle „nicht den Krieg finanzieren, sondern die Kommunen finanziell ausreichend versorgen und genügend Gelder für die Sozialpolitik bereitstellen.“<sup>5</sup> Kriegswaffenexporte konterkarieren die Politischen Richtlinien der Bundesregierung zum Rüstungsexport, die Waffengeschäfte mit Menschenrechte verletzenden Staaten ausschließen, kritisiert die „Kampagne Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“ und fordert die Ergänzung des Grundgesetzes, damit Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter grundsätzlich nicht exportiert werden. Aktionen unter dem Motto „Legt den Leo an die Kette“ wollen die Lieferung von bis zu 800 Leopard-Kampfpanzern an Saudi-Arabien verhindern.<sup>6</sup>

## Anmerkungen:

- 1 Trierischer Volksfreund, 30.12.2011, Leserbrief von Stefan Mayer, Technischer Mitarbeiter der WTD 41 Trier.
- 2 [www.16vor.de/index.php/2012/07/25/expansion-auf-dem-trierer-grunberg/](http://www.16vor.de/index.php/2012/07/25/expansion-auf-dem-trierer-grunberg/).
- 3 Ebenda.
- 4 Trierischer Volksfreund, 31.7.2012, Leserbrief von Stefan Mayer.
- 5 [www.16vor.de/index.php/2012/07/26/triers-linke-kritisiert-de-maiziere/](http://www.16vor.de/index.php/2012/07/26/triers-linke-kritisiert-de-maiziere/).
- 6 [www.aufschrei-waffenhandel.de/27-08-21-Zuspitzung-der-Kampag.358.0.html](http://www.aufschrei-waffenhandel.de/27-08-21-Zuspitzung-der-Kampag.358.0.html).

# Kinder als Truppenbetreuer

von Michael Schulze von Glaßer

Ein unscheinbarer Bericht auf der Website der deutschen Luftwaffe sorgt seit einigen Wochen für Wirbel: der Text informiert über eine neu vereinbarte Kooperation der Gesamtgrundschule im nordrhein-westfälischen Gummersbach-Bernberg mit der Luftwaffenunterstützungsgruppe Köln-Wahn.<sup>1</sup> Angefangen hat alles im Jahr 2010, als eine Grundschulklasse in Gummersbach das Thema „Menschen in Krisengebieten“ bearbeitete – im Fokus standen dabei von Anfang an die deutschen Soldaten im Ausland. Vor Weihnachten desselben Jahres schickte die damalige 4. Klasse Bilder von „Schutzengeln“ an die Soldaten im Camp Marmal nach Mazar-e Sharif in Afghanistan. Aufgrund der sehr positiven Resonanz in der Bundeswehr und den Bemühungen einiger CDU-Politiker wurde ein dauerhafter Kontakt mit der für die Aktion verantwortlichen Grundschullehrerin Mechthild Sülzer hergestellt. Frau Sülzer integrierte fortan aktuelle Informationen zum deutschen Einsatz in Afghanistan in den täglichen Schullalltag ihrer Erstklässler: „Jeden Morgen wird seither bei Unterrichtsbeginn die aktuelle Uhrzeit im Einsatzland und das dortige Wetter verkündet. Außerdem schließen die Kinder die im Einsatz befindlichen deutschen Soldaten täglich ins morgendliche Gebet ein“, hieß es noch bis vor kurzem in dem Bericht auf der Website der Luftwaffe.<sup>2</sup> Die Luftwaffenunterstützungsgruppe Köln-Wahn will das Projekt im benachbarten Gummersbach bis 2014 aktiv fördern.

Mittlerweile hat die Aktion bundesweit zu Medienberichten geführt: Schulamtsdirektion, Schulleitung und Lehrerin wollen sich nicht zu dem Fall äußern.<sup>3</sup> Einzig die für Gummersbach zuständige Bezirksregierung Köln äußert sich zu dem Fall.<sup>4</sup> Sich in die Lage von Menschen in Krisengebieten zu versetzen, schaffe einen guten Zugang zu solchen Themen: „Dabei auch Bundeswehrangehörige in Krisengebieten mit einzubeziehen, die selber Väter oder Mütter von Grundschulkindern sein könnten, um auch deren Ängste und Nöte nachzuvollziehen, lehrt die Kinder auch einen realistischen Blick in Bezug auf die Arbeit derjenigen, die nach ihrem Auftrag vor Ort helfen sollen“, so ein Sprecher der Bezirksregierung. Als zuständige Schulaufsichtsbehörde sehe man die Aktion durch Paragraph 2 des NRW-Schulgesetzes gedeckt. Darin wird unter anderem von einer Erziehung „in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung“ gesprochen. Die Eltern der Kinder scheinen mit der „Schutzengel“-Aktion kein Problem zu haben. Es gehe „einzig und allein darum [...], an Menschen in Not zu denken, und zu überlegen, wie man diesen Menschen helfen kann“, schreiben sie in einer Stellungnahme.<sup>5</sup> Protest kommt von Friedensaktivisten, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)<sup>6</sup> und der Linkspartei, die auch den Bundestag mit dem Vorfall befassen will.

Das Problem am „Schutzengel“-Projekt ist nicht, dass sich die Kinder mit „Menschen in Krisengebieten“ auseinandersetzen. Das Problem ist, dass nach Definition von Schulen, Grundschullehrerin und scheinbar der Eltern auch – und fast ausschließlich – die deutschen Soldaten am Hindukusch zu diesen leidenden Menschen in einem Krisengebiet gehören. Natürlich geht es vielen Soldaten fern der Heimat nicht gut: ihnen drohen Traumatisierung, Verwundung und Tod. Aber: die deutschen Solda-

ten sind freiwillig am Hindukusch und gehören als Konfliktpartei im Gegensatz zu afghanischen Kindern und Zivilisten auch zu den Tätern der bewaffneten Auseinandersetzung. Das Kunduz-Massaker vom 4. September 2009, bei dem ungefähr 150 Menschen während eines vom deut-

schen Oberst befohlenen Luftangriff starben und verletzt wurden, ist nicht der einzige Fall bei dem deutsche Soldaten für den Tod von Zivilisten und Kindern in Afghanistan verantwortlich sind. An der Grundschule in Gummersbach-Bernberg werden die deutschen Soldaten hingegen einzig als Opfer des Krieges, den sie selbst führen, stilisiert. Den Kindern wird vermittelt, dass die Bundeswehr-Soldaten nichts dafür könnten, in einer für sie so gefährlichen Umgebung zu sein.

Dem Bundeswehr-Magazin Y sagte Grundschullehrerin Mechthild Sülzer in einem begeisterten Artikel, dass es in ihrer ersten Klasse weniger um die Grauen des Konflikts geht, sondern „eher um den humanitären Auftrag, mit dem die deutschen Soldaten dort sind: Schulen wieder aufzubauen, die Rolle der Frau stärken, Kinder zu schützen“.<sup>7</sup> In dem Artikel wünscht ein Kind einem Bundeswehr-Generalmajor in Afghanistan, dass er gut mit den Afghanen verhandele, „damit in Afghanistan nicht mehr so viele Kinder von ‚den Bösen‘ angegriffen werden.“ Einige Kinder, so heißt es in dem Artikel, wollen nun sogar selbst Soldat werden. Das „Schutzengel“-Projekt folgt einseitig dem von der Bundesregierung konstruierten Bild des deutschen Afghanistan-Einsatzes. Dieses Bild ist falsch: deutsche Soldaten sind keine Entwicklungshelfer sondern Kriegspartei.<sup>8</sup> Die Bundeswehr greift nicht in einen ungewollten, fremden Krieg ein, um den Konflikt zu befrieden, sondern ist selbst Aggressor und Besatzer.

Die Kinder der Gemeinschaftsgrundschule Gummersbach-Bernberg sollen für die Soldaten begeistert werden und ein positives Bild des Auslandseinsatzes vermittelt bekommen. Auf der anderen Seite werden die Grundschul Kinder für die Truppenbetreuung der Bundeswehr in Afghanistan eingespannt. Sie sollen die Moral der Soldaten stärken, um den Einsatz erträglicher zu machen und so auch die Kampfkraft zu erhöhen. Für die Bundeswehr ist das Projekt ein voller Erfolg.

Wenn es sonst keinen Rückhalt für den Afghanistan-Einsatz in der deutschen Bevölkerung gibt, sollen wenigstens Kinder, denen man noch leicht ein verklärtes Bild vom helfenden Soldaten vermitteln kann, diesen Rückhalt simulieren. Ein Armutszeugnis.

## Anmerkungen:

- 1 Esser, Christian: Engel für Afghanistan, in: [www.luftwaffe.de](http://www.luftwaffe.de), 13. Juli 2012.
- 2 Ebenda.
- 3 Stache, Christian: „Schutzengel“ für deutsche Einsatztruppe, in: [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de), 20. August 2012.
- 4 Schulze von Glaßer, Michael: Kinder sollen Heimatfront halten, in: [www.telepolis.de](http://www.telepolis.de), 1. September 2012.
- 5 Arnold, Andreas: „Schutzengel für Afghanistan“, in: [www.ksta.de](http://www.ksta.de), 3. September 2012.
- 6 Kramer, Bernd: Schutzengel für die Front gebastelt, in: [www.taz.de](http://www.taz.de), 27. August 2012.
- 7 Sternweiss, Petra: Arbeit für die Engel, in: Y – Magazin der Bundeswehr, September 2012.
- 8 Haid, Michael/Schürkes, Jonna/Wagner, Jürgen: Experimentierfeld Afghanistan – Zehn Jahre Krieg und kein Ende in Sicht, in: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de).

## Aggression nach außen, Repression nach innen: Freie Bahn für Nazis?

### Antifaschistischer Protest wird angegriffen und eingekesselt

Während Weltordnungskriege und imperiale Neuausrichtung die Außenbeziehungen der EU prägen, erfassen Wirtschaftskrise und Finanzdiktatur nicht nur die Peripherie, sondern die europäischen Kernländer selbst. Die imperiale Gewalt wendet sich auch nach innen. Die neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik zeitigt Folgen, die angesichts der Sozialkürzungen und Entdemokratisierung zunehmend mit repressiven Mitteln eingedämmt werden sollen.

Die Enttabuisierung des Militärischen geht mit einer Tendenz zur Enttabuisierung des (Neo-) Faschismus einher. So scheint dieser als eine politische Richtung wie jede andere, die, solange sie nicht verboten sei, ein Recht auf Meinungsäußerung im öffentlichen Raum beanspruchen dürfe. Dieser Argumentationsfigur bedient sich die Politik verstärkt seit einigen Jahren. Man könnte meinen, dass das Auffliegen der NSU-Terrorbande im November 2011 dieser Tendenz ein Ende bereitet, dass in Bundes- wie Landesbehörden, in Polizei und Justiz ein selbstkritisches Nachdenken eingesetzt hätte. Doch weit gefehlt: von einem neuen Umgang mit Antifaschist\_innen und demokratischen Gegner\_innen von (Neo-) Nazis kann keine Rede sein.

Dies zeigt sich an drei Beispielen aus Baden-Württemberg zwischen 2009 und 2012. Der Regierungswechsel im Frühjahr 2011 von Schwarz-Gelb zu Grün-Rot lässt auch auf diesem Gebiet bisher keine Veränderungen erkennen. Breiter spektrübergreifender Protest und Widerstand gegen Naziaktivitäten werden von Polizei und Justiz häufig verfolgt, Nazis erfreuen sich der Duldung, ja sogar Förderung durch die Behörden.

### Stuttgart 2012: Unerwünschtes Engagement?

Während anderswo Behörden den Protesten nachgaben und Nazikundgebungen verlegten oder verkürzten, Amtsträger\_innen und Lokalpolitik sich zu Protesten bekannten und Blockaden duldeten, zeigte sich die Stuttgarter Verwaltung gegenüber der NPD-„Deutschlandtour“ aufgeschlossen. Am 30. Juli konnte diese verfassungsschutzgeförderte ‚Partei‘ mit Unterstützung des Ordnungsamtes eine Kundgebung in der Landeshauptstadt abhalten und einen LKW mit Lautsprecheranlage zur Verbreitung ihrer Parolen einsetzen. Dem „Schwarzen Donnerstag“ 2010 vergleichbar, wurden Dutzende

antifaschistischer Gegendemonstrant\_innen, aber auch Passant\_innen von hochgerüsteten Hundertschaften stundenlang eingekesselt, teilweise gefesselt abtransportiert und erkennungsdienstlich behandelt. Das Aufsuchen von Toiletten und die Versorgung mit Getränken und Lebensmitteln wurden nicht gestattet. Hermetisch abgeriegelte Straßenzüge und schikanöse Kontrollen verdeutlichten den Willen der Behörden, die Naziveranstaltung zu ermöglichen. Bereitschafts- und berittene Polizei, Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten sowie Streifen- und Zivilpolizei gingen unter massivem Gewalteininsatz gegen Antifaschist\_innen vor. Diese wurden teils ohne Nennung konkreter Vorwürfe, teils wegen konstruierter Delikte wie „schwerem Landfriedensbruch“ per Gefangenentransporter in überfüllte Sammelzellen gebracht. Ein junger Antifaschist musste nach einem Polizeiangriff mit Kopfplatzwunde und Gehirnerschütterung stationär behandelt werden. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wurde willkürlich außer Kraft gesetzt. Für dieses gleichwohl planmäßige Vorgehen bedankte sich die Nazi-Partei bei den Stuttgarter Behörden. Diese hatten deren Aufzug mit der Begründung genehmigt, dass ein – von der NPD vorgeschobener – Protest gegen den EURO möglich sein müsse. Zum wiederholten Male zeigten die Stuttgarter Behörden, wie sie mit demokratischem Protest umzugehen pflegen.

### Heilbronn 2011: Artikel 3 der Landesverfassung

Die Regierung Mappus war bereits abgewählt, jedoch noch im Amt, als sie am 1. Mai 2011 eine Art Abschiedsvorstellung gab. An diesem Tag wollten sich einige hundert Demonstrant\_innen an Protesten gegen Neonazis in Heilbronn beteiligen. Die Ablehnung des Naziaufmarschs war auch ein Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Maikundgebung. Doch für viele Angereiste endete der Protest am Bahnhof. Während die Neonazis ungehindert marschieren konnten, wurden mehrere hundert Bürger\_innen zwischen 9 und 20 Uhr von Polizeikräften eingekesselt und – wie ihnen später erklärt wurde – „in Gewahrsam genommen“. Eine angemeldete Gegendemonstration kam aufgrund des Polizeikessels nicht zustande. Laut Landesverfassung dient der 1. Mai „dem Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Völkerverständigung“.

### von AK Kesselklage

Wie ist es damit zu vereinbaren, dass die Behörden ausgerechnet an diesem Tag für Neonazis die Straße frei machten, die ihre rassistischen, demagogischen Parolen verbreiten durften?

### Ulm 2009: Ein folgenloses Urteil?

Auch in Ulm ging es darum, einen Aufmarsch von Neonazis durch entschiedenes Entgegenreten zu verhindern. Wiederum am 1. Mai wurden mehrere hundert Personen in einem Polizeikessel beim Ulmer Weinhof stundenlang in Gewahrsam genommen und an der Teilnahme an einer DGB-Demonstration gehindert. Die Neonazis dagegen durften marschieren. Doch couragierte Gegendemonstrant\_innen aus Gewerkschaften und VVN-BdA klagten gegen das skandalöse Vorgehen der Behörden – und bekamen Recht. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen hat am 29.11.2010 (Az: 1 K 3643/09) den Ulmer Polizeikessel für rechtswidrig erklärt. Ähnliche Urteile gab es bereits in der Vergangenheit. Das scheint die Ämter bloß wenig zu kümmern.

Ministerien und Behörden pflegen vielfach ein vollkommen inakzeptables Feindbild von antifaschistischen Gegendemonstrant\_innen. Es geht ihnen nicht nur um Diskreditierung, Einschüchterung und Neutralisierung von Opposition. Sie nutzen die Kesseltaktik für Polizeimanöver gegen antifaschistische, demokratische und gewerkschaftliche Gruppen auch, um Notstandsübungen unter quasi-realistischen Bedingungen abzuhalten.

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist gefährdet. Auf Protest und praktisches Streben nach einer solidarischen Gesellschaft reagieren baden-württembergische Behörden auch nach dem Wechsel von 2011 oft mit brutaler Gewalt und Willkür. Eine intensive öffentliche Kritik der skandalösen Polizeieinsätze bleibt notwendig. Denn die Kriminalisierung von Protest ist weder zwangsläufig noch legitim. Betroffene des Heilbronner Kessels und solidarische Nazigegner\_innen gehen sowohl politisch als auch juristisch gegen den Polizeieinsatz vor. Ein Termin vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart am 25. Oktober 2012 steht bereits fest.

### AK Kesselklage

Aktuelle Infos unter: [www.kesselklage.de](http://www.kesselklage.de)  
 Kontakt: [kesselklage@versammlungsrecht.info](mailto:kesselklage@versammlungsrecht.info)  
 Spendenkonto: Bündnis für Versammlungsfreiheit  
 Kontonummer: 101 612 232  
 Bankleitzahl: 611 500 20  
 Kreissparkasse Esslingen, Stichwort: Kesselklage

# Stoppt die Drohnenkrieger! – Vorschlag für eine Kampagne gegen Drohnen

von Arno Neuber

“Militärisch sinnvoll”, nennt der Inspekteur der Bundesluftwaffe, Generalleutnant Müllner, die Anschaffung bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr. “Der Appetit der Politik wird abnehmen, solche Einsätze wie Afghanistan zu wiederholen”, sagt der Militär. Deshalb seien Kampfdrohnen künftig “strategisch-taktisch unverzichtbar”.

Halten wir fest: Internationale Kampfeinsätze, Kriege sollen leichter führbar sein, weil sie losgelöst von eigenen Opfern, von realen Einsatzerfahrungen, auch von Bildern in den Medien möglich sein werden – und weil das Töten so billiger wird.

Verteidigungsminister de Maizière unterstützt die Anschaffung der Waffen. Skrupel hat er keine. “Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten”, wird er im “Spiegel” am 3.8.2012 zitiert. “Und je besser man zielen kann, desto weniger Schäden gibt es.”

Was für ein Zynismus. Zahllose Berichte belegen, dass gerade immer wieder Zivilisten, darunter auch Kinder, Opfer von Drohnenangriffen werden. Es gibt keine „präzisen“, „chirurgischen“ Drohnenangriffe, wie die Rüstungsindustrie sie verspricht.

“Nach Schätzungen des unabhängigen US-amerikanischen Büros für Investigativen Journalismus kamen zwischen 2004 und 2012 in Pakistan über 3.000 Menschen bei US-Drohnenangriffen ums Leben, über 800 davon waren Zivilisten.” (Die Welt, 24.07.2012)

Kriegführung mit Drohnen findet im Stillen statt. Kein Parlament diskutiert und entscheidet über die Einsätze. Niemand kontrolliert, was sie tatsächlich angerichtet haben. Kein Gericht zieht die Verantwortlichen für illegale Tötungen zur Rechenschaft.

## Krieg mit Drohnen ist Krieg gegen die Demokratie.

In den USA werden die Todeslisten für Drohneneinsätze vom Präsidenten persönlich genehmigt. Er entscheidet über den Export der Todesstrafe in jeden beliebigen Winkel der Welt.

## Krieg mit Drohnen ist Krieg gegen die Menschenrechte.

Jeder Soldat, der noch nicht zur Tötungsmaschine abgerichtet wurde, kennt das normale menschliche Gefühl, die Hemmung, einen anderen Menschen zu töten. Krieg mit Drohnen findet in einer Situation statt, die vom Computer- oder Videospiel her bekannt und eingeübt ist. Mit der rechten Hand auf der Feuer Taste des Joysticks, mit der linken in der Chipstüte.

## Krieg mit Drohnen ist leicht, spielerisch leicht. Die Einsatz- und Hemmschwelle sinken.

Drohnen sind vielfältig einsetzbar. Sie können überwachen, suchen, dokumentieren und töten. Ein Laie kann eine Kamera von einer Rakete unterscheiden. Eine Kampfdrohne von einer Überwachungsdrohne kann er nicht unterscheiden.

## Krieg mit Drohnen ist heimtückisch.

Krieg mit Drohnen kennt keine Kriegserklärung. Drohnen nehmen keine Rücksicht auf Grenzen. Eine Unterscheidung in Kombattanten und Nichtkombattanten ist nicht möglich. Niemand weiß, ob die Drohne im Auftrag eines Präsidenten, eines Geheimdienstes, einer privaten Söldnerfirma oder eines Verbrechersyndikates geschickt wurde.

## Drohnenkriegern ist das Völkerrecht egal.

Drohnen wird es in jeder Größe geben. Sie können in jeder Flughöhe operieren und mehrere Tage in der Luft bleiben. Drohnen können über große Distanzen oder im eigenen Land eingesetzt werden.

## Drohnen versprechen den Rüstungskonzernen gigantische Profite.

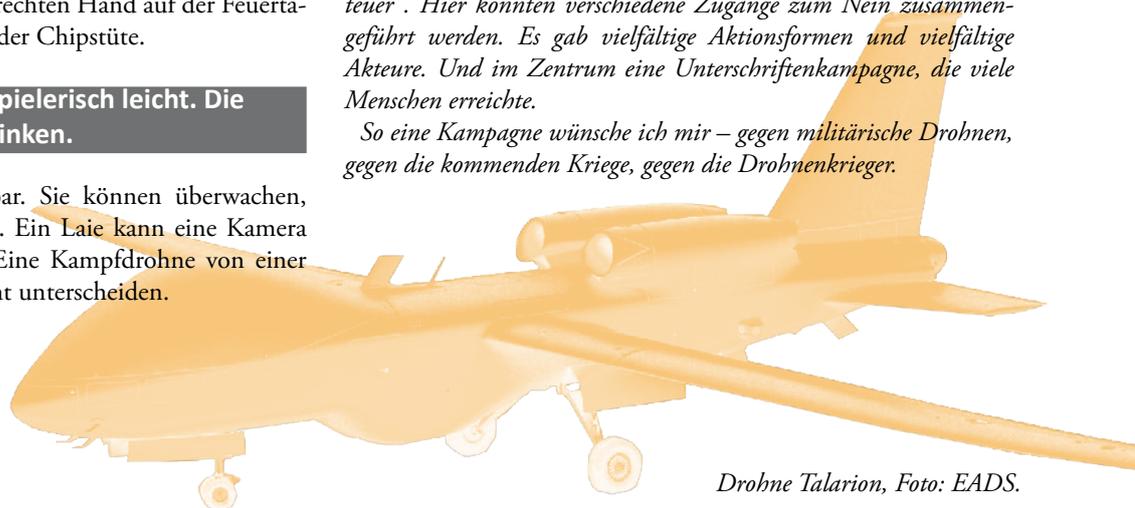
Jüngste Analysen sprechen davon, dass die militärischen Drohnenaufträge in den nächsten Jahren von rund sechs auf 12 Mrd. Dollar anwachsen werden. Tendenz schnell steigend.

Verteidigungsminister de Maizière will noch in diesem Herbst eine Bundestagsentscheidung für die Beschaffung bewaffneter Drohnen haben. Ein Teil der bestellten (und von Anfang an militärisch sinnlosen Eurofighter) soll gleich weiterverkauft werden, um Geld für neue Waffen, zum Beispiel Drohnen, für neue Bundeswehreinätze zu haben.

Derzeit formiert sich die EU-Rüstungsindustrie neu, um der US-Rüstungskonkurrenz auf den Weltmärkten Marktanteile abjagen zu können. Frankreich und Großbritannien haben eine Kooperation zur Entwicklung von Drohnen beschlossen. Deutschland und Frankreich haben auf der ILA in Berlin ihre Absicht erklärt, eine Drohne im EU-Rahmen zu entwickeln. Mit einem fusionierten Konzern aus EADS und BAE Systems würde der organisatorische Rahmen geliefert. Der größte Rüstungskonzern der Welt, das Zentrum eines militärisch-industriellen Komplexes auf EU-Ebene.

*Eine der erfolgreichsten Kampagnen der Friedensbewegung war die Kampagne gegen den Jäger 90/Eurofighter: „gefährlich, sinnlos, teuer“. Hier konnten verschiedene Zugänge zum Nein zusammengeführt werden. Es gab vielfältige Aktionsformen und vielfältige Akteure. Und im Zentrum eine Unterschriftenkampagne, die viele Menschen erreichte.*

*So eine Kampagne wünsche ich mir – gegen militärische Drohnen, gegen die kommenden Kriege, gegen die Drohnenkrieger.*



Drohne Talarion, Foto: EADS.

# Transnistrien im Fokus der Großmächte

von David X. Noack

Vor 20 Jahren erlangte die ostmoldawische Region Transnistrien die faktische Unabhängigkeit von der Regierung der Hauptstadt in Chişinău. Mit Hilfe der Armee der Russischen Föderation stoppten die transnistrischen Milizen das Vorhaben Rumäniens und Moldawiens, die Region wiederzuerobern. Seit dem Waffenstillstand vom 21. Juli 1992 wurde die besondere Situation einer faktischen Souveränität bei ausbleibender internationaler Anerkennung etabliert, die bis heute anhält. Heute gilt Transnistrien als Vorposten russischen Einflusses in Südosteuropa und Hemmnis für die Zentralregierung in Moldawien, die in Richtung NATO und EU strebt. Doch der „kalte“ Transnistrienkonflikt prägt nicht nur den Einflusskampf zwischen Ost und West, sondern auch den zwischen Deutschland einerseits und den atlantisch ausgerichteten Staaten in Europa sowie den USA andererseits.

## Vorgeschichte

Das heutige Moldawien, ausgeschlossen der Gebiete östlich des Dnjestr, war in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg Teil eines großrumänischen Staates. Eine „einheitliche Geographie des rumänischen Volkes wurde im 19. Jahrhundert entworfen [...]“. Großrumänien schloss Moldawien mit ein. Hierbei diente „als Nordgrenze Moldawiens der [Dnjestr]“. Die Sowjetunion, die Moldawien als ehemaligen Teil des russischen Zarenreiches erben wollte, verzichtete trotz der Annexion Bukarests 1918 nicht auf das auch „Bessarabien“ genannte Territorium. Als institutionalisierter Anspruch gründete Moskau 1924 die „Autonome Sozialistische Sowjetische Republik Moldawien“ (ASSR Moldawien) östlich des Dnjestr, eines Zuflusses des Schwarzen Meeres. Dort lebten hauptsächlich Ukrainer und Russen neben Bulgaren, Gagausen und Rumänen/Moldawiern. Im Zuge der Interessensphärenaufteilung zwischen der Sowjetunion und dem Dritten Reich annektierte Moskau Moldawien im Jahr 1940 und schloss das Gebiet mit der sowjetischen ASSR Moldawien zusammen. Nachdem im Zweiten Weltkrieg Großrumänien bis auf die Gebiete bis zum Südlichen Bug in der Mittelukraine angeschwollen war, stellte die Sowjetunion nach 1945 im Wesentlichen die Grenzen von 1940 wieder her. Moldawien, mit einem vornehmlich slawisch besiedelten Osten am Dnjestr-Fluss, fand sich im Unionsverband wieder und blieb bis 1991 im Verbund der UdSSR.

Ende der 1980er Jahre gründete sich in Kernmoldawien die Oppositionsbewegung „Volksfront“, die unter anderem von westeuropäischen rumänischen Exilanten, die in der Zwischenkriegsrepublik Mitglieder der faschistischen Eisernen Garde waren, unterstützt wurde.<sup>2</sup> Einflussreiche Teile der moldawischen „Volksfront“ forderten den Anschluss an Rumänien. Als ersten Schritt verabschiedete das Parlament in Chişinău ein Sprachengesetz, welches Rumänisch zur Staatssprache machte und viele russisch- und ukrainischsprachige Moldawier außen vor ließ. Beim sowjetischen Referendum über die Beibehaltung des Unionstaates boykottierte Moldawien die Abstimmung – in Transnistrien dagegen stimmte die Bevölkerung ab und sprach sich mehrheitlich für die Union aus. Östlich des Dnjestr hatte mittlerweile eine

## GASTBEITRAG

„Union der Arbeiterkollektive“ die Macht übernommen.

Die Bedeutung des schmalen transnistrischen Landstreifens wird deutlich, bedenkt man den wirtschaftlichen Stellenwert des Gebietes: Auch wenn dort lediglich 17% der Bevölkerung wohnten, zeichnete das industriell geprägte Territorium

in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg für 90% der Energieproduktion Moldawiens sowie etwa ein Drittel der industriellen Produktion verantwortlich.<sup>3</sup> Das transnistrische Kraftwerk Kuchurgan zählt bis heute zu den wichtigsten seiner Art in ganz Europa – transnistrischen Strom aus dieser Anlage exportieren russische Firmen nach Rumänien, Moldawien, in die Ukraine und sogar bis nach Russland. Auch aus dem 1992 umkämpften mitteltransnistrischen Dubăsari-Damm beziehen bis heute viele Moldawier ihren Strom.

## Transnistrienkrieg und der „kalte Friede“

Der militärische Konflikt zwischen Moldawien und der abtrünnigen Region Transnistrien im Jahr 1992 kann als einer der kürzesten im post-sowjetischen Raum bezeichnet werden, er gilt jedoch als besonders brutal geführt. Viereinhalb Monate kämpfte die östliche Region des Landes um ihre Souveränität. Hierbei unterstützten russische und ukrainische Kosakenverbände und andere Freiwilligenformationen die transnistrische Armee – auf moldawischer Seite halfen rumänische Freiwillige und Militärberater. Circa 2.200 Menschen fanden im Verlauf des Transnistrienkrieges den Tod. Kriegsentscheidend war die Rolle der 14. sowjetischen Armee, die zur 14. russischen Armee transformiert wurde. Dieser militärische Großverband hatte seinen Sitz eigentlich in Chişinău, ab Mitte der 1980er Jahre jedoch in der transnistrischen Hauptstadt Tiraspol. Die 14. Armee griff auf der transnistrischen Bürgerkriegsseite ein und beendete den Krieg, nicht aber den Konflikt.

Nach dem Ende des Waffengangs etablierten die Konfliktpartner eine dreiseitige „Gemeinsame Kontrollkommission“, bestehend aus der ehemaligen 14. russischen Armee, Soldaten Transnistriens und Moldawiens sowie seit 1998 auch aus 10 Militärbeobachtern der Ukraine. Die Konfliktparteien nahmen Verhandlungen auf, die seit 2005 im Format „5+2“<sup>4</sup> unter der Schirmherrschaft der OSZE stattfinden. Auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 sicherte die Russische Föderation zu, ihre Truppen bis 2002 aus Transnistrien abzuziehen – hielt dieses Versprechen jedoch nicht.

Transnistrien war nicht die einzige Region mit ethnisch-territorialen Konflikten mit der Zentralregierung in Chişinău. Als erste Territorialeinheit im Land erklärte die süd-moldawische Region Gagausien 1990 ihre Unabhängigkeit. Im Gegensatz zu Transnistrien kam es in Gagausien nur zu kleineren Kämpfen. 1994 fanden rumpfmoldawische und gagausische Vertreter eine Lösung für die Gagausien-Frage und garantierten dem Gebiet territoriale Autonomie. Doch im turkbevölkerten Süden Moldawiens regt sich seitdem weiter Widerstand gegen die moldawische Zentralregierung. Oppositionelle Gagausier fanden unter anderem in Transnistrien einen Exilort.<sup>5</sup> Engere kulturelle Beziehungen baute Gagausien mit der Türkei auf.<sup>6</sup> Diplomatisch ging das gagausische Selbstverwaltungsparlament auf einen Konfrontationskurs zu Chişinău und erkannte die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens nach der russischen Militäroperation gegen Georgien im Jahr 2008 an.<sup>7</sup> Damit stellten die gagausischen Parlamentarier klar, dass sie die postsowjetischen Grenzen durchaus noch als veränderbar begreifen.

## Moldawische Westbindung

In den vergangenen beiden Jahrzehnten strebten die moldawischen Regierungen politisch in Richtung Westen. 1994 unterzeichnete Moldawien als zweites GUS-Land überhaupt eine „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP)-Vereinbarung mit der NATO. Einen Beitritt Moldawiens zur NATO strebt die derzeitige Regierung zwar nicht an, jedoch nehmen die moldawischen Streitkräfte regelmäßig an NATO-Militärmanövern teil. Im Gegensatz zum transatlantischen Militärpakt strebten die verschiedenen moldawischen Regierungen der letzten Jahre deutlich einen Beitritt des Landes zur EU an. Bei der Westbindung setzten die Politiker in Chişinău nicht nur auf Brüssel, sondern auch auf Washington. Für besondere internationale Aufmerksamkeit sorgte die Gründung des GUUAM-Bündnisses<sup>8</sup> im Jahr 2001, in dem sich die pro-westlichen Regierungen der GUS-Staaten zusammenschlossen. Moldawien war unter der „kommunistischen“ Regierung Vladimir Voronins einer der Gründungsstaaten dieses Bündnisses. GUUAM, nach dem Austritt Usbekistans im Jahr 2005 nur noch GUAM, strebt die Schaffung von Energiekorridoren unter Umgehung Russlands mit aktiver Unterstützung der USA an.

Neben den USA, die seit 1999 den rumänischen Flughafen Mihail Kogălniceanu als Militärbasis nutzen, hat auch die Europäische Union ein „Sicherheitsengagement“ im Nordwesten des Schwarzen Meeres etabliert. Seit November 2005, als in Chişinău und Kiew gleichzeitig pro-westliche Regierungen an der Macht waren, arbeiten über 100 EU- Grenzschutz- und Zollbeamte in Kern-Moldawien und der Ukraine, um den Schmuggel nach und von Transnistrien zu unterbinden. Leiter der EU-Grenzmission namens EUBAM ist derzeit der ehemalige Inspekteur der deutschen Bundespolizei Udo Burkholder.

## Versandende Lösungsinitiativen

Während Kern-Moldawien eine wirtschaftliche, politische und militärische Annäherung an EU und NATO forcierte, stabilisierte sich Transnistrien als international nicht anerkannter Staat unter der Protektion Russlands. Moskau liefert verbilligte Gaslieferungen an Transnistrien und deckt 70% des jährlichen Budgets der Regierung in Tiraspol. In letzter Zeit schien Russland den Status Transnistriens als Vorposten Moskaus in Südosteuropa auch im Raketenschirmstreit mit der NATO ausnutzen zu wollen. Neben einem Radar des Typs Woronesh in Kaliningrad erwägt die Kreml-Regierung laut russischen Presseberichten die Stationierung eines Frühwarnsystems gleichen Typs sowie Boden-Boden-Raketen des Typs Iskander in Transnistrien.<sup>9</sup>

Im Zuge des vergangenen Jahrzehnts kam es zu zwei Lösungsvorschlägen, die den umstrittenen Status Transnistriens hätten klären können. Im so genannten „Kozak-Memorandum“ von 2003 schlug der damalige russische Vizechef der Moskauer Präsidentschaftsverwaltung, Dmitri Kozak, eine „asymmetrische“ Föderalisierung Moldawiens unter Gewährleistung von Autonomieregelungen für Gagausien und Transnistrien sowie einen 30-jährigen Aufenthalt russischer Truppen in dem Land vor. Die Staatschefs Moldawiens und Transnistriens sprachen sich Mitte November 2003 für diese Regelung aus. Doch durch eine Intervention des US-Botschafters in Chişinău scheiterte der Plan.<sup>10</sup> Die USA präferieren einen Rückzug der russischen Soldaten und einen damit einhergehenden Einflussverlust Moskaus.

Ein anderer von der derzeitigen pro-westlichen Regierung Moldawiens favorisierter Vorschlag sieht einen „Gebietsaustausch“ Transnistriens mit anderen Territorien der Ukraine vor. In der

an Moldawien grenzenden ukrainischen Oblast Tscherniwzi gibt es mehrere Kreise mit rumänischer bzw. moldawischer Bevölkerungsmehrheit. Für heftige Reaktionen seitens der Ukraine sorgten Äußerungen des moldawischen Parlamentspräsidenten Ghimpu, der retrospektiv den Austausch von Teilen Bessarabiens und der Bukowina mit Transnistrien als bessere Lösung der ethnisch-territorialen Probleme der Region bezeichnet hatte.<sup>11</sup> Mihai Ghimpu war zu dem Zeitpunkt provisorischer Staatsoberhaupt Moldawiens.

Im Jahr 2009 wählten die Moldawier zwei Mal ihr Parlament, da beim ersten Anlauf keine für die Regierung notwendige Mehrheit zustande kam. Begleitet wurde die Zeit des „Interregnums“ durch Massendemonstrationen und Gewaltexzesse in Chişinău. Die moldawische Regierung sah die lange Hand Bukarests hinter den Protesten und verwies rumänische Journalisten des Landes.<sup>12</sup> Kritiker der US-Außenpolitik sahen auch Vorfeldorganisationen der Washingtoner internationalen Politik hinter den Ereignissen die Fäden ziehen.<sup>13</sup> Die zweite Parlamentswahl brachte den Kommunisten die größte Fraktion in der moldawischen Legislative, der selbst erklärten „Allianz für die europäische Integration“ (AEI) jedoch eine knappe Mehrheit. Obwohl die AEI nicht die erforderlichen Stimmen hatte, um einen neuen Präsidenten zu wählen, verabschiedete sich Vladimir Voronin von seinem Amt. Nach dem Abtritt von Präsident Voronin von der Kommunistischen Partei der Republik Moldau (PCRM) im Jahr 2009 kam wieder Bewegung in die Transnistrienfrage. Auf Voronin folgte das kommissarische Staatsoberhaupt Mihai Ghimpu – die Regierung in Chişinău stellt seitdem parallel die mit ihm verbündete AEI. Teile dieses Regierungsbündnisses streben offen den Beitritt zu Rumänien an, sozusagen als kürzesten Weg in die EU und NATO. Auch Ghimpu selbst hat zugegeben, so genannte „unionistische“ Ansichten zu haben – STRATFOR-Analytiker bezeichnen ihn als „Schoßhündchen“ des rumänischen Präsidenten.<sup>14</sup> Auf der rumänischen Seite steht der rechte Teil des politischen Spektrums solch einer Idee nicht abgeneigt gegenüber: Der liberalkonservative rumänische Präsident Traian Băsescu plädiert seit Beginn seiner ersten Amtszeit 2004 immer wieder für eine „Wiedervereinigung“ der „zwei Staaten“, die eigentlich eine „Nation“ darstellten. Der moldawische Präsident Voronin sprach wegen solcher Äußerungen Băsescus in seinem letzten Amtsjahr von einer „permanenten Aggression“ der rumänischen Staatsführung.<sup>15</sup>

## Deutsche Einflusspolitik

Die Rückkehr der Unionisten an die Regierung in Moldawien hat also wieder Bewegung in die Transnistrienfrage gebracht. Im Zuge des so genannten „Meseberg-Memorandums“ zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Medwedew einigten sich die beiden Spitzenpolitiker im Juni 2010 auf einen Prozess, der letztendlich zur Lösung der Transnistrienfrage im moldawischen Staatsverband beitragen soll. Kritiker bemerkten, dass diese Annäherung Moskaus und Berlins nicht mit anderen EU-Staaten abgesprochen war<sup>16</sup> und die USA vollkommen außen vor lässt. Die Politik der Berliner Regierung ist keine Überraschung. Bereits im Falle des Machtwechsels in Kirgisistan im Jahr 2010 schien es die Position der Bundesregierung zu sein, russische Einflussgewinne zu akzeptieren, sofern sie gleichzeitig die Juniorrolle Deutschlands in der Region stärken.<sup>18</sup>

Eine von Berlin und Moskau vermittelte Lösung könnte sein, Transnistrien fünf bis 15 Prozent der Parlamentsmandate in Chişinău zu geben. In solch einem Fall könnten die mittlerweile wieder als pro-russisch geltenden Kommunisten Mol-

dawiens gemeinsam mit den transnistrischen Parlamentariern die Mehrheit und somit auch wieder die Regierung stellen. Im transnistrischen Parlament hat derzeit die „Erneuerungspartei“ des amtierenden Präsidenten des Gebietes die Mehrheit – die „Erneuerer“ kooperieren mit der Partei „Einiges Russland“ von Vladimir Putin.<sup>19</sup> Eine pro-russische Mehrheit im Gesamtstaat wäre somit gesichert.

Die Kritik von verschiedenen deutschen und rumänischen Atlantikern an der deutschen Annäherung an die Russische Föderation öffnete eine neue Dimension im geopolitischen Spiel um Moldawien/Transnistrien: Nicht nur Ost und West ringen um Einfluss in dem Gebiet, sondern auch die westlichen Mächte untereinander. Wie von Wikileaks veröffentlichte interne Mails des US-Privatgeheimdienstes STRATFOR offenbaren, hat die deutsche Regierung auch schon ihren Partner in Chişinău für eine Annäherung Moldawiens und Transnistriens gefunden: Premier Vlad Filat sei weder pro-russisch noch pro-westlich – sondern nur „pro-er selbst“.<sup>20</sup>

Nachdem Deutschland eine Strategie und Verbündete für eine eigene Rolle im Transnistrienkonflikt gefunden hatte, erhöhte auch Moskau den Druck. Vor der Abwahl des transnistrischen Präsidenten im Jahr 2011 kamen Gerüchte auf, dass die russische Seite den transnistrischen Präsidenten Igor Smirnow zunehmend unter Druck setze, die 5+2-Gespräche wiederaufzunehmen. Die Verhandlungen bei der OSZE ruhten damals seit fünf Jahren. Trotz eines EU-Einreiseverbots kam im selben Jahr das Oberhaupt der transnistrischen Separatistenrepublik nach Bad Reichenhall, um sich unter deutscher Vermittlung mit dem moldawischen Premier Vlad Filat zu treffen.<sup>22</sup> Beide Seiten des moldawischen Konfliktes einigten sich bei dieser Gelegenheit auf bilaterale Verhandlungen.

### Schwieriger Verhandlungsprozess

Der im Juni 2010 gestartete deutsch-russische Meseberg-Prozess galt schon nach einem Jahr als ins Stocken geraten. Zwar hielt die Bundesregierung Soldaten bereit, die als Inspektoren nach Transnistrien verlegt werden könnten, wie im Rahmen des Meseberg-Prozesses vorgesehen<sup>23</sup>, doch eine schnelle Lösung des Konfliktes trat nicht ein. Mächtige Interessengruppen in der Region haben eher ein Interesse an der Beibehaltung des Status quo.

Eine Interessengruppe, deren Wünsche oft missachtet wird, ist die der ukrainischen Stahlbarone. Ungefähr ein Drittel des in Transnistrien investierten Kapitals stammt aus dem östlichen Nachbarland<sup>24</sup> – und mit der Regierungsübernahme Viktor Janukowitschs im Februar 2010 sind in der Ukraine wieder die Stahlbarone an der Macht, die am meisten ein wirtschaftliches Interesse in Transnistrien haben.<sup>25</sup> Im Gegensatz zur pro-westlichen Regierung in Kiew vor 2010 steht die Regierung Janukowitsch im Einflusswettbewerb um Transnistrien auf der russischen Seite.<sup>26</sup>

Als Rückschlag empfand die moldawische Zentralregierung die Ernennung Dmitri Rogosins zum russischen Sondergesandten für Transnistrien im Frühjahr 2012. Der Linksnationalist ist Vizepremier in der russischen Regierung und damit ein diplomatisches Schwergewicht. Außerdem führte der Ex-Botschafter Russlands bei der NATO im Transnistrienkrieg 1992 eine Gruppe russischer Freiwilliger an, die gegen die moldawischen Truppen kämpften. Parallel zur Ernennung Rogosins beauftragte das Tandem Medwedew-Putin Sondergesandte für die Regionen Abchasien und Südossetien, deren Unabhängigkeit Russland nach dem georgischen Waffengang 2008 anerkannt hat. Die Parallelität ließ in Chişinău aufhorchen, direkte institutionelle Verbindungen Russlands mit Transnistrien scheinen nun möglich.<sup>27</sup>



Der russische Vizepremier äußerte sich auch eindeutig, was die russische Truppenpräsenz in der Region angeht – sein Land sei das einzige mit einem Recht auf Friedenstruppen in dem Gebiet. Bei einem Besuch in Tiraspol sprach sich Rogosin für die Eröffnung eines russischen Konsulates in Tiraspol, mehr russische Investitionen in der Region und eine Modernisierung des Waffenarsenals der russischen Truppen aus. Im Warschauer „Zentrum für Oststudien“ geht der Experte Witold Rodkiewicz davon aus, dass Russland derzeit eine „Taiwanisierung“ Transnistriens anstrebt.<sup>28</sup> Die Äußerungen und Handlungen Rogosins deuten in diese Richtung. Zuletzt trat er gemeinsam mit dem transnistrischen Präsidenten Jewgeni Schewtschuk auf einer gemeinsamen Pressekonferenz auf, die den Eindruck hinterließ, Transnistrien sei bereits anerkannt und unabhängig.<sup>29</sup> Die offizielle russische Position unter Rogosin ist nun wieder, dass Moskau eine Föderalisierung Moldawiens verlangt.<sup>30</sup> Der russische Vizeaußenminister Grigori Karasin stellte in letzter Zeit mehrmals klar, dass die „Kozak-Memorandum“-Lösung ideal wäre.<sup>31</sup>

Doch nicht nur den russischen Einfluss in Transnistrien will die russische Staatsführung weiter festigen. In Rumpfmoldawien legt die russische Politik ein „extensives und facettenreiches“ Vorgehen an den Tag, um die „geopolitische Ausrichtung des Landes umzudrehen“, so das polnische „Zentrum für Oststudien“.<sup>32</sup> Diese Politik fügt sich in die Fokussierung auf den Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ein, die Vladimir Putin in seiner dritten Amtszeit anlegt.

Ein Einflussgewinn Russlands in Moldawien passt dem Westen allgemein (außer bis zu einem gewissen Grad Deutschland, wie beschrieben) und den USA speziell gegenwärtig überhaupt nicht ins Konzept. In Rumänien ist der atlantische Präsident Traian Băsescu derzeit heftigen Angriffen einer Regierungsallianz aus Nationalliberalen und Sozialdemokraten ausgesetzt. Im Gegensatz zum Staatsoberhaupt präferiert die sozialliberale Allianz eine pragmatische Außenpolitik, die stärker auf Russland setzt.<sup>33</sup>

Wegen des sich nun verändernden Afghanistankonfliktes und

bilateralen Problemen mit Pakistan sind die USA aber zunehmend auf Russland angewiesen und haben deshalb derzeit kein Interesse, dem russischen Einflusssausbau allzu massiv entgegenzutreten.<sup>34</sup> In Washington setzt man wohl darauf, dass verbündete Regierungen in Litauen, Polen und Großbritannien die US-Position vertreten.<sup>35</sup> Nach der Bereitstellung eines Transportpunktes für die NATO im russischen Uljanowsk äußerten Kommentatoren den Verdacht, Russland lasse sich diese Kooperation nicht nur mit Geld, sondern auch mit „geopolitischen Konzessionen“ bezahlen.<sup>36</sup> Eine „Wiedereingliederung“ Moldawiens in die russische Einflusssphäre könnte solch ein Zugeständnis sein.

### Lokale Lösungen statt Schauplatz der Großmachtpolitik

Der Transnistrienkonflikt innerhalb Moldawiens sowie die Gagausienfrage und die geopolitische Ausrichtung Moldawiens allgemein sind hochkomplexe Angelegenheiten. Mehrere äußere Länder, wie Russland, Rumänien, Deutschland, die Vereinigten Staaten, die Ukraine und die Türkei, haben unterschiedlich gelagerte Interessen in dem südosteuropäischen Land. Ob eine Lösung des größten ethnisch-territorialen Konfliktes zwischen Chişinău und Tiraspol realistisch ist, bleibt weiterhin unklar. Ein wesentliches Problem besteht in den Ambitionen, dass solch eine von Moskau und Kiew forcierte mögliche Lösung auf eine geopolitische Neuausrichtung des Landes hinauslaufen würde. Denn ob die westlichen Mächte zu solch einem Einflussverlust bereit sind, bleibt unklar – Militärpräsenzen, Polizeiemissionen und einseitige politische Parteinahmen in der Region deuten eher auf das Gegenteil hin.

Insofern könnte es für die Konfliktparteien sinnvoll sein, sich auf die moldawische Verfassung zu besinnen, die das Land auf die strikte Neutralität verpflichtet. Streng genommen schließt dies russische Truppen im Land ebenso aus wie eine Teilnahme an dem NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden (oder in letzter Konsequenz auch eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die mittlerweile auch ein Militärbündnis ist).

Die Absage beider lokaler Konfliktparteien, im Gerangel der Großmächte als Schauplatz zu dienen, könnte wiederum den Weg für lokale Lösungsmöglichkeiten frei machen, die nicht von außen torpediert werden – dies wäre zumindest das ideale Szenario. Dass dies durchaus Erfolg zeitigen könnte, zeigt, dass der erste Regierungswechsel in der Geschichte Transnistriens neue Bewegung in die moldawisch-transnistrischen Beziehungen brachte. Ende April 2012 nahm die moldawische Eisenbahn zum ersten Mal seit sechs Jahren den moldawisch-ukrainischen Eisenbahnverkehr wieder auf. Durch den direkten Weg können moldawische Züge einen Umweg von bis zu 400 km vermeiden. Die Einigung kam nach Treffen von transnistrischen und moldawischen Spitzenpolitiker ohne die Vermittlung von außen zustande, wie Filat erklärte.<sup>37</sup> Dies könnte eine Blaupause für die weiteren Versuche darstellen, zu einer Lösung des Konfliktes zu gelangen – sofern die an Eigeninteressen orientierten Großmächte dies zulassen.

### Anmerkungen:

- 1 Georgeta Daniela Oancea: Mythen und Vergangenheit – Rumänien nach der Wende, Diss., München 2005, S. 85/86.
- 2 Vladimir Solonari im Gespräch mit Hannes Hofbauer, in: Hannes Hofbauer: Transnistrien: Niemandsland Am Dnjestr – Europas inexistente Republik an der Schnittstelle zwischen Ost und West, in: Hannes Hofbauer: Mitten in Europa: Politische Reiseberichte aus Bosnien-Herzegowina, Belarus, der Ukraine, Transnistrien/Moldawien und Albanien, Wien 2006, S. 130.

- 3 Trevor Waters: Russian peacekeeping in Moldova: Source of stability or neo-imperialist threat?, in: John MacKinlay; Peter Cross (Hgg.): Regional Peacekeepers: The Paradox of Russian Peacekeeping, New York/Paris 2003, S. 135.
- 4 EU, USA, Russland, Ukraine und OSZE (5) sowie Moldawien und Transnistrien (2).
- 5 Hofbauer: Transnistrien: Niemandsland Am Dnjestr, S. 141.
- 6 Thomas Gassler: Die Gagausen – Eine mustergültige Minderheit, Eurasisches Magazin, 04.11.2009.
- 7 Gagauzia's Parliament recognizes Abkhazia and South Ossetia, 19.09.2008, [www.regnum.ru/english/1057573.html](http://www.regnum.ru/english/1057573.html).
- 8 Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien.
- 9 Irina Wolkowa: Trumpfkarte Transnistrien?, Neues Deutschland, 20.04.2012.
- 10 Hofbauer: Transnistrien: Niemandsland Am Dnjestr, S. 146/147 sowie Wolfgang Grabowski: Russland auf dem Weg zu neuer Macht, Berlin 2008, S. 11.
- 11 Manfred Schünemann: Kiew blickt mit Sorge nach Chisinau, Neues Deutschland, 06.10.2010.
- 12 Moldawien weist drei rumänische Journalisten aus, 09.04.2009, [de.rian.ru/post\\_soviet\\_space/20090409/120995293.html](http://de.rian.ru/post_soviet_space/20090409/120995293.html).
- 13 José Miguel Alonso Trabanco: Who is behind Moldova's Twitter Revolution?, 11.04.2009, [www.globalresearch.ca/who-is-behind-moldova-s-twitter-revolution/](http://www.globalresearch.ca/who-is-behind-moldova-s-twitter-revolution/).
- 14 INSIGHT - MOLDOVA - part 1 - Internal fight & Russia's hand, STRATFOR-E-Mail vom 01.10.2010.
- 15 Ulrich Schmid: Spannung zwischen der Moldau und Rumänien, Neue Zürcher Zeitung, 21.12.2007.
- 16 Stefan Meister: Deutsche Ostpolitik – Ist eine Partnerschaft mit Polen möglich?, DGAPanalyse September 2011, S. 4.
- 17 Ein Testlauf für Eurasien, 05.09.2011, [www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58134](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58134).
- 18 Die Grenzen amerikanischer Einflussnahme, 26.04.2010, [www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57793](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57793).
- 19 Edinoros.ru: Pridnestrovie expresses thanks to the United Russia party for its support, 25.05.2010, [eng.obnovlenie.info/news.php?id=247](http://eng.obnovlenie.info/news.php?id=247).
- 20 [alpha] INSIGHT - Russian & German deal over Moldova, STRATFOR-E-Mail vom 16.06.2011.
- 21 Moskau setzt Transnistriens Republikchef unter Druck – „Kommersant“, 12.09.2011, [de.rian.ru/post\\_soviet\\_space/20110912/260552805.html](http://de.rian.ru/post_soviet_space/20110912/260552805.html).
- 22 Ebenda.
- 23 Antwort der Bundesregierung, Deutscher Bundestag Drucksache 17/8239.
- 24 Transnistrian Problem: A View from Ukraine, Strategic and Security Studies Group, Kiew 2009, S. 25.
- 25 Alyona Getmanchuk: The EU and Conflicts in the Eastern Partnership – A view from Ukraine, HBS 22.09.2010.
- 26 Ukraine supports the Russian position on Transnistria, Centre for Eastern Studies, 19.05.2010.
- 27 Vladimir Socor: Rogozin Institutionalizing Direct Relations with Transnistria, Eurasia Daily Monitor, Jg. 9, Nr. 79.
- 28 Witold Rodkiewicz: Russia's strategy towards Moldova: continuation or change?, OSW Commentary, 19.04.2012.
- 29 Vladimir Socor: Putin Suggests Transnistria Self-Determination, Rogozin Displays Transnistria Flag, Eurasia Daily Monitor, Jg. 9, Nr. 149.
- 30 Vladimir Socor: Russia Multiplies Conditions for Conflict-Resolution in Moldova, Eurasia Daily Monitor, Jg. 9, Nr. 145.
- 31 Vladimir Socor: 'Federalization' Is Back on Russia's Agenda for Moldova, Eurasia Daily Monitor, Jg. 9, Nr. 145.
- 32 Rodkiewicz: Russia's strategy towards Moldova: continuation or change?.
- 33 Vladimir Socor: Voice of Russia Campaigns for Removal of Romanian President Basescu, The Jamestown Foundation – Hot Issue, 20. August 2012.
- 34 [alpha] INSIGHT - Russian & German deal over Moldova, STRATFOR-E-Mail vom 16.06.2011.
- 35 Ebenda.
- 36 Streitkräfte und Strategien, NDR Info 28.07.2012.
- 37 Hanns-Seidel-Stiftung: Quartalsbericht Republik Moldau, 1/2012.

# Der Krieg gegen den Terror in Mombasa

von Christoph Marischka

Am 27.8.2012 wurde der islamische Geistliche Abud Rogo Mohammed auf einer Ausfallsstraße am Rande Mombasas von Unbekannten mit 14 Schüssen in die Brust getötet. Seine Frau, die mit ihm im Auto saß und ebenfalls verletzt wurde, verweigerte jede Hilfe durch die schnell eintreffenden Streifenbeamten und machte die Polizei selbst für den Mord verantwortlich. Diese hatte Abud Rogo Mohammed bereits mehrfach inhaftiert und wegen des Verdachts auf Terrorismus und Unterstützung der somalischen Al Shabab angeklagt, aufgrund ähnlicher Anschuldigungen hatten die USA bereits UN-Sanktionen gegen ihn erwirkt. Das Gerücht, dass die Polizei den bekannten und umstrittenen Geistlichen hingerichtet hätte, machte in Mombasa schnell die Runde, binnen weniger Stunden kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei: Erst flogen Steine, dann angeblich auch Brandsätze, zunächst richtete sich die Gewalt v.a. gegen die Polizei, dann auch gegen christliche Einrichtungen. Am zweiten Tag der Proteste sollen zudem mehrere Granaten explodiert sein, die mindestens drei Polizisten in den Tod rissen. Obwohl die Berichte über die Explosionen widersprüchlich sind, wird übereinstimmend gemeldet, dass sich die Lage seit dem beruhigt hätte. Vertreter\_innen des Parlaments und verschiedener Religionsgemeinschaften verurteilten den Einsatz von Granaten als „neue Kultur der Gewalt“ und auch viele Demonstranten scheinen eher geschockt von dieser Eskalation. Außerdem wurde die Präsenz der Sicherheitskräfte deutlich erhöht. In den Medien ist zwar lediglich von Polizisten die Rede, die Uniformierten, die in Berichten des kenianischen Senders ntv jedoch gezeigt werden, wie sie die Slums von Mombasa patrouillieren und Haus für Haus durchsuchen, gleichen eher schwer bewaffneten Soldaten.

Eine solche Eskalation gerade in Mombasa war bereits länger absehbar. Seit jeher leben viele Somalis in Kenia, somalische Nationalisten hegen sogar Ansprüche auf Teile des kenianischen Staatsgebietes. Im Zuge des langanhaltenden Bürgerkrieges und der Hungerkatastrophe im vergangenen Jahr flohen jedoch immer mehr Somalis nach Kenia und v.a. in die Küstengebiete, wo mit Geld aus den Golfstaaten viele, im Vergleich zu den vorherrschenden Lebensbedingungen relativ komfortable, aber auch streng überwachte Siedlungen und zahlreiche Moscheen aufgebaut wurden. Zwischen diesen wuchsen auch sehr ärmliche Siedlungen, die überwiegend von somalischen Flüchtlingen bewohnt wurden.

Für sich genommen handelt es sich dabei zwar um ein soziales Problem, das aber nicht automatisch die Gefahr religiöser Konflikte beinhaltet. Tatsächlich war das Zusammenleben zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen angesichts der angespannten sozialen Lage gerade in Mombasa lange relativ harmonisch. Nach der Invasion Äthiopiens in Somalia 2006 und der anschließenden Einsetzungen einer international anerkannten, in Somalia selbst aber als völlig illegitim eingeschätzten (Äthiopien nahestehenden) Übergangsregierung 2008 wollte auch Kenia seine Rolle in Somalia stärken. Mit finanzieller Unterstützung der EU und der USA wurden Soldaten (und „Polizisten“) der somalischen Übergangsregierung ebenso in Kenia ausgebildet, wie ugandische und burundische Soldaten,

die diese im Rahmen der AMISOM (finanziert u.a. von der EU) in Mogadischu unterstützen sollten. Zudem bot sich Kenia als enger Partner der EU-Mission zur Pirateriebekämpfung vor Somalia, ATALANTA, an. Nahezu durchgängig liegen und lagen Marineboote der teilnehmenden EU-

Staaten in Mombasa vor Anker. Häufig übergaben sie dort gefangene mutmaßliche Piraten der kenianischen Polizei, die sie vorbei am beliebten „Pirate Bay“-Strand in das nahe Mombasa gelegene Gefängnis Shimo la Tewa brachten.

Die kenianische Regierung begründete dieses Engagement u.a. mit der Bedrohung Kenias durch die Al Shabab in Somalia. Unter dieser Gruppe wurden alle die Übergangsregierung und ihre internationalen Unterstützer bekämpfenden Gruppen subsummiert und sie wurden von USA und EU pauschal als „terroristisch“ und Al Kaida nahestehend eingestuft, obwohl sie lange nur innerhalb Somalias aktiv war. Die kenianische Regierung jedoch schloss sich dieser Einschätzung an und insbesondere kenianische Medien kolportierten Gerüchte über eine angebliche Unterwanderung der somalischen Diaspora durch Al Shabab bzw. Al Kaida, zwischen denen im öffentlichen Diskurs kaum noch ein Unterschied gemacht wurde. Es muss dabei hervorgehoben werden, dass es neben einzelnen Politikern vor allem die Medien waren, die so gegen eine wachsende und immer sichtbarere muslimische Minderheit Ängste vor Terrorismus schürte. Auf diese wiederum reagierte die Politik zunehmend mit repressiven Maßnahmen. Hatten Menschenrechtsorganisationen zuvor v.a. auf die fehlende Versorgung der Flüchtlinge und einen mangelnden Menschenrechtsschutz im Umgang mit diesen hingewiesen, häuften sich im Jahr 2010 die Berichte von überfallartigen Razzien auf somalische Viertel und Massenverhaftungen in Nairobi und Mombasa. Zugleich berichtete Human Rights Watch in einem Bericht über die Flüchtlingslager im Grenzgebiet zu Somalia, wie die Schließung der Grenze bei anhaltenden Fluchtbewegungen dieses quasi in ein Kriegsgebiet verwandelt hätte. 2011 verschärfte sich die Situation im Zuge der Hungerkatastrophe weiter nicht nur dadurch, dass noch mehr Flüchtlinge ankamen, sondern v.a. auch dadurch, dass Kenia und Äthiopien diese nutzten, um Teile Somalias zu besetzen. Die kenianische Armee erhielt dabei zumindest durch französische Kriegsschiffe Unterstützung, die sich im Rahmen des ATALANTA-Einsatzes vor Ort befanden. Zugleich gewann die AMISOM in Mogadischu und der unmittelbaren Umgebung an Boden und intensivierten die USA die „gezielten Tötungen“ (ein Begriff, der während der Proteste gegen den Mord an Abud Rogo Mohammed häufig aufgegriffen wurde) gegen mutmaßliche Islamisten und Führer der Al Shabab in Somalia. Seitdem ist tatsächlich eine Internationalisierung der Strategie der Al Shabab bzw. der bewaffneten Opposition in Somalia erkennbar. Faktisch hat sie in mehreren kenianischen Flüchtlingslagern die Kontrolle übernommen und bereits mehrfach (mutmaßlich) kleinere Anschläge in kenianischen Städten durchgeführt. Der Einsatz von Granaten angesichts der jüngsten Proteste in Mombasa könnte durchaus ein Versuch gewesen sein, diese zu radikalieren und zu eskalieren. Dass dieser zunächst fehlgeschlagen ist, straft die Hysterie einer angeblichen Unterwanderung muslimischer Bevölkerungsgruppen durch Terroristen Lügen.

# Weltfriedensrat in Nepal

## Reise in ein Land in der konstitutionellen Krise

von Tobias Pflüger

Vom 20. bis 23. Juli 2012 fand in Kathmandu die vierjährige Tagung des Weltfriedensrates statt, dem Friedensorganisationen aus aller Welt angehören. In Nepals Hauptstadt kamen Vertreter aus 40 Ländern zusammen, um sich über Fragen des Friedens auszutauschen. Der Autor nahm als Vertreter der Informationsstelle Militarisation und als Linken-Vorstandsmitglied zusammen mit der Vorsitzenden des Deutschen Friedensrates Bärbel Schindler-Saefkow daran teil. Vorliegender Bericht gibt dabei nicht nur einen Eindruck von der Konferenz selbst, sondern auch von einem Land wieder, das sich seit Jahren in einer tiefen konstitutionellen Krise befindet.

### Weltfriedensrat

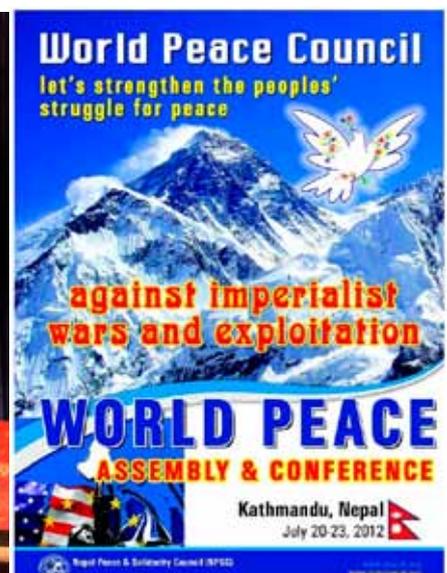
Die Konferenz selbst teilte sich in eine Generalversammlung und eine Weltfriedenskonferenz, die einzelne Aspekte und Länder dezidiert behandelte. Die Berichte von Präsidium und den Koordinatoren aus fünf Weltregionen sowie die einzelnen Beiträge der Mitglieder gaben im offiziellen Teil einen Eindruck von den Herausforderungen, denen sich die Friedensorganisationen in den einzelnen Ländern gegenüber sahen. So interessant die Berichte im Einzelnen auch waren, so sehr fehlte dann doch die Zeit für Nachfragen und Diskussionen, die damit zwangsläufig in direkteren Gesprächen geklärt werden mussten und konnten. Lediglich bei einem einzigen Thema, dem Konflikt in Syrien, traten die Differenzen in den Positionen und Einschätzungen auch im Plenum offen zutage. Die Vertreter des Syrischen Friedensrates formulierten eine Position nah an der der syrischen Regierung, nach der es fast ausschließlich ausländische Akteure waren, die den benannten Reformprozess durch Gewalt verlangsamt und schließlich zum Stehen gebracht hätten. Nun sei es, ihrer Auffassung nach, Aufgabe der Armee, für Ruhe zu sorgen und den Reformprozess zu mehr Demokratie wieder aufzunehmen. Auf der Versammlung wurde diese Position nicht

von allen geteilt, aber die Ergänzung von Bärbel Schindler-Saefkow zum Resolutionsentwurf, die neben der expliziten Kritik an den westlichen Einmischungen und der militärischen und nichtmilitärischen Destabilisierungen Syriens von außen versuchte, auch eine klare direkte Kritik an der Regierung Assads und deren Vor-

gehen gegen die eigene Bevölkerung zu formulieren, fand zwar Unterstützung, wurde jedoch nicht abgestimmt. Die von der Versammlung verabschiedete Resolution zeigt vielmehr auf, dass ein Formelkompromiss gesucht und gefunden wurde.<sup>1</sup> Dies meinte auch Jonas Jäggi von der schweizerischen Friedensbewegung, der in seinem Bericht von einer „ritualisierten“ Versammlung sprach, in der es darum ging, „sich gegenseitig in seinen Positionen zu bestärken“.<sup>2</sup> Es bleibt zu hoffen, dass der Weltfriedensrat auf lange Sicht hin in der Lage ist, den unterschiedlichen Ansichten und Positionen seiner Mitgliedsorganisationen Raum zu geben. Kritik und Diskussion gab es abseits der Versammlung in großer Menge – mehr als das Plenum trugen die Gespräche am Rande zu einer guten Vernetzung der Friedensakteure bei.

### Weltfriedenskonferenz

Parallel zur Versammlung des Friedensrates wurde eine Weltfriedenskonferenz abgehalten, auf der viele einzelne Themen genauer zur Sprache kamen. Unter anderem das aktuelle und mit dem Versammlungsort Kathmandu bereits sich aufdrängende Thema des nepalesischen Friedensprozesses. Bereits in den Eröffnungsreden zur Versammlung wie auch zum Kongress wurde auf die Konflikthaftigkeit der fortdauernden Verfassungsgebung verwiesen. Der ehemalige Vize-Premier und Außenminister und jetzige Leiter der internationalen Abteilung der *Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist)* Khadga Prasad Sharma Oli sprach bei der Eröffnungszeremonie und verband dies gleich mit einem Angriff auf die regierende Maoistische Partei (*United Communist Party of Nepal (Maoist)*). Prof. Krishna C. Sharma von der Tribhuvan University zeichnete in seinem Vortrag auf der Konferenz die Geschichte Nepals detailliert nach. Er stellte insbesondere den erfolgreichen Kampf gegen die Monarchie heraus. So herrschte von 1996 bis 2006 in Nepal ein Bürgerkrieg (siehe Zeitleiste). Im Wesentlichen kämpfte die maoistisch geprägte kommunisti-



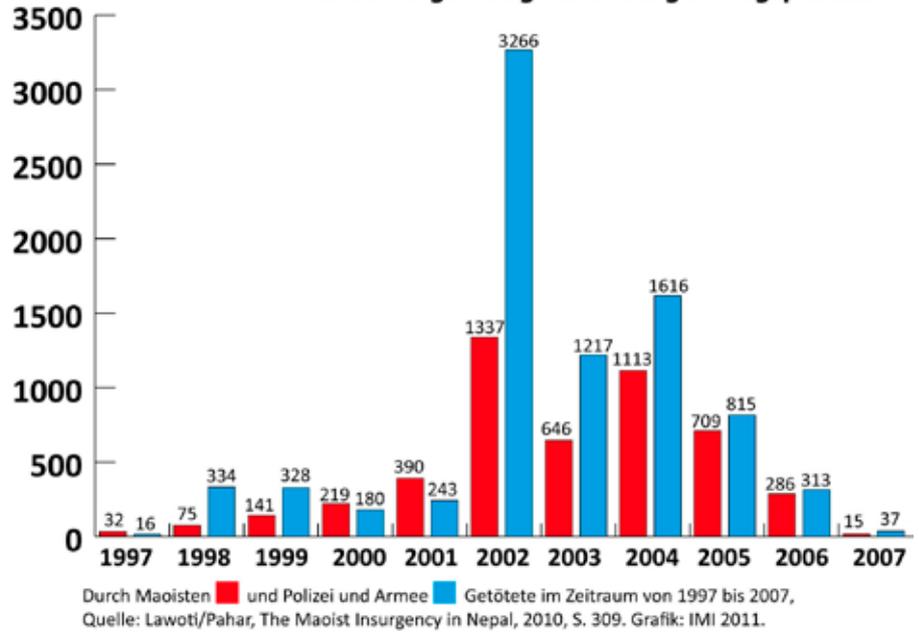
Podium bei der Eröffnung der Konferenz, Foto: Pflüger 2012, Plakat der Veranstalter.

sche Partei, die heute den Regierungschef stellt, gegen das monarchistische und das durch den Hinduismus geprägte Kastensystem in Nepal. Der Bürgerkrieg verschärfte sich 2001 erheblich, nachdem im Sommer der König bei einem Feuergefecht im Palast erschossen worden war und als nach gescheiterten Friedensverhandlungen die Armee in den Kampf gegen die Maoisten einbezogen wurde. Prof. Krishna C. Sharma sprach davon, dass der Großteil der Toten im Land auf das Konto von Armee und Polizei, nicht der Maoisten ging (siehe Grafik).

König Gyanendra ließ auch mit Unterstützung von außen gegen die Maoisten kämpfen. Häufiger Vorwand war der „Gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus“, für den es z.B. auch von den USA politische (Besuch von Colin Powell 2004) und militärische Unterstützung (u.a. durch umfangreiche Waffenlieferungen) gab. Die Regierung beherrschte aber de facto das Land nicht mehr, zeitweise kontrollierten die Maoisten drei Viertel Landes. 2002 wurde das Parlament aufgelöst, der Premierminister wurde vom König entlassen, eine Übergangsregierung ernannt. 2005 setzte der König den neuen Premierminister ab und stellte ihn unter Hausarrest. Nun endlich kritisierten auch die westlichen Mächte das Agieren des Königs. 2006 kam es zu einem wirksamen Generalstreik. König Gyanendra setzte daraufhin das frühere Parlament wieder ein. Das dann beschloss, den König zu entmachten (kein Militäroberbefehl mehr und nur noch repräsentative Aufgaben). Ende 2006 kam ein Friedensabkommen zwischen dem Premierminister und den Maoisten zustande und so wurde die Grundlage für die Umgestaltung Nepals in eine föderale Demokratie gelegt. Im Jahr 2007 trat dann eine vorläufige Übergangsverfassung in Kraft, ein Übergangsparlament übernahm die Legislativgewalt. Dadurch, dass der Regierungschef zugleich das Staatsoberhaupt war, waren der König endgültig entmachtet und die Monarchie abgeschafft. Nach langem Hin und Her fanden am 10. April 2008 endlich Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung statt. Die nepalesische Kongresspartei und die CPN (UML) versprachen sich gute Ergebnisse. Doch die Maoisten siegten eindeutig. 120 Direktmandate und 100 Listenmandate machten sie zur mit Abstand stärksten Partei in der verfassungsgebenden Versammlung Nepals. Hinter den Maoisten folgten die Kongresspartei Nepals, die als sozialdemokratisch einzustufen ist, und die Kommunistische Partei Marxisten-Leninisten (CPN (UML)). (siehe Grafik). Von den 53 angetretenen Parteien sind 25 in der Versammlung vertreten. Von den 601 Sitzen entfallen 434 auf die drei größten Parteien.

Krishna C. Sharma vertrat die Auffassung, dass die Maoisten bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung deshalb so stark gewesen wären, weil sie den kleinen ethnischen Gruppen jeweils Eigenständigkeit versprochen hätten. Krishna C. Sharma sprach nicht über die weitere aktuelle Entwicklung nach dem Ende der Monarchie.

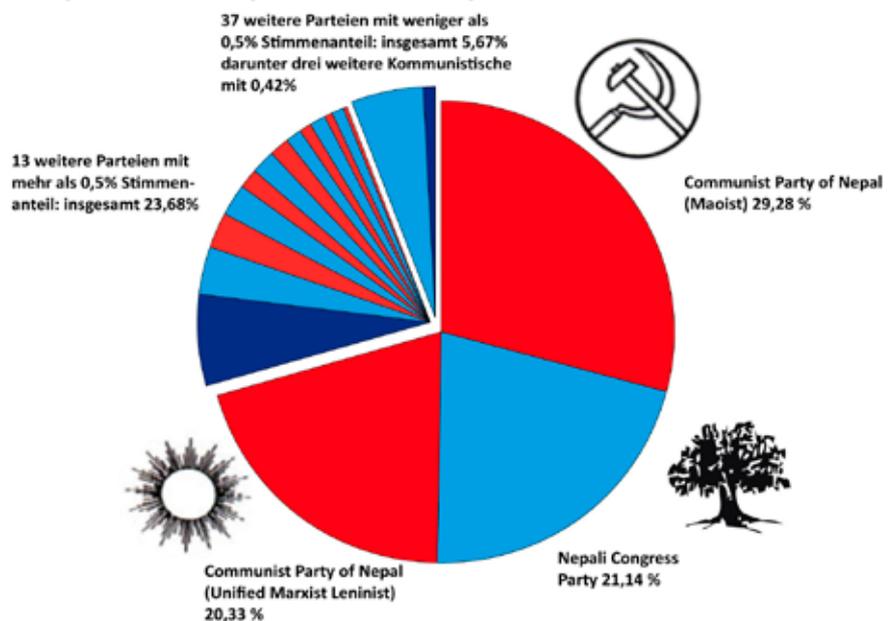
### Tote im Bürgerkrieg - nach Bürgerkriegsparteien



Deshalb hier nur kurz die Daten: Am 19.07.2008 wurde Ram Baran Yadav von der Kongresspartei zum Präsidenten Nepals gewählt. Am 18.8.2008 trat der Chef der Maoisten Pushpa Kamal Dahal (UCPN (M)) sein Amt als Premierminister an, von dem er am 25.5.2009 zurücktrat, mit der Begründung, dass der Präsident die von ihm verfügte Entlassung des Generalstabchefs rückgängig machte. Ihm folgte vom 25.5.2009 bis 6.2.2011 Madhav Kumar Nepal (CPN (UML)), diesem dann vom 6.2.2011 bis 29.8.2011 Jhalanath Khanal (CPN (UML)) und danach mit Mehrheit gewählt in der verfassungsgebenden Versammlung seit 29.8.2011 Baburam Bhattarai (UCPN (M)).

Sharma sieht das Hauptproblem des heutigen Nepals in der zukünftigen föderalen Aufteilung. Hierbei wollen die einzelnen Parteien, auch aufgrund von Wahlinteressen, sehr Unterschiedliches. Das ‚Committee on State Restructuring and Distribution of State Power‘ der verfassungsgebenden Versammlung legte bereits 2010 einen Teilungsplan mit 14 „identitätsbasierten föderalen Teilstaaten“<sup>43</sup> vor, der weitgehend unbeachtet geblieben ist. Die

### Wahlergebnis zur Verfassungsgebenden Versammlung 2008



Quelle: Nationale Wahlkommission Nepals www. election.gov.np, Grafik: IMI 2011

## Zeitleiste des maoistischen Aufstandes

- 1995 März: 3. Plenum der *Communist Party of Nepal (Unity Center)* beschließt den bewaffneten Kampf aufzunehmen und benennt sich in *Communist Party of Nepal (Maoist)*: Peoples' War wird ausgerufen.
- 1995 Nov.: *Operation Romeo* der Regierung, um die kom. Aktivitäten zu unterbinden, eskaliert und es kommt zu Vergewaltigungen und willkürlichen Verhaftungen.
- 1996 Feb.: Sieben Kommandounternehmen der Maoisten in sechs Distrikten.
- 1997 Jan.: Maoisten attackieren Polizeistation in der Nachbarprovinz von Kathmandu.
- 1997 März: Die Regierung von PM Deuba vom *Nepali Congress* kollabiert.
- 1998 März: Die *Communist Party of Nepal (United Marxist Leninists)* spaltet sich über der Frage eines Vertrages mit der Regierung, die Abspaltung benennt sich *Communist Party of Nepal (Marxist Leninists)*.
- 1998 Mai: *Operation Kilo Sierra II* der Polizei in den Gebieten der Maoisten.
- 1998 Sept.: Mitglieder des *CNP(M)*-Politbüros werden von der Polizei erschossen.
- 1998 Nov.: Die Maoisten starten eine Kampagne zur Bildung von Basisgebieten.
- 1999 Jan.: Maoisten attackieren einen Polizeiposten vor den Toren von Kathmandu.
- 1999 Apr.: Bombenanschläge auf die Wahlkommission und eine staatliche Tageszeitung direkt in Kathmandu.
- 2000 März: Neuer PM G.P. Koirala.
- 2000 Juni-Sept.: Anschläge von Maoisten auf Regierungsinstitutionen in den Provinzen.
- 2001 Jan.: Die Regierung bildet eine neue paramilitärische Polizeitruppe um, gegen die Maoisten vorzugehen.
- 2001 März/Apr.: Koirala bietet den Maoisten Gespräche und Amnesty an.
- 2001 Juni: Massaker im Königspalast in dem der Kronprinz den König und weitere Familienangehörige tötet.
- 2001 Juli: Maoisten attackieren Polizeiposten in der Provinz und nehmen 71 Polizisten gefangen - Koirala scheidet mit seinem Versuch, die Armee für eine Befreiung zu mobilisieren und legt sein Amt nieder. Neuer PM wird S.B. Deuba und bietet den Maoisten Gespräche an.
- 2001 Juli-Nov.: Waffenstillstand und Friedensgespräche
- 2001 Nov.: Maoisten erklären die Gespräche für gescheitert. Sie überfallen einzelne Armeestützpunkte und erbeuten größere Mengen Waffen. Der Staat erklärt den Notstand und mobilisiert die Armee.
- 2002 Feb.: Einer Aktion der Maoisten fallen 48 Soldaten und 49 Polizisten zum Opfer.
- 2002 Mai: Die Armee tötet bei Aktionen gegen die Maoisten 82 Menschen.
- 2002 Mai: Die USA, Indien und Großbritannien sagen Hilfe bei der Bekämpfung der Maoisten zu.
- 2002 Mai/Juli: PM Deuba löst das Parlament auf. Die Machtfülle des PM wird erweitert und lokale Wahlgremien werden durch zentral bestimmte Beamte ersetzt.
- 2002 Okt.: Deuba verschiebt die Wahlen um ein Jahr und wird daraufhin vom König entlassen. Neuer PM wird L.B. Chand.
- 2002 Dez.: Die Maoisten veröffentlichen ihre Bereitschaft zu Friedensgesprächen, bestehen aber auf dem Hauptpunkt einer Verfassungsgebenden Versammlung.
- 2003 Feb./Apr.: Waffenstillstand und erneute Friedensverhandlungen.
- 2003 Apr.: Die USA setzen die Maoisten auf ihre Liste der Terroristischen Organisationen.
- 2003 Aug.: Die Regierung geht in den Verhandlungen auf viele Forderungen der Maoisten ein, verweigert aber eine Verfassungsgebende Versammlung. Ende des Waffenstillstandes.
- 2003 Nov.: USA sagen 20.000 Gewehre und die Modernisierung der Armee zu, um „politische Stabilität und Demokratie“ zu fördern.
- 2003 Dez.: Die Armee rühmt sich, über 1000 Maoisten seit dem Ende des Waffenstillstandes getötet zu haben.
- 2004 Juni: S.B. Deuba wird erneut PM.
- 2005 Feb.: Der König erlässt die Regierung und ruft den Notstand aus. Wichtige Partei- und Gewerkschaftsführer werden unter Hausarrest gestellt und die Pressefreiheit wird eingeschränkt.
- 2005 Feb.: Indien und Großbritannien ziehen sich aus der Unterstützung des nepalesischen Militärs zurück.
- 2005 Apr./Mai: Der König hebt den Notstand wieder auf. Eine Sieben-Parteien-Koalition (SPK) wird gebildet. US-Regierung macht weitere Militärhilfe von der Freilassung pol. Gefangener und der Wiederherstellung dem. Institutionen abhängig.
- 2005 Juni: Die SPK ruft die Maoisten auf, sich der Koalition gegen die Monarchie anzuschließen.
- 2005 Nov.: Unter Vermittlung der indischen Regierung unterzeichnen die *CNP(M)* und die SPK einen Vertrag, der eine Verfassungsgebenden Versammlung vorsieht.
- 2006 Apr.: Proteste im ganzen Land gegen die Monarchie. Der König gibt seine Macht an PM Koirala ab, der als erste Amtshandlung Verhandlungen über den Termin einer Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung ansetzt.
- 2006 Juni: Friedensschluss zwischen der Regierung und den Maoisten. Die Vereinbarung sieht die Involvierung der UN zur Überwachung des Friedensprozesses vor.
- 2006 Nov.: Offizieller Friedensvertrag und damit Ende des Bürgerkrieges.
- 2007 Jan.: Eine Übergangsverfassung wird abgestimmt und ein Übergangsparlament gebildet. Die Maoisten lösen ihre lokalen Regierungen und Gerichtshöfe auf. Die Vereinten Nationen setzen eine Mission ein.
- 2008 Apr.: Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Die US-Regierung belässt die Einstufung der Maoisten (*CPN(M)*) als Terroristische Vereinigung. Die *CPN(M)* gewinnt die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung. Nepal wird Republik.
- 2009 Feb.: Die *CPN(M)* fusioniert mit der *Communist Party Nepal (Ekata Kendra Masal)* und wird zur *UCPN(M)*.

von Baburam Bhattarai angeführte Regierung nahm sich nun des Themas an und bildete mit Unterstützung der vier großen Parteien (UCPN (M), NC, CPN (UML) und das Parteienbündnis der UDMF) eine „*State Restructuring Commission*“ (SRC), eine neunköpfige Expertengruppe, deren Aufgabe es war, den vorliegenden Vorschlag zu überarbeiten. Ende Januar 2012 wurde aber nicht ein, sondern zwei neue Vorschläge vorgebracht, die einmal mehr die unterschiedlichen Zielrichtungen der Parteien dokumentieren.<sup>4</sup> Prof. Sharma sprach von „doppelten Identitäten“, die die Menschen in Nepal hätten: einerseits die nepalesische Identität, andererseits das Zugehörigkeitsgefühl zur jeweiligen ethnischen Gruppe. Nichtsdestotrotz zeigte sich Sharma optimistisch über die weitere Entwicklung, weil seiner Ansicht nach fast alle das parlamentarische System unterstützten, außer vielleicht der sich gerade von den Maoisten abgespaltenen Fraktion. Die CPN (M)<sup>5</sup> ist inzwischen eine eigenständige Partei, die allerdings - so meine Einschätzung - ebenfalls bei den Wahlen mitmischen will. Doch nicht nur die UCPN (M) hat mit einer Abspaltung zu tun. Auch wichtige CPN (UML)-Mitglieder gründeten eine neue ethnische Partei für die „niedrigen Kasten“, die so genannte Janjalits-Partei.

Im anschließenden Gespräch hat Prof. Krishna C. Sharma auf Nachfrage betont, dass das Problem der Eingliederung der ehemaligen maoistischen Kämpfer in die Armee und zurück ins Zivilleben, das in der Literatur häufig als ein zentrales Problem genannt wird, zwar bestünde, allerdings eines der (wenigen) Probleme sei, das die Regierung unter Führung der Maoisten zunehmend erfolgreich angehen würde.

In Gesprächen unter anderem mit dem *Nepal Peace and Solidarity Council*, der gastgebenden Institution des Weltfriedensrates, wurde indirekt auf dieses Problem verwiesen, indem man den Umstand *vagabundierender Waffen* betonte. Hierbei handelt es sich um Waffen, die während des Bürgerkrieges benutzt wurden oder aus den Magazinen verschwunden sind und seither den Besitzer gewechselt haben. Nach dem Ende des Bürgerkriegs behielten zudem viele ehemalige Soldaten und Polizisten einerseits sowie Guerillakämpfer andererseits ihre (älteren) Waffen. Nicht selten werden deshalb bei Auseinandersetzungen Waffen eingesetzt. Verschiedene auch von den Vereinten Nationen und anderen Organisationen geförderte Programme zur Abgabe von Waffen waren nur partiell erfolgreich. Milan Raj Dharel,



Links: Symbol der maoistischen Partei auf einer Häuserwand Bhaaktapur 2010, Foto: Seifert; Rechts: Hauptquartier der UCPN (M), Foto: Pflüger.

Vertreter des NPSC, beschrieb deshalb das Land als hochmilitarisiert.

### Verfassungskrise – Krise der Parteien

Die große Parteienlandschaft mit über fünfzig zu den Wahlen antretenden Parteien zeigt ein politisch weitgehend zersplittertes Land. In Gesprächen mit Parteivertretern der CPN (UML) (u.a. mit dem Sekretär der Internationalen Abteilung Ghanashyam Bhusal) wurde dieses Bild noch weiter ausdifferenziert, indem man darauf verwies, dass die großen Parteien interne Fraktionen gebildet hätten, die sich z.T. mehr nach Indien, oder mehr nach China orientierten. Dies sei einerseits darin begründet, wo die jeweilige Ausbildung absolviert wurde, andererseits habe es auch geopolitische Ursachen. Ghanashyam Bhusal verwies auch auf die tiefgreifenden sozialen Probleme in Nepal. So wandern immer mehr junge, gut ausgebildete Menschen aus, weil sie keine Arbeit in Nepal finden. Die weniger gut ausgebildeten jungen Menschen würden ebenfalls das Land verlassen, da auf der arabischen Halbinsel gute Verdienstmöglichkeiten lockten. Die nepalesische Regierung hat – auch aufgrund von heftigen Vorfällen von Ausbeutung und Übergriffen – inzwischen eine Altersgrenze für die Arbeitsmigrant/inn/en in alle arabischen Länder gesetzlich festgeschrieben. Die soziale Spaltung in Nepal nimmt derzeit wohl auch eher weiter zu als ab.

Interessante Einblicke vermittelte auch der Besuch bei Radio Sagarmatha, das Kontakte zu 215 Radiostationen in ganz Nepal unterhält und viele davon direkt unterstützt. Die beiden Journalisten Rajesh Ghimire und Raghu Mainali lieferten eine spannende Analyse der derzeitigen Situation Nepals. Sie sprachen das Föderalismus-Problem sehr deutlich an und vertraten die Auffassung, dass die UCPN (M) mit ihrer ethnisierenden Politik zwar bei den vielen kleinen ethnischen Gruppen Stimmen gewinnen könnten, dass sie aber geostrategisch den USA in die Hände spielten, die via Tibet eine ethnische Zergliederung und damit Einflussnahme auf Nepals Politik erreichen wollten. China wäre strikt gegen diese Form der Ethnisierung, auch wiederum wegen Tibet.

Die Vereinten Nationen hätten während des ersten Prozesses der Verfassungsdebatte ebenfalls eine Kleingliederung nach ethnischen Kriterien gefördert. Die großen Parteien seien zersplittert in „China“- , „Indien“- und andere Fraktionen. Die Folgen der hinduistischen Kastenpolitik könnten durch eine solche Ethnisierung nicht überwunden werden. Ihre Analyse war, dass es eigentlich keine wirklich „linke“ Parteipolitik mehr gäbe.

Nach diesen und weiteren Gesprächen zeichnete sich ab, dass offensichtlich der derzeit tatsächlich zentrale Konflikt in der nepalesischen Politik in der Föderalismusdebatte liegt. In wie viele Bundesstaaten soll Nepal gegliedert werden, und wie werden sie definiert? Ethnisch, geografisch, politisch oder nach gewachsenen Verwaltungsstrukturen? Leider scheinen die Interessen in den Parteien sich eher auf Wahlchancen als auf Lösungen dieser Probleme zu orientieren. Nachdem nun die großen Parteien übereingekommen sind, erneute Wahlen zu einer weiteren verfassungsgebenden Versammlung abzuhalten, wird das Land demnächst noch mehr politisch gelähmt werden, durch Wahlkampf und Profilierung der Parteien gegeneinander. Die Ethnisierungsdebatte ist wohl denkbar ungeeignet, um das Land zusammenzubringen und zusammenzuhalten.

### Anmerkungen:

- 1 Die Beschlüsse finden sich im Wortlaut auf der Webseite des Weltfriedensrates: [www.wpc-in.org](http://www.wpc-in.org)
- 2 Jonas Jäggi, „Viele Rituale und nur wenig Resultate“, in: Unsere Welt, 3/ 2012, S.4.
- 3 Siehe zum Begriff und den Teilungsplänen genauer den Vortrag von Karl-Heinz Krämer zum Nepaltag der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft e.V., Bonn, 19. Mai 2012, [www.nepalresearch.com/nepal\\_observer/nepal\\_observer\\_2012\\_0519.pdf](http://www.nepalresearch.com/nepal_observer/nepal_observer_2012_0519.pdf)
- 4 Ebenda.
- 5 CPN (M) steht für Communist Party Nepal (Maoist). Bei dieser Abspaltung von der UCPN (M) ist interessant, dass ihr Vorsitzender Mohan Baidya sehr bald nach der Abspaltung nach China eingeladen wurde. Die CPN (M) verhandelt mit allen anderen Parteien. So gab es Treffen mit der sozialdemokratischen Kongresspartei und der ehemaligen Mutterpartei UCPN (M).

# Anwalt der Reichen und Militaristen

## Mitt Romney und die Rückkehr der Neokonservativen

von Jürgen Wagner

In den USA kursiert gerade der Witz, der kürzeste Abstand zwischen zwei Fettnäpfchen betrage ein Romney. Dennoch sind die Umfragen, wer aus den anstehenden US-Wahlen im November als Sieger hervorgehen wird, weiterhin extrem knapp. Zwar ist die Außen- und Kriegspolitik von US-Präsident Barack Obamas sicherlich alles andere als friedensnobelpreiswürdig, betrachtet man demgegenüber allerdings die Positionen seines Herausforderers Mitt Romney kann einem vollends angst und bange werden. Dies ist allerdings kein Wunder, hat er sich doch mit einem Beraterstab umgeben, in dem sich die Hardliner die Klinke in die Hand geben, weshalb auch sein außenpolitisches Strategiedokument „An American Century“ an Aggressivität kaum zu überbieten ist.

### Rückkehr der Neokonservativen

Wie man sich bettet, so liegt man: Dieses altbekannte Sprichwort trifft mit Blick auf den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney den Nagel auf den Kopf. Denn ein von der republikanischen Präsidentschaftskampagne im Jahr 2008 erstelltes Dossier spricht die Defizite des heutigen Anwärters unverblümt an: „Romneys Erfahrungen in der Außenpolitik sind extrem begrenzt, was zu Glaubwürdigkeitsproblemen führt.“<sup>1</sup> Wen sich Romney als Berater zur „Orientierung“ an seine Seite geholt hat, ist bei ihm also vor diesem Hintergrund noch einmal von ganz besonderer Bedeutung. Geht man dabei die Liste der Namen durch, fällt auf, dass er dabei nahezu ausschließlich auf Neokonservative zurückgegriffen hat, die dem äußersten Rechtsaußen-Flügel der Republikaner zuzurechnen sind: „Aus naheliegenden Gründen hütet sich Romney davor, Bush während der Kampagne zu erwähnen, aber beide klingen aktuell wie ideologische Seelenverwandte. Hört man Romney zu, würde man nicht glauben, dass Bush das Amt verließ, verstrickt in zwei unpopuläre Kriege, die Amerika große Mengen Blut und Geld gekostet haben. Von Romneys 40 außenpolitischen Beratern arbeiteten mehr als 70 Prozent für Bush.“<sup>2</sup>

Die neokonservative Agenda, die der US-Kriegspolitik nach den Anschlägen des 11. September 2001 einen ideologisch-moralischen Unterbau verschaffte und sie anleitete, verfolgt vor allem ein Ziel: Den Erhalt und Ausbau der – immer brüchiger werdenden – US-Vorherrschaft in der Welt. Hierfür ist jedes Mittel recht, zuallererst ein riesiger Militärapparat, der mit den entsprechenden Mitteln versorgt werden muss (was auch die engen Freunde aus der Rüstungslobby freut). Tatsächlichen oder imaginierten Feinden wird gedroht, statt mit ihnen zu verhandeln und internationales Recht und Verträge werden lediglich als hinderliche Instrumente für eine uneingeschränkte Machtausübung betrachtet.<sup>3</sup> Als einflussreichstes Sammelbecken der „Bewegung“ diente lange das 1997 gegründete „Project for the New American Century“ (PNAC), in dem sich das Who is Who der außenpolitischen Hardliner zusammenfand. Das PNAC veröffentlichte im Jahr 2000 den Bericht „Rebuilding America's Defenses“, in dem die „Aufrechterhaltung der Pax Americana“ als das vorrangige „strategische Ziel“ der Vereinigten Staaten ausgegeben wurde:

„Derzeit sieht sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die Grand Strategy der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten.“<sup>4</sup> Generell war das Dokument ein militaristischer Rundumschlag allererster Güte: „Die Aufgabe des Militärs ist es, [...]

die Zonen des ‚demokratischen Friedens‘ auszudehnen; den Aufstieg neuer Großmacht Konkurrenten zu vereiteln; Schlüsselregionen in Europa, Ostasien und im Mittleren Osten zu verteidigen; und die amerikanische Vorherrschaft durch die aufgrund neuer Technologien ermöglichte Transformation der Kriegsführung zu bewahren.“<sup>5</sup>

Die Bedeutung dieses Dokumentes speist sich aus drei Quellen: Einmal den vielen hochrangigen späteren Kabinettsmitgliedern, die an seiner Abfassung beteiligt waren<sup>6</sup>; zweitens aus der Tatsache, dass es augenscheinlich als Blaupause für den kurze Zeit später begonnenen „Krieg gegen den Terror“ der Bush-Administration fungierte<sup>7</sup>; und drittens, weil zahlreiche der damals an seiner Abfassung beteiligten Hardliner nun im Beraterstab Mitt Romneys nun einen erneuten Versuch zu unternehmen scheinen, die Welt in Chaos und Krieg zu stürzen.

### Hardliner-Panoptikum

Einer der prominentesten Romney-Berater ist John Bolton, der bereits 1998 einen PNAC-Brief mitunterzeichnete, in dem der damalige US-Präsident Bill Clinton zum Angriff auf den Irak aufgefordert wurde.<sup>8</sup> In der Bush-Administration machte er sich zunächst als Staatssekretär im US-Außenministerium und dann als US-Botschafter bei den Vereinten Nationen einen Namen als Ultra-Hardliner. So erweiterte er die ursprüngliche „Achse des Bösen“, die von George W. Bush im Januar 2002 auf Nordkorea, den Irak und Iran „begrenzt“ wurde, im Mai desselben Jahres in einer Grundsatzrede um Libyen, Syrien und Kuba und drohte diesen Ländern ebenfalls mit militärischen Angriffen.<sup>9</sup> Besonders zynisch ist, dass dieser Mann, der aus seiner Verachtung gegenüber jeglicher Form internationaler Kooperation, völkerrechtlichen Verträgen oder ähnlichem nie einen Hehl gemacht hat, bereits als einer der aussichtsreichsten Kandidaten für einen hohen Posten im Kabinett von Romney gehandelt wird.<sup>10</sup>

Ebenfalls zum Beraterstab zählen PNAC-Gründungsmitglied Paula Dobriansky und Robert Joseph, der sich dadurch „auszeichnete“, die – frei erfundene – Behauptung in George W. Bushs Rede an die Nation im Jahr 2003 eingefügt zu haben, der Irak habe versucht, im Niger angereichertes Uran anzukaufen. Diese Lüge, die eine der Begründungen für den Angriffskrieg gegen den Irak abgab, wurde von Joseph C. Wilson, der zur Überprüfung der Vorwürfe in den Niger gereist war, in einem Artikel der „New York Times“ im Juli 2003 aufgedeckt.<sup>11</sup> Die Reaktion folgte auf dem Fuße: Eric Edelman, ebenfalls Romney-Berater und an der Abfassung des „Pax-Americana-Dokuments“ beteiligt, schlug Lewis „Scooter“ Libby, seinerzeit Stabschef von Vizepräsident Dick Cheney, vor, die Identität von Wilsons Ehefrau Valerie Plame als CIA-Agentin der Presse zuzuspielen.<sup>12</sup> Da es sich hierbei um einen Straftatbestand handelte, musste Libby infolge der daraufhin einsetzenden „Plame-Affaire“ seinen Hut nehmen und wurde 2007 schließlich zu 30 Monaten Haft verurteilt. Allerdings wurde er kurz darauf von George W. Bush begnadigt.<sup>13</sup>

Ein weiteres PNAC-Gründungsmitglied und Mitverfasser der „Pax-Americana-Strategie“, Eliot Cohen, fand nicht nur den Weg

in den Beraterstab Romneys, sondern ihm kam auch die „Ehre“ zuteil, das Vorwort für das außenpolitische Strategiedokument der Präsidentschaftskampagne verfassen zu dürfen. Der wohl keineswegs zufällig in Anlehnung an das „Project for the New American Century“ gewählte Name: „An American Century“. Cohen war zwischen 2007 und 2009 Berater der damaligen Außenministerin Condoleezza Rice, plädierte bereits früh für einen Angriff auf den Irak und bezeichnete den „Krieg gegen den Terror“ als „Vierten Weltkrieg“. Die Obama-Regierung forderte er wiederholt auf, hinsichtlich der iranischen Regierung „aktiv auf deren Sturz hinzuwirken.“<sup>14</sup>

### Robert Kagan: Intellektueller Vordenker

Das intellektuelle Schwergewicht in Romneys Beraterstab ist zweifellos Robert Kagan, der mit mehreren Büchern die US-amerikanische, aber auch die internationale Debatte entscheidend beeinflusst hatte. So war er zusammen mit William Kristol, einer weiteren neokonservativen Grauen Eminenz, im Jahr 2000 Herausgeber des Buches „Present Dangers: Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy“, das neben der „Pax-Americana-Strategie“, an der auch Kagan mitwirkte, ebenfalls großen Einfluss auf die spätere Politik unter George. W. Bush gehabt hat.<sup>15</sup>

Im Jahr 2002 veröffentlichte er anschließend den viel beachteten Aufsatz „Power and Weakness“, der ein Jahr später auf Buchgröße erweitert wurde. Zusammengefasst argumentiert Kagan darin, die USA (Mars) und Europa (Venus) befänden sich auf zwei völlig unterschiedlichen Planeten: Seit Ende des Kalten Krieges hätten die Vereinigten Staaten die Herausforderungen der neuen Ära angenommen und akzeptiert. Das bedeute aber, sich von den europäischen Vorstellungen, in einem „postmodernen Paradies“ zu leben, in dem Gewalt und das Recht des Stärkeren zugunsten einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen in den Hintergrund treten würden, verabschieden zu müssen. Europa müsse seine Aversion gegenüber Militäreinsätzen überwinden und ein massives Rüstungsprogramm initiieren, wolle es auch künftig für die USA relevant bleiben, so Kagans damalige Kernaussage.<sup>16</sup> Angesichts der bereits 1999 in Gang gesetzten Militarisierung der Europäischen Union erscheinen diese Thesen zwar extrem realitätsfern, sie beeinflussten aber wesentlich die damalige Debatte und verliehen denjenigen, die auf einen Ausbau der europäischen Militärpotenziale drängten, Rückenwind.

Es folgte im Jahr 2008 „The Return of History and the End of Dreams“, in dem Kagan eine „Rückkehr der Geopolitik“ und eine neue Blockkonfrontation zwischen „Demokratien“ und „Autokratien“ prognostizierte: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position. [...] Die Geschichte ist zurückgekehrt, und die Demokratien müssen sich zusammenschließen, um sie zu gestalten – sonst werden andere dies für sie tun.“<sup>17</sup> Diese These von einem drohenden „Neuen Kalten Krieg“ fand nicht nur in neokonservativen Kreisen großen Anklang, auch innerhalb der Obama-Regierung gibt es viele Vertreter, die, wenn auch in abgeschwächter Form, eine neue Großmacht Konkurrenz entlang der kaganschen Linien heraufziehen sehen – mitsamt dem Anspruch, sich militärisch hierauf vorzubereiten.<sup>18</sup>

Auch Kagans bislang letzter Streich erfreut sich in beiden politischen Lagern großer Beliebtheit. So wurde sein Aufsatz „The Myth of American Decline“, der im Januar 2012 in der „New Republic“ erschien<sup>19</sup>, sowohl von Mitt Romney, aber Berichten zufolge auch von Barack Obamas mit überaus großer Zustim-



Robert Kagan, PNAC-Mitbegründer, Vorstand der Foreign Policy Initiative und der wohl einflussreichste Neokonservative Vordenker. Foto: Wikipedia (Mariusz Kubik)

mung gelesen.<sup>20</sup> Wie der Name bereits andeutet, erteilt der Aufsatz allen Cassandra-Rufen eine scharfe Absage, dass die US-Vormachtstellung ernsthaft gefährdet sein könnte. Sicher gebe es Probleme, die seien jedoch nichts im Vergleich zu früheren Zeiten und keine wirkliche Herausforderung für die US-amerikanische Dominanz in der Welt – so man sich nur mit einer aktiven (Militär-)Politik für deren Aufrechterhaltung einsetze. Der Aufsatz ist gleichzeitig eine leidenschaftliche Verteidigung der vermeintlichen Segnungen, die diese Vormachtstellung den USA, aber auch der ganzen Welt gebracht haben soll. Insofern hält Kagan auch alle Forderungen, sich zugunsten einer faireren Machtverteilung von diesem Vormachtanspruch zu verabschieden, für grob fahrlässig: „Es gibt eine Gefahr und die besteht darin, dass sich die Amerikaner in der Zeit, in der sich das Land in Schwierigkeiten befindet, davon überzeugen, dass der Abstieg tatsächlich unausweichlich ist oder dass die USA eine Auszeit von der Übernahme globaler Verantwortung nehmen könnten, während sie ihr Haus in Ordnung bringen. [...] Die Aufrechterhaltung der heutigen Weltordnung erfordert eine ständige US-Führerschaft und ein ständiges US-Engagement. Am Ende liegt die Entscheidung bei den Amerikanern. Der Abstieg ist, wie Charles Krauthammer anmerkte, eine Wahl, kein auswegloses Schicksal – zumindest noch nicht. [...] Ob die Vereinigten Staaten in den nächsten zwei Jahrzehnten beginnen werden abzusteigen oder dies für die nächsten zwei Jahrhunderte vermeiden können, wird sowohl für die Amerikaner als auch für die Art der Welt, in der sie leben, von großer Bedeutung sein.“<sup>21</sup>

Nachdem das „Project for the New American Century“ seine Tätigkeit 2005 mutmaßlich aufgrund zunehmender Kritik und den zahlreichen engen Verbindungen zur Bush-Administration einstellte, fungiert seit dem Amtsantritt Barack Obamas die



Romney Hardliner-Beraterstab (von links nach rechts): Robert Joseph, Eliot Cohen, Eric Edelman und John Bolton. Bilder: US-Außenministerium (Joseph, Cohen); Pentagon (Edelmann); Wikipedia: Gage Skidmore (Bolton).

„Foreign Policy Initiative“ (FPI) nicht nur als ideeller PNAC-Nachfolger, auch personell sind zahlreiche Kontinuitäten gewahrt.<sup>22</sup> Darüber hinaus ist der komplette FPI-Vorstand auch im Beraterstab Romneys vertreten: Neben Dan Senor, der als Mitglied der in der „Coalition Provisional Authority“ maßgeblich am neoliberalen Umbau des Iraks mitarbeitete, setzt er sich aus den bereits erwähnten Eric Edelman, William Kristol und Robert Kagan zusammen.<sup>23</sup> Insofern verwundert es auch nicht, dass der FPI-Vorschlagskatalog für die Präsidentschaftswahl 2012 von Mitt Romney nahezu eins zu eins übernommen wurde.<sup>24</sup>

### „An American Century“: Militaristische Agenda

Die ultramilitaristische Agenda der Neokonservativen und insbesondere viele der Ideen Robert Kagans finden sich im Strategiedokument „An American Century“, das „versucht, Mitt Romneys Sichtweise auf die wichtigsten außenpolitischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Vereinigten Staaten abzustecken.“<sup>25</sup> Bereits im Vorwort von Eliot Cohen werden die Kernaussagen von „The Myth of American Decline“ wiederholt: „Die harten amerikanischen Machtfaktoren, so das Argument, schwinden, unsere weichen Einflussmöglichkeiten und unsere moralische Autorität sind kompromittiert und unsere Entschlossenheit geschwächt. Einige Menschen glauben sogar, das sei ein wünschenswerter Zustand. [...] Das ist eine falsche, ja gefährliche Vorstellung. Die Vereinigten Staaten können sich nicht aus der Welt zurückziehen, ohne sich großen Gefahren auszusetzen.“ (S. 1f.) Im Haupttext wird diese Aussage mehrfach aufgegriffen, u.a. mit folgender Formulierung: „Ein schwaches Amerika, ein Amerika im Abstieg, ein Amerika, das sich von seinen Verpflichtungen zurückzieht, würde eine Ära der Unsicherheit und Gefahr hervorbringen, zuerst für die Vereinigten Staaten, dann aber auch für alle anderen, die an die Sache der Freiheit glauben.“ (S. 13)

Gefahren, denen es zu begegnen gelte, werden an allen Ecken und Enden gesehen – zuerst bei den potenziellen Großmachtrivalen Russland und China: „Am einen Ende des Spektrums finden sich traditionelle Probleme der Staatsführung. Mächtige Länder wie Russland und China wachsen an Stärke und suchen ihren Platz an der Sonne. [...] Der autoritäre Charakter Chinas und Russlands veranlasst diese Länder bereits zu einem Verhalten, das die internationale Sicherheit gefährdet. Ihre schädlichen Ambitionen zu vereiteln und gleichzeitig ihre Transformation hin zu verantwortlichen und demokratischen politischen Akteuren zu fördern ist eine wesentliche Aufgabe, der sich ein amerikanischer Präsident ausgesetzt sieht.“ (S. 5)

Der Eindämmung dieser beiden Länder komme demzufolge eine hohe Priorität zu. So bezeichnete Romney Ende März 2012 Russland als „geopolitischen Feind Nummer eins.“<sup>26</sup> In „An American Century“ heißt es ganz ähnlich: „Durch den Einfluss des Kremls über die Energieversorgung Zentral- und Westeuropas, durch sein Nuklearwaffenarsenal, seine jüngste Geschichte aggressiver Militärfaktionen und aufgrund der Macht, die es in multilateralen Institutionen wie den Vereinten Nationen innehat, ist Russland zu einer destabilisierenden Kraft auf der Weltbühne geworden.“ (S. 34) Anschließend wird Obamas – bestenfalls halbherzige – „Reset-Politik“, die für den Versuch einer Annäherung zwischen den USA und Russland stand, als verfehlte Appeasement-Politik gegeißelt und angekündigt: „Sobald im Amt, wird Mitt Romney den Reset resetten.“ (S. 35)

Doch nicht weit hinter Feind Nummer eins bekommt auch China sein Fett ab: „Sollte es dem gegenwärtigen chinesischen Regime erlaubt werden, sich als die vorherrschende Macht im westlichen Pazifik zu etablieren, könnte es große Teile der Region vor kooperativen Beziehungen mit den USA und dem Westen verschließen.“ (S. 18) Da dies unter allen Umständen verhindert werden müsse, wird für den Ausbau der dortigen Militärpräsenz plädiert: „Eine starke Militärpräsenz im Pazifik zu erhalten ist keine Einladung für Konflikte; genau das Gegenteil. [...] Hierfür sollten die USA die Präsenz der Navy im westlichen Pazifik erhalten und ausbauen.“ (S. 18)

Neben den Auseinandersetzungen mit Russland und China beschäftigt sich „An American Century“ auch intensiv mit dem „Eurasischen Krisenbogen“, den es aus Sicht der Romney-Kampagne zu „befrieden“ gilt: „Am anderen Ende des Spektrums sind die verhältnismäßig neuen Gefahren, die von transnationalen Akteuren, vor allem terroristischen Gruppierungen, ausgehen. [...] Ein großer Bogen spannt sich über die Welt, der von Pakistan bis Libyen reicht und sich heutzutage in extremem Aufruhr befindet. Da er den Osten und Westen verbindet, ist diese Region das Drehkreuz, auf dem sich entscheidet, wohin sich Eurasien wendet. Seine geostrategische Bedeutung kann nicht überbewertet werden. Die Region enthält einige der weltweit größten Energievorkommen. Sie schließt einige der weltweit wichtigsten Flaschenhälse für die Seeschifffahrt ein, inklusive des Suez Kanals und der Straße von Hormuz.“ (S. 5)

Bezüglich der beiden Kriegseinsätze im Irak und in Afghanistan wird einem Komplettabzug eine klare Absage erteilt (auch wenn die Obama-Administration dies ohnehin nicht vorzuhaben scheint). Für den Irak wird auf die Forderungen des US-Militärs verwiesen, die auf längere Dauer zwischen 14.000 und 18.000

Soldaten im Land belassen und es damit faktisch einer Dauerbesetzung unterziehen wollen. „An American Century“ schließt sich dieser Forderung an, dies könne „garantieren, dass Bagdad ein verlässlicher Partner in einer instabilen und strategisch vitalen Region bleibt.“ (S. 24) Mit Blick auf Afghanistan wird der begonnene Abzug von Teilen der US-Truppen scharf kritisiert und eine Komplettüberprüfung der Frage nach der künftigen US-Präsenz im Land angekündigt, wodurch ebenfalls offen auf eine länger andauernde Besetzung abgezielt wird. (S. 31)

Regelrecht bizarr wird es, wenn der Bericht auf die so genannten Schurkenstaaten zu sprechen kommt. Nachdem aus der ursprünglichen – von John Bolton erweiterten – „Achse des Bösen“ infolge der Angriffe auf den Irak und Libyen zwei Staaten herausgefallen sind, befinden sich auf ihr unter expliziter Nennung weiterhin der Iran, Nordkorea und Kuba. Zusätzlich findet sich nun ein Neuzugang – Venezuela! (S. 6) Besonders gegenüber dem Iran wird ein harter Ton angeschlagen: „Mitt Romney ist der Auffassung, dass es inakzeptabel ist, dass der Iran Atomwaffen besitzen kann. [...] Dieser Botschaft sollte nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten Nachdruck verliehen werden.“ (S. 25) Daran anschließend wird der Ausbau der Militärpräsenz in der Region angekündigt und folgendermaßen begründet: „Nur wenn der Iran versteht, dass die Vereinigten Staaten absolut entschlossen sind, wenn wir sagen, dass sein Nuklearwaffenprogramm inakzeptabel ist, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass er seine nuklearen Ambitionen friedfertig aufgibt.“ (S. 25)

Die Betonung militärischer Macht als wichtigstes Element der Weltpolitik ist omnipräsent und schlägt sich konsequenterweise dann auch in den Forderungen nieder, den US-Gewaltapparat noch weiter hochzurüsten, als dies ohnehin bereits der Fall ist: „Für die Verteidigung der amerikanischen nationalen Interessen in einer Welt voll von Gefahren sollten die Vereinigten Staaten stets mächtige militärische Kapazitäten aufrecht erhalten, um sich selbst und seine Verbündeten zu verteidigen.“ (S. 8) Danach wird sogar eine konkrete Zahl für die anvisierte Höhe des Militärbudgets unter einem künftigen Präsidenten Romney benannt: „*mindestens* vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes.“ (S. 16 Hervorhebung im Original) Das wären, legt man das BIP des Jahres 2012 zugrunde, etwa 600 Mrd. Dollar jährlich. Während Barack Obama wenigstens tendenziell die Bereitschaft an den Tag zu legen scheint, das Militärbudget moderat zurückzufahren, will Romney hiervon augenscheinlich absolut überhaupt nichts wissen, sondern *mindestens* das gegenwärtige exorbitante Niveau beibehalten.

Das „Center on Budget and Policy Priorities“ errechnete auf Basis der Agenda Romneys, trotz Anhebung des Militäretats sowie massiver Steuersenkungen einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu wollen, dass hierfür Einschnitte bei den sozialen Sicherungssystemen in Höhe von 29 Prozent erforderlich wären.<sup>27</sup> Romney als Anwalt der Reichen und der Militaristen, genauso, wie er sich bei einer Wahlkampfveranstaltung Ende September 2012 gebärdet hat (und dabei heimlich gefilmt wurde), ist er auch – und seine Agenda für ein „American Century“ entspricht exakt diesen Prioritäten.

## Fazit

Vor diesem Hintergrund wäre ein Wahlsieg Mitt Romneys aus friedenspolitischer Sicht katastrophal. Angesichts der Kriegspolitik, für die Barack Obama in den letzten vier Jahren verantwortlich zeichnete, fällt es allerdings ebenfalls mehr als schwer, auf seinen Wahlsieg zu hoffen. Zumal, wie beschrieben, auch er sich mehr graduell denn radikal von der militaristischen Agenda Mitt

Romneys absetzt. Was eigentlich zu wünschen wäre ist, dass Vernunft einkehrt und eine klare friedenspolitische Alternative mit Erfolgsaussichten in den USA entsteht – das steht jedoch in der derzeitigen Konstellation unmittelbar leider nicht zur Debatte. Wie sagte der kürzlich leider verstorbene Gore Vidal: „Amerika hat ein Einparteiensystem mit zwei rechten Flügeln.“

## Anmerkungen:

- 1 Berman, Ari: Mitt Romney's Neocon War Cabinet, The Nation, 21.05.2012.
- 2 Ebd.
- 3 Vgl. für eine hervorragende „Würdigung“ der neokonservativen Agenda und ihrer Protagonisten etwa Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge 2004.
- 4 Rebuilding America's Defenses. A Report of The Project for the New American Century, September 2000, S. II.
- 5 Ebd., S. 2f.
- 6 Dazu gehörten Paul Wolfowitz, unter George W. Bush stellvertretender Verteidigungsminister, Lewis Libby, Stabschef von Vizepräsident Dick Cheney und einige andere wie Stephen Cambone, Dov Zakheim oder Peter W. Rodman.
- 7 Vgl. Chossudovsky, Michel: America's War for Global Domination, Centre for Research on Globalisation, 10.12.2003.
- 8 [www.newamericancentury.org/iraqlintonletter.htm](http://www.newamericancentury.org/iraqlintonletter.htm)
- 9 Vgl. Bolton, John R.: Beyond the Axis of Evil: Additional Threats from Weapons of Mass Destruction, The Heritage Foundation Lectures, 6.05.02, S. 7.
- 10 Vgl. Berman 2012.
- 11 Wilson, Joseph C. : What I Didn't Find in Africa, New York Times, 06.03.2012.
- 12 Zumindest macht Berman 2012 Edelman als Quelle aus, Wikipedia (Eintrag „Plame-Affäre“) benennt allerdings den damaligen Vizeaußenminister Richard Armitage.
- 13 Wikipedia (Eintrag „Plame-Affäre“).
- 14 Berman 2012.
- 15 Kagan, Robert/Kristol, William (Hgg.): Present Dangers: Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy, San Francisco 2000.
- 16 Kagan, Robert: Power and Weakness, in: Policy Review, June-July 2002. In Buchform: Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003.
- 17 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde: Wer gestaltet die neue Weltordnung? Berlin 2008, S. 7.
- 18 Vgl. Wagner, Jürgen: Metamorphose der Geopolitik: Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg, in: Krisenmanagement: „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand, Informationsstelle Militarisierung, Tübingen, April 2010, S. 5-14.
- 19 Kagan, Robert: Not Fade Away. The myth of American decline, The New Republic, 11.01.2012. Auch hier erschien kurz darauf eine aufgepöbelte Buchvariante: Kagan, Robert: The World America Made, New York 2012.
- 20 Rogin, Josh: Obama embraces Romney advisor's theory on ‚The Myth of American Decline‘, Foreign Policy (The Cable), 26.01.2012.
- 21 Kagan 2012.
- 22 Siehe Jim Lobe: PNAC Revisited, 01.07.2012: [www.lobelog.com/pnac-revisited](http://www.lobelog.com/pnac-revisited)
- 23 [www.foreignpolicy.org/about/staff](http://www.foreignpolicy.org/about/staff)
- 24 Foreign Policy 2012, The Foreign Policy Initiative, September 2012 Edition: [www.foreignpolicy.org/files/uploads/images/20120817-FPI-BriefingBook.pdf](http://www.foreignpolicy.org/files/uploads/images/20120817-FPI-BriefingBook.pdf)
- 25 An American Century - A Strategy to Secure America's Enduring Interests and Ideals. A Romney for President White Paper, 07.10.2011, S. 4. Alle im Text folgenden Seitenzahlen beziehen sich auf diese Quelle.
- 26 Mitt Romney Says Russia Is No. 1 Geopolitical Foe, ABCNews, 26.03.2012.
- 27 Kogan, Richard/Water, Paul N. Van de: Romney Budget Proposals would require massive cuts in Medicare, Medicaid, and other Programs, Center on Budget and Policy Priorities, 21.05.2012.

**KONGRESS**  
 DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.  
 17./18. NOVEMBER 2012

**Entdemokratisierung  
 + Krieg**  
*Kriegerische Demokratie*

Tübingen, Schlatterhaus, Österbergst. 2

IMI-Kongress 2012

mehr Informationen:

[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



Herausgeber des AUSDRUCKs ist die  
**Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.**  
 Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auf-  
 fassung der Informationsstelle wieder.  
 Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de),  
 Tel. 07071/49154

Vorveranstaltung in der Hausbar der Schellingstr. 6: Freitag den  
 16.11.2012, ab 19.30 Uhr Volkküche, Veranstaltungsbeginn ca.  
 20.30 Uhr: Videoshow: **Bellizistische Kampagnen**

**Samstag - 17.11.2012**

12:15-14:00

**Demokratieabbau und Militarisierung**

- Tausche Effizienz gegen Demokratie: Neuer Autoritarismus in Deutschland und Europa (M. Hantke)
- Sachzwang Krieg: Pooling & Sharing und Smart Defence (J. Wagner)
- Krieg außer Kontrolle: Die Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts (T. Pflüger)

14:30-16:00

**Kriegspolitik hinter den Kulissen**

- Militarismus im Hinterzimmer: Rüstungslobby in der EU und Deutschland (M. Lühmann)
- Kriegerlogiken im Gewand des Multilateralismus (C. Marischka)

16:30-18:00

**Unerklärte Kriege und automatisierte Gewalt**

- Antidrogenkriege: Das Beispiel Mexiko (P. Clausing)
- Unerklärte Kriege im Sahel: Die Bekämpfung von Terror und Migration (W. Ruf)
- Verselbstständigte Kriege: Drohnen und gezielte Tötungen (W. Kaleck)

19:30-21:00

**Klandestine Kriegsführung**

- Libyen – Syrien – Iran: Spezialeinheiten als neue Speerspitzen des Interventionismus (J. Wagner)
- Geheime Dienste – Geheime Kriege (C. Haydt)

**Sonntag - 18.11.2012**

9:30-11:00

**Krieg? Gefällt mir!**

- Wer spricht für die Zivilgesellschaft? Die Politik der Kampagne (C. Marischka)
- Von Menschenrechten bis zum Völkermord: Mit Gewalt Gutes tun? (T. Mickan)

11:15-12:45

**Netzkultur und die Frage von Krieg und Frieden**

- Krieg und Netz: Emanzipatorisches Potenzial oder Potemkinsches Dorf (F. Rötzer)

13:00-14:30

Podium: Krieg und Demokratie

u.a. mit :T. Pflüger, F. Rötzer, W. Kaleck

**Statt Texte: T-Shirt und Sweatshirt mit IMI-Logo und Aufdruck**

T-Shirt 15 €, Sweatshirt 25€ -  
 jeweils inkl. 5€ für IMI und Porto.  
 In den Größen S bis XL. Zu  
 bestellen bei: Bernhard Kusche,  
 Hopfenweg 12, 86754 Munningen,  
[kusche.bernhard@web.de](mailto:kusche.bernhard@web.de)

